

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verantwortlicher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 2. Dezember 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verantwortlicher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Interlions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehebelte Kolonelle oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gesellschaftliche Berichte und Besprechungen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stille) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Insetts für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.
Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Monatlich 1,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Stinnes und Moabit.

Die Aussage des Verkäufers des Transportarbeiterverbandes vor dem Moabiter Gericht über die Anfänge der Lohnbewegung bei der Kohlenhandelsfirma Kupfer u. Co. bieten den Schlüssel zum Verständnis des sozialen Dramas, dessen Nachspiel wir nun vor den Gerichtstribunen erleben. Der Gewerkschaftssekretär erklärte, wenn die Firma sich zu einer Verhandlung mit der Arbeiterorganisation herbeigelassen hätte, dann würde jedenfalls eine Verständigung erfolgt und der Lohnstreik mindestens schnell beendet worden sein. Aber die Kohlenfirma lehnte von vornherein jede Verhandlung mit der Arbeiterorganisation ab, weigerte sich auch, mit vor das Einigungsamt zu gehen, und sträubte sich ebenso gegen die Vermittlungstätigkeit unparteiischer Persönlichkeiten. Deshalb brach der Streik aus, und um ihn zu gewinnen, holte die Kohlenfirma eine teilweise sehr anrüchliche Gesellschaft von Streikbrechern heran, schaffte für sie sogar Revolver an. Und der Berliner Polizeipräsident stellte eine Schar von Begleitmannschaften für die Kohlentransporte. Das war der Anfang der Moabiter Katastrophe, deren wahre Urheber augenblicklich im Moabiter Gerichtsgebäude Spiegeln laufen müssen.

Herr Buschmeyer, Geschäftsführer der Firma Kupfer u. Co., mußte die Darstellung des Gewerkschaftssekretärs über das unsocial Verhalten seiner Firma bestätigen, suchte sich aber dadurch zu salbieren, daß er seine grundsätzliche Abgeneigtheit, die Gewerkschaften als Arbeitervertretung anzuerkennen, betonte. Die weitere Vernehmung dieses Zeugen brachte die volle Aufklärung über die eigentliche Ursache der Moabiter Katastrophe: In der Firma Kupfer u. Co. ist der bekannte große Zechen- und Gültendirektor Hugo Stinnes der Hauptmännchen! Das erklärt einfach alles! Und es ist sehr bedauerlich, daß das Gericht keine Gelegenheit nahm, die sozialpolitischen Maximen Stinnes früher zu ergründen. Es hätte sich dann herausgestellt, daß, wo Stinnes seine Hand „mitten mang“ hat, heißt sozialpolitische Konflikte tiefgreifender Art zu befürchten sind.

Von einer Stinneszeche, Bruchstraße, ging auch der große Bergarbeiterkampf im Ruhrgebiet 1905 aus. Während anderer Zechenverwaltungen immerhin einigermaßen den Wünschen der Arbeiter Rechnung trugen, trat die Verwaltung der Stinneszeche Bruchstraße Anfangs Dezember 1904 plötzlich mit einer „Neuordnung der Seilfahrt“ hervor, die eine Verlängerung der Arbeitszeit bedeutete. Die Arbeiter traten deswegen in einen zweiseitigen Streik und auf Anrufung durch die Belegschaft erklärte das Oberbergamt die „Neuordnung“ für ungesetzlich!

Das hinderte Herrn Stinnes aber nicht, trotz des Protestes der Belegschaft am 22. Dezember 1904 mit der gleichen „Neuordnung“ herauszukommen! Er wußte, wie erregt die Arbeiter waren, er mußte wissen, daß die Ruhe der Industrie auf dem Spiel stand. Dennoch kam die probierende „Seilfahrtordnung“ zum Ausbruch und goß Öl ins Feuer. Die übergroße Mehrheit der Arbeiter erhob den gesetzlichen Einspruch gegen die „Neuordnung“, aber Herr Hugo Stinnes ist nicht der Mann, der seinen Lohnnechten auch nur das geringste Mitspracherecht einräumt; er lehnte am 3. Januar 1905 jede Verständigung mit den Arbeitern ab! Herr Stinnes erschien auch nicht zur Verhandlung vor dem Oberbergamt, er ging auch nicht auf ein von den Arbeitern vorgeschlagenes Einigungsverfahren vor dem Berggewerbegericht ein! Deshalb brach der Streik aus, der sich schließlich zu dem Ausstand von über 200 000 Kohlengräbern ausbreitete.

Also genau die Methode, die in Moabit bei der Stinnesfirma Kupfer u. Co. innegehalten wurde! Zurückweisung jeder Verhandlung mit den Arbeitern, Beharren auf dem härtesten Herrenstandpunkt. In Moabit führte das zu dem blutigen Drama, und daß im Ruhrgebiet der hanende Säbel und die schneidende Klinge nicht in Funktion traten, das ist wahrhaftig nicht das Verdienst der Scharfmacher. Neblich hat sich ihre Presse auch damals bemüht, die Streikenden als eine Bande von Räubern und Mördern erscheinen zu lassen. „Arbeitsgeberzeitung“, „Volk“, „Berliner Neueste Nachrichten“, „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, „Dortmunder Zeitung“, „Hamburger Neueste Nachrichten“ usw. haben ihre Leser übersättigt mit Terrorismus, Nord- und Brandartikeln. Alle Tage sollten förmliche Schlachten zwischen Streikenden, Arbeitswilligen und Polizei stattgefunden haben. Aber die Polizeibehörden im Ruhrgebiet hielten sich im Gegensatz zu Berlin im großen und ganzen zurückhaltend, unterstützten sogar teilweise die Organisationsführer bei der Verhütung der Rache! Die Scharfmacher gerieten außer sich, als auf eine Anfrage der Sozialdemokraten der Staatssekretär Graf Posadowsky im Reichstag am 1. Februar 1905 erklärte:

„Ich kann nicht umhin, den Arbeitern dort das Anerkenntnis zu erteilen, daß dieser Streik bisher mit einer Ruhe und Geleichmäßigkeit verlaufen ist, die durchaus Anerkennung verdienen. Ich habe es aus dem Munde des preussischen Handelsministers selbst, daß die Behauptungen, es hätten Ausschreitungen gegen Arbeitswillige stattgefunden, entweder vollständig aus der Luft gegriffen sind oder, insofern sie von einer gewissen Presse aufgebracht sind, es sich nur um ganz gewöhnliche Vorgänge handelt, die bei einem Zusammensein großer Arbeitermassen tagtäglich vorkommen.“

Im Ruhrgebiet verhielten sich trotz starker Provokation durch die Scharfmacherpresse über 200 000 buntzusammengewürfelte Kohlengräber ruhig und geschäftig — in Moabit führte der zwingige Lohnstreik einiger Duzend Verlade zu den blutigen

Szenen! Im Ruhrgebiet hielt sich die bewaffnete Macht zurück — in Moabit marschierten annähernd tausend Polizisten auf! Das kann doch unmöglich übersehen werden, wenn man gewissenhaft abwägt, wodurch eigentlich die Bewohner der Reichshauptstadt tagelang in Angst und Schrecken gehalten wurden. Die Methode Stinnes übt ihre Kräfte auch an die Beamten aus. Die Steiger auf den Stinneszechen werden von ihren Standesgenossen nicht beneidet. Geseh ist dort: Unbedingte Unterwerfung unter den gegebenen Befehl! Der geringste Widerspruch ist strafwürdig. Ueberall ist die harte Hand des Gebieters zu spüren. Wenn Stinnes neue Werke erwirbt oder eine seiner Werkkombinationen — wie z. B. jetzt Union-Dortmund mit Luxemburg — vollzogen hat, dann hängen die alten Beamten um ihre Stellung. Stinnes organisiert die Betriebsleitung so, daß er möglichst alles dirigieren kann. Und wer von dem mächtigen Stinnes entlassen wird, dessen Zukunft ist nicht rosig. Ein bloß Genießer ist Hugo Stinnes sicher nicht, vielmehr ein fleißiger Organisator großen Stils und ein Autokrat, der seinen eigenen Weg geht. Solche Zeitgenossen wirken revolutionär. Aber ist es die Aufgabe der Staatsgewalt, die Schwachen niederzuzubauen, damit ein Multimillionär seinen Weg machen kann?

Stinnes ist auch die treibende Kraft bei der Unterwerfung der Kohlenhändler unter den Willen des Kohlenkombinats. In dem „Kohlenkontor“ der großen Kohlenhandelszentrale in Mühlheim a. Ruhr ist die Firma Stinnes neben dem Syndikat, in dessen Vorstand Hugo Stinnes sitzt, tonangebend. Das Kohlenkontor kontrolliert und vermittelt die Versorgung von West- und Süddeutschland mit Ruhrkohle. Keiner der vom Ruhrkohlen-Syndikat und seinen Handelsstellen ressortierenden Groß-, Mittel- und Kleinhändler darf anders als zu den ihnen vom Syndikat vorgeschriebenen Bedingungen verkaufen. Hinter diesem gewaltigen Organismus steht Hugo Stinnes als einer der ersten Dirigenten und Ruhmnießer. Deshalb ist die Erklärung der Stinnesfirma Kupfer u. Co., sie arbeite mit Verlust, läßt deshalb die geforderte Lohnzulage nicht gewähren, ungläubwürdig!

Die Methode Stinnes hat zu einer so gut wie vollständigen Unterwerfung, zumal der Kleinhändler, geführt. Gewisse Großhändler geneigen, weil ihre Interesse mit dem des Kohlenkontors verknüpft ist, die Rechte einer Art von Aufsichtsbeförde von Stinnes und Compagnies anzuwenden. Wie das Herausgeben der Kohlenpreise gewaltig verhütet wird, lehrt folgendes Schreiben der Frankfurter Großhändler-Vereinigung an einen Kleinhändler:

„In Ihrer Preisliste führen Sie Ruhrkohlen, II, als doppelt gestrichelt auf. Bekanntlich ist dies unstatthaft und müssen wir Sie dringend ersuchen, in Ihrer Preisliste dies zu unterlassen. Außerdem haben Sie verschiedentlich falsche Preise in Ihren Preislisten aufgeführt gegenüber den von der Frankfurter Händlervereinigung festgesetzten Preisen, z. B. Zentner Grund 1 M., während der richtige Preis 5 Pf. höher ist, Preis 1,45 M., während der richtige Preis 3 Pf. höher ist.“

Wie müssen Sie ebenso höflich wie dringend ersuchen, Ihren Abschmern die richtigen Preise nachträglich mitzuteilen und unter allen Umständen Ihre Preisliste zu berichtigen. Von Geschehenem wollen Sie unterstehender Kommission innerhalb acht Tagen Mitteilung zukommen lassen. Hochachtungsvoll Die Kommission zur Prüfung von Uebertretungsfällen.

Der Vorsitzende.
Also die Kleinhändler müssen die ihnen von den Kohlenkontorinteressenten vorgeschriebenen hohen Preise beibehalten! Sonst geht es Strafe, event. wirtschaftlichen Ruin. Ein anderes, ebenfalls von den Frankfurter Kohlenkontorinteressenten an die Kleinhändler verschiedenes Zirkular zeigt noch deutlicher den Terrorismus dieser um Stinnes u. Co. Wenn es sich um Arbeitswillige a la Moabit handelt, da pochen sie auf die „Freiheit der Arbeit“ und die „Freiheit des Erwerbes“. Ganz anders klingt es gegenüber den abhängigen Kleinhändlern. Dies Zirkular lautet:

„P. P. Von der hiesigen Händlervereinigung geht uns heute zur Weitergabe an unsere Händlerlandschaft die nachstehende Mitteilung zu, die wir Ihrer gefälligen Durchsicht und Dancksagung anempfehlen:

Es ist in der letzten Zeit die Wahrnehmung gemacht worden, daß Kleinhändler, welche bisher mit Kohlenkontor-Großhändlern arbeiten, bei Aufträgen (ringfrei) abfahren lassen. Obwohl die billigen Angebote meistens der letzteren dazu angetan (!) sind, Kunden zu bewegen, davon Gebrauch zu machen, so möchten wir uns doch, erlauben, allen Ernstes auf die Konsequenzen aufmerksam zu machen, welche durch diese Handlung entstehen. Wenn wir davon Abstand nehmen, dieselben heute in die Erscheinung treten zu lassen, so haben sie doch eventuell zu anderer Zeit zu gewärtigen, daß dieselben zur Ausführung kommen müssen, und zwar zu einer Zeit, wo ihr Handel vollständig lahmgelegt würde. (!) Wir empfehlen Ihnen deshalb, Ihre Kleinhändler zu veranlassen, in ihrem eigenen Interesse von derartigen Weisungen Abstand zu nehmen. Gleichzeitg wird auch nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß Wagonbezüge an Weichbahnen nach den Bahnhöfen im Stadtbezirk unter keinen Umständen gestattet sind und Konventionalkrafen nach sich ziehen.“

Ein Händler, der das Publikum in diesen Teuerungszeiten mit billigeren, als den Syndikatkohlen versorgen will, hat also zu gewärtigen, daß ihm in Zeiten einer Kohlenknappheit das Geschäft „lahmgelegt“ wird!

Ueber das Streikpostenstehen wird in der Polizei- und Scharfmacherpresse so wütend gelärmt, derweil können die „Schüler der Gewerkefreiheit“ wie viele vielen Kleinhändlern ungestört den erdrosselnden Strick um den Hals legen. „Unser Weg geht über Leichen!“ erklärte ein Hauptmann im Stahlwerksverband, in dem die Firma Stinnes gleichfalls eine erste Geige spielt.

Effaktant ist die Methode Stinnes bei der Zechenstilllegungsaktion im Ruhrgebiet 1903/04 zutage ge-

treten. Blühenden Gemeinden, weiten Landstrecken drohte schwerster Schaden durch die Stilllegung im spekulativen Interesse. Die Firma Stinnes führte auch hier den Reigen an. Gemeindevertreter, Arbeiterschaft, teilweise auch die Bergbehörde bemühten sich, Stinnes von der Stilllegung der Zeche „Louise Tiefbau“ abzuhalten. Der Oberberghauptmann von Belsen erklärte laut Kommissionsbericht des preussischen Landtages, er „sei von der Ansicht abgekommen, daß nur unrentable Gruben stillgelegt würden“. In Sonderheit sei „Louise Tiefbau“ noch abbaubar! Aber, so heißt es in dem Kommissionsbericht weiter:

„Der Eigentümer (Stinnes!) habe erklärt, daß er dort seines Eigentums sei und daß er die Grube stilllege, weil dies vorteilhafter für ihn sei.“

Das ist die Methode Stinnes in a m t l i c h e r V e l e u c h t u n g ! Was gilt das Interesse von Gemeinden, von zahlreichen Existenzen, wenn ein kapitalistischer Vorteil winkt!

Diesem maßlos herrschsüchtigen Kreis, der in der Unterwerfung der wirtschaftlich Schwachen zwecks Durchführung eines „großmütigen“ Unternehmens sein Ideal erblickt, sind im letzten Grunde auch die Moabiter Vorgänge geschuldet.

Fürwahr, ein Beitrag zur Geschichte unserer Tage, auf den das deutsche Volk nur mit Beschämung blicken kann.

Konervatives Hetztreiben.

Immer deutlicher zeigt sich, daß in dem Schlachtgeföhrei der konservativen Presse, voran der „Kreuzzeitung“, gegen die „rote Rotte“ System liegt, und wir es nicht nur mit bloßen redaktionellen Leistungen zu tun haben, sondern mit einer im konservativen Hauptquartier ausgeklügelten perfiden Strategie. Die Rede, die der konservative Heerführer, Herr v. Seydebrand, in Stettin auf dem konservativen Parteitag gehalten hat, liefert dafür neue Beweise; denn nach dem jetzt vollständiger vorliegenden Wortlaut dieser Rede hat der konservative Führer nicht nur noch weit schärfer geheißt, als die gestrigen telegraphischen Meldungen erkennen ließen, sondern es finden sich auch in seinen Ausführungen ganz dieselben Gedankenänge, Drohungen und Forderungen, wie in dem von der „Kreuzzeitung“ am Mittwochabend veröffentlichten Appellartikel „Gegen die sozialdemokratische Tyrannei“. Selbst der auffällige Schlußsatz des Kreuzzeitungsartikels, der die Forderung ausspricht, daß nötigenfalls die Regierung entgegen dem Willen des Reichstags ihre Kampfmaßnahmen gegen die Sozialdemokratie treffen müsse, findet sich in etwas anderer, drohenderer Form in der Stettiner Rede des Herrn v. Seydebrand wieder. So heißt es z. B. in der „Kreuzzeitung“:

„Aber einmal in acht zu ferner Zeit muß der Weg gefunden und auch gegen einen widerstrebenden Reichstag bis zu Ende gegangen werden, denn das Ziel liegt klar vor Augen: die Wiederherstellung der persönlichen Freiheit unserer Bürger und Arbeiter auf staatsbürgerlichem, religiösem und wirtschaftlichem Gebiet gegenüber der sozialdemokratischen Gewaltherrschaft, der Schuß der ernststen und heiligsten Empfindungen unseres Volkes vor täglicher Verunglimpfung und die Erhaltung aller Grundgesetze unserer Rechtsstellung im Innern und nach außen.“

Und in Stettin erklärte Herr v. Seydebrand, nachdem er über den angeblichen Terrorismus — die „Kreuzzeitung“ nennt es Tyrannei — der Sozialdemokratie geklagt und energisches Einschreiten der Regierung verlangt hatte:

„Wir wollen allerdings ein freies Volk bleiben; das soll die Partei der Freiheit wissen, aber wir wollen nicht nur deren Freiheit, sondern auch unsere eigene, und Freiheit für unser altes Preußen, auf dem das Reich beruht. Jetzt, wo alles umgestürzt werden soll, hat die konservative Partei mehr Berechtigung als je. Freudenvolle Einigkeit in den konservativen Reihen ist wieder vorhanden. Wir haben nichts zu fürchten, ob mit Gunst der Regierung, ob ohne sie! So gehen wir ins Feuer mit Freude und Vertrauen.“

Das kann nur heißen: Will der Reichstag nicht, dann mag getroffen die Regierung zum Staatsreich greifen, wir, die Konservativen, geben nicht nach, selbst nicht auf die Gefahr, die Gunst der Regierung zu verlieren. Hilft sie nicht, verfolgen wir für uns allein unseren Weg.

Und auch über das nächste Ziel besteht zwischen der konservativen Presse und den Parteigrößen keine Differenz; es heißt: Schutz der Arbeitswilligen, das heißt Beschränkung des geltenden Koalitionsrechts. In dem Artikel der „Kreuzzeitung“ hieß es am Mittwochabend:

„Es kann auf die Dauer unmöglich geduldet werden, daß in diesem Kampf jede freie Selbstbestimmung der auf der Gegenseite stehenden Unternehmer wie der Arbeiter selbst durch Zwang und Gewalt niedergelämpft wird, und zwar ohne jede Rücksicht darauf, ob die verwendeten Mittel dem Geseh entsprechen oder ungesetzlich sind. Täglich zeigt die Praxis, daß das Verbot des Koalitionszwanges im § 153 der Gewerbeordnung nicht ausreicht. Wir erinnern nur daran, wie das Beobachten der Arbeitsstätten, der Geschäftsräume und der Wohnungen an sich kein verbotenes Mittel zur Durchsetzung eines Streiks oder zur Erzwingung des Beitritts zu einer Koalition sind. Nur wenn strafbare Handlungen oder Störungen der öffentlichen Ordnung hinzutreten, kann die Staatsgewalt einschreiten. Nun zeigt aber die tägliche Erfahrung, daß diese Unterscheidung kaum noch als eine flüssige bezeichnet werden kann, daß Verleumdungen, Körperverletzungen, Drohungen die regelmäßige Folge und Begleiterscheinung solcher Uebertretung durch Streikposten zu sein pflegen. Die Behörde aber ist bei der heutigen Rechtslage dazu gezwungen, entweder wegen zu frühzeitigen Eingreifens gegen die Streikposten sich dem mehr oder weniger begründeten Vorwurf der Rechtsbeugung auszusetzen, oder die Hände in den Schoß zu

legen und die Bewegung zu einer großen Gefahr anwachsen zu lassen, von der keine Rede wäre, wenn man sie hätte im Heim erlösen können.

Entspricht es denn einem gesunden Rechtsempfinden, daß, soweit es sich um den rechtswidrigen Bruch des Arbeitsvertrages handelt, nicht wenigstens die öffentliche Aufforderung oder gar der Zwang zu solch rechtswidrigem Verhalten verhindert werden muß? Und endlich ist es wohl kaum nötig, noch Worte über all die Zwangsmittel zu verlieren, die gegen die Arbeiter angewendet werden, um sie in die sozialdemokratische Organisation hineinzuzwingen, und sogar gegen die Unternehmer, damit sie nur organisierte Arbeiter beschäftigen.

Und fast zu gleicher Zeit, als die „Kreuzzeitung“ diese verächtlichen Beschuldigungen erhob, ließen die Reiter der konserverativen Partei in Steier eine Resolution annehmen, in der es heißt:

„Gegenüber den immer stärker hervortretenden Bestrebungen, die eine Förderung des Umsturzes unserer bestehenden Staats- und Wirtschaftsordnung bezwecken oder begünstigen, erachtet sie es für dringend geboten, daß die staatsverhaltenden Parteien für die Aufrechterhaltung der Autorität und für den Schutz der Arbeitswilligen mit aller Energie eintreten.“

Es liegt klar ersichtlich System in dieser niederträchtigen Treiberei. Mit Sicherheit können wir darauf rechnen, daß sie in der konserverativen Presse in nächster Zeit mit allem Eifer fortgesetzt wird.

Der verlorene Prozeß.

Die „Kölnische Volkszeitung“ läßt sich aus Berlin melden, daß die Stellung des Herrn v. Jagow infolge des Verlaufs des Moabit-Prozesses schwer erschüttert sei. Man rechne mit Bestimmtheit auf eine anderweitige Verwendung des Herrn, sowie der Prozeß zu Ende sein werde.

Wir wissen nicht, ob das Kölnische Zentrumsblatt, das bei der jetzigen Stellung des Zentrums als Regierungspartei sicherlich keinen Anlaß hat, der Regierung Schwierigkeiten zu machen, richtig berichtet ist. Was in Ländern von einer gewissen Kultur, in denen die öffentliche Meinung eine nicht zu unterschätzende Macht ist, selbstverständlich wäre, ist es noch lange nicht für Preußen. Es ist uns auch an sich sehr gleichgültig, ob Herr v. Jagow bleibt oder nicht, da seine Entlassung keinen Systemwechsel bedeuten würde, der erst dem Sturz des Junkertums folgen könnte. Wir würden daher unter den gegenwärtigen Verhältnissen beim Abgang des Herrn v. Jagow nur den Verlust eines sehr unfreiwilligen, aber dafür um so wirksameren Agitators für die Sozialdemokratie zu verzeichnen haben. Aber die Meldung der „Köln. Volksz.“ hat auf alle Fälle ihren Wert als ein Zeichen der Stimmung, die selbst in den reaktionären Kreisen und Parteien durch den Moabit-Prozeß erzeugt ist. Es ist die Empfindung eines nicht gelinden Klagenjamers, die uns sehr deutlich zeigt, wie jämmerlich das Polizeipräsidium und alle die reaktionären Mächte, die hinter ihm stehen, bei dem Versuch, die Moabit-Borgänge gegen die Arbeiterbewegung auszuwickeln, hineingefallen sind.

Das wird dem Herrn v. Jagow jetzt auch aus dem Munde eines unabhängigen konservativen Politikers bestätigt. Prof. Delbrück beschäftigt sich in neuesten (Dezember-) Hefen der „Preussischen Jahrbücher“ mit dem Prozeß und sagt dabei dem für die Inszenierung des mißlungenen politischen Tendenz- und Spießbüchlers Verantwortlichen bittere Wahrheiten, die wie Waapfeisen knallen. Es heißt in dem Artikel:

„Das deutsche Ergebnis der Verhandlungen ist, daß die Anklagen viel unbedeutender gewesen sind, als man nach den Zeitungsberichten annehmen mußte. Soweit sehr erfreulich — denn welcher gute Deutsche darf sich wünschen, daß Brutalität und Justizhysterie auch bei uns das Haupt zu erheben wagen, wie es in anderen Ländern leider geschieht? Das Wort, das man immer wieder hört in jenen Tagen war: „Bei uns in Preußen darf dergleichen nicht vorkommen.“ Es ist nun wirklich nicht viel gewesen, gar nicht in einem Atem zu nennen mit dem, was man jüngst in Frankreich und in diesem Augenblick in Wales erlebt. Ein tüchtiger Krawall, wie er selbst in Zeiten Friedrich Wilhelm III. auch öfter mal in Berlin stattfand, ist weiter nichts. So wenig, wie es je gelungen wird, völlig zu verhindern, daß schwere Verbrechen verübt werden, so wenig wird es je gelingen zu verhindern, daß in den modernen Metropolen von Zeit zu Zeit eine grobe Ruhestörung stattfindet und selbst Verwundete und Tote dabei auf der Straße liegen.

Die Freude darüber aber, daß es nicht schlimmeres gewesen ist, verkehrt sich in das Gegenteil, weil man bemerkt, daß die Behörden, statt die Sache unbefangenen und objektiv so aufzufassen, wie sie liegt, in ihrem Eifer, den Umsturz zu bekämpfen, heimlich geworden sind, so schwarz und so schrecklich zu malen wie nur möglich. Das war und ist falsch, erstens von dem schon bezeichneten hohen nationalen Gesichtspunkt des Ansehens Deutschlands in der Welt aus, dann aber auch, weil es seinen Zweck völlig verfehlt und nur das Gegenteil bewirkt von dem, was man anstrebt: die Staatsautorität wird durch derartiges Gebahren nicht gestärkt, sondern geschwächt und kompromittiert.

Angewisselt hat die systematische tägliche Verberbung der sozialdemokratischen Presse viel dazu beigetragen, die Massen mit der Erbitterung zu erfüllen, die sie zu Gewalttätigkeiten verleitet hat, aber von da bis zu einem von der sozialdemokratischen Partei abgestützt organisierten und geleiteten Aufstand ist sehr weit, und davon kann gar nicht die Rede sein. Daß die Polizeibeamten in der Erregung der Aktion allerhöchsten Grades von Führern und Kampfanführern geleitet und geführt haben, ist natürlich, und darf man ihnen nicht so sehr übelnehmen. Aber die Staatsanwaltschaft darf dergleichen in der Gerichtsverhandlung nicht vorbringen.

Nach den Zeitungsberichten mußte man glauben, an den Feinheiten der Reformationstheorie wäre kaum eine Scheide ganz geblieben; jetzt hat man glänzend zehn Löcher gezählt, von denen eines oder das andere auch alt gewesen sein kann.

Es ist eine Anzahl Sanktionen verlegt, und es ist viel schwerer Anlauf verübt worden, der mit strengen Strafen zu ahnden ist. Aber die Lebertreibung, deren man sich in den offiziellen Zeitungsberichten und auch noch in der Anklage schuldig gemacht hat, wirkt nun in der Stimmung des Publikums gegen die Täter der Ordnung und zugunsten der Randstörer.

Offenbar, um einen möglichst starken Eindruck zu erzielen, hat auch die Staatsanwaltschaft alle die Einzelheiten zu einer großen Aktion zusammengefaßt. Die Folge ist, daß eine Menge von Zeugen, deren Schuld minimal oder nicht nachweisbar, oder die wirklich ganz unschuldig sind, nun diesen wochenlangen Prozeß mit durchmachen müssen und dadurch, auch ohne in Unterwürfigkeit zu sitzen, doch einer schweren Freiheitsberaubung unterliegen. Wieviel besser und einfacher wäre es gewesen, die Minima von vornherein auszuscheiden und besonders zu behandeln!

Einen ganz besonderen ungünstigen Eindruck hat es endlich gemacht, wie der Prozeß an eine bestimmte Strafkammer gelangt ist. Obwohl alle deutschen Richter nach demselben Strafgesetzbuch urteilen, so ist es doch unvermeidlich, daß in den verschiedenen Strafanstalten ein recht verschiedener Geist walten. Die Staatsanwaltschaft weiß das, und es liegt nahe, daß sie unter Umständen wünscht, einen bestimmten Prozeß vor eine bestimmte Kammer zu bringen. Eine direkte Einwirkung hat sie darauf

nicht, denn die Verteilung richtet sich nach dem Alphabet. Bei einer Strafsache aber, wo mehrere Angeklagte vorkommen, ist eine Verteilung möglich, die bei derjenigen Kammer stattfindet, die zuerst mit der Sache befaßt ist, und der Zufall hat nun gewollt, daß die Voruntersuchung in dem vorliegenden Falle zuerst fertig wurde bei einem Angeklagten, dessen Name zu der Strafkammer führte, von der alle Gerichtskammer meinen, daß sie der Staatsanwaltschaft die geringste gewesen sei. Welch eine schwere Schädigung des Ansehens unserer Justiz aber liegt darin, wenn die Staatsanwaltschaft einen reinen Zufall behauptet und in weitesten Kreisen man dieser Behauptung keinen Glauben schenken will! Es mag ja sein, daß der Vorsitzende der dritten Kammer wirklich zur Leitung dieses Prozesses mehr geeignet ist als seine Kollegen; es mag sein, daß ein Zufall den Wünschen der Staatsanwaltschaft zu Hilfe gekommen ist, aber eine wirklich weitläufige und unsichtige Verhörs sollte sich vor solchen Zufällen hüten wie die Pest, denn kein Weibchen, der bei einem einzelnen Prozeß herauskommt, kann den Nachteil aufwiegen, wenn das Vertrauen zu unparteiischer Anwendung der Gesetze erschüttert wird. Wenn ein Staatsanwalt, mit seinem Fall im Auge, das einmal vergißt, so ist es Sache des Justizministers, seine Untergebenen auf den höheren Gesichtspunkt immer wieder aufmerksam zu machen.

Ich kann es nicht unterlassen, hier auch noch den Zwischenfall mit den englischen Journalisten zu erwähnen. Die Sache selber hat keine Bedeutung. Daß bei solchem Trübel aus irgendeinem Mißverständnis auch einmal Unbeteiligte angegriffen und verletzt werden, ist unvermeidlich, und man darf den Polizisten, die doch auch nur Menschen sind und in der Erregung Irrtümer begehen, keinen wesentlichen Vorwurf machen. Der Zufall will, daß in diesem Augenblick aus England selbst gemeldet wird, daß sich bei den Walliser Bergwerkstrüben an englischen Journalisten ganz dasselbe wiederholt hat: sie sind von den Polizisten verprügelt worden.

Aber wenn ein solches Verbrechen geschehen ist, so gehört es sich, daß es von den höheren Behörden nicht nur als solches anerkannt, sondern in den Formen der guten Gesellschaft um Entschuldigung gebeten wird. Das Schreiben aber, das der Polizeipräsident von Jagow an die englischen Journalisten gerichtet hat, war nicht nur keine Entschuldigung, sondern wirkte wie eine Verhöhnung, indem es darauf hinwies, daß die Herren sich durch Teilnahme an einem Aufstand eigentlich strafbar gemacht hätten. Es würde wahrlich einen wohlthuenden Eindruck gemacht haben, wenn der Minister des Innern diesen Verstoß seines Untergebenen gegen den internationalen guten Ton in recht markanter Weise korrigiert hätte. Die deutsche Polizei geht unter den anderen Kulturvölkern eines so wenig fremdbildigen Auf, daß es wahrhaftig überfällig war, hier wiederum zu zeigen, daß die feineren Klassen der Mittelschicht bei uns nicht gebildet.

Als die Meldungen von den Moabit-Angelegenheiten durch die Zeitungen liefen, sahen die bekannten Unheilpropheten schon die russische Revolution bei uns im Anzuge. Rüstiger und Raubblütiger fanden, daß solche Zwischenfälle, wenn schon in sich bedauerlich, doch nicht unangenehm seien, da sie das Bürgertum etwas erschrecken und ihm die jetzt so beliebte Methode, die Unzufriedenheit in Unterdrückung der Sozialdemokratie zu erlösen, erleiden würden. Ich fürchte, diese Wirkung ist nicht nur nicht erreicht, sondern eher in das Gegenteil umgeschlagen. Der Ueberreifer und die gar zu große Schamlosigkeit haben sich, wie so oft, wieder einmal als schädlich erwiesen, und daß die sozialdemokratischen Verteidiger die Gelegenheit nach allen Richtungen ausnützen, die Autorität des Staates und der Gerichte zu untergraben — nun, das ist ja ihr Geschäft. Wenn der Mißbrauch aber zu groß wird, wird man doch wohl einmal erwägen müssen, ob die diskretionäre Macht des vorliegenden Ministers, der Verteidigung Grenzen zu ziehen, nicht zu verschärfen ist. Wir erleben es ja leider fast bei jedem Sensationsprozeß, daß, sei es durch die Schuld der gefällig vorgeschriebenen Formen, sei es durch die vom Reichsgericht durchgeführte Praxis, sei es durch Fehler der Vorsitzenden oder der Staatsanwaltschaft, sei es endlich durch mißbräuchliche Ausnutzung der Verteidigung durch die Rechtsanwälte, der Eindruck ein für unsere Rechtspflege ungünstiger ist. Wir sind glücklich, daß solche Mißbräuche, wie sie jetzt die Londoner Suffragettes begangen haben, bei uns unmöglich sind — aber welche Wohlthat wiederum, wie diese Spänen binnen drei Tagen abgeurteilt waren! Warum kriegen unsere Juristen das nicht fertig?

Der konserverative Politiker verleugnet sich, wie man sieht, in diesem Artikel nicht. Das zeigt die Entschuldigung, die Herr Delbrück für die Verprügelung der englischen Journalisten findet, das zeigt sein gänzlich ungeduldigter Ausfall gegen die Verteidigung, die Verurteilung eines summarischen Schnellverfahrens und einer Einschränkung der Rechtsgarantien für die Angeklagten durch eine Rückwärtsrevidierung der Strafprozedur, die dem Gericht die Möglichkeit gibt, ihnen wichtige Beweismittel abzuschneiden. Aber gerade angesichts dieser reaktionären Stellen des Artikels gewinnen die anderen, die das Verfahren der Polizei und der Staatsanwaltschaft kritisieren, um so größeres Gewicht. Wenn selbst aus solchem Munde Herr v. Jagow und Herr Steinbrecht und ihren höhergestellten Hintermännern gesagt wird, daß sie der Sache der Reaktion einen sehr schlechten Dienst geleistet haben, wenn von solcher Seite jebli von dem, was wir über das Verfahren gesagt haben, glatt bestätigt wird, dann ist das totale Fiasco dieses Feldzugs gegen die Arbeiterklasse wirklich nicht mehr zu verbergen!

Zum Nachschrei des Polizeipräsidenten nach polizeifremden Zeugen ist dem „Berliner Tagebl.“ die folgende bezeichnende Zuschrift zugegangen, die also lautet:

Der Polizeipräsident erläßt einen Aufruf und ersucht unbeteiligte Zeugen der Moabit-Strahnenkrawalle, sich bei ihm zu melden. Die Sache hat leider einen Haken. Ich war vor einigen Jahren unbeteiligter Zeuge einer Verhaftung, bei welcher der Verhaftete, ein Rostocker, nach meiner Ueberzeugung ungerecht behandelt war. Ich meldete mich sofort bei dem betreffenden Polizeibureau und beantragte meine Vernehmung bei der späteren Verhandlung. Darauf wurde ich gefragt: „Für wen wollen Sie ausfragen?“ Ich erwiderte: „Für den Verhafteten.“ worauf mir der Polizeiwachmeister erklärte, daß ihn (!) das nichts angehe. Ich teilte in einem Schreiben dem Polizeipräsidenten — es war der vorige — mit, daß er sich unter solchen Umständen nicht wundern müsse, daß das Publikum die Polizei so wenig unterstütze, was er kurz vorher gerade befragt habe, und daß es mir nun klar sei, weshalb ein mir befreundeter Herr seinerzeit keinerlei Antwort erhielt, nachdem er sich über die ungerechtfertigte und rohe Behandlung eines harmlosen Verurteilten durch einige Schutzhute beschwert hatte. Hierauf bin ich noch heute ohne Antwort geblieben; dagegen erkundigte sich ein Polizeileutnant bei mir im Auftrage des Polizeipräsidenten nach der Adresse des mit befreundeten Herrn — aus welchen Gründen, läßt sich leicht vermuten. Als Zeuge bin ich nie vorgeladen worden, und der arme Rostocker ist höchstwahrscheinlich verurteilt worden, obgleich auf Grund meiner Zeugenansage er freigesprochen werden mußte. Deshalb: Ich warne Reugierige!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. Dezember 1910.

„Kursfischer“ und „Rebschädlinge“.

Aus dem Reichstage, 1. Dezember. Die erste Lesung des Beschlusses gegen die Schäden im Seilgewerbe

wurde heute zu Ende gebracht. Noch einmal bemühten sich verschiedene Verze, die Notwendigkeit eines rigorosen Vorgehens gegen die „Kursfischer“ nachzuweisen, während Genosse Stücken und einige andere Redner demgegenüber hervorhoben, daß man das Kind nicht mit dem Bade ausschütten und die Maßregeln streng auf die Unterdrückung wirklich gemeinschädlicher Praktiken beschränken müsse.

Dann kam es zur Erörterung zweier von den National-Liberalen und vom Zentrum eingebrachter Interpellationen wegen Bekämpfung der Rebschädlinge. Eine Interpellation, die sich auf die Lage der Winzer bezieht, entfesselt immer zahlreiche Redeströme, da die Lage der Winzer an sich bei ihrem unsicheren Gewerbe meist eine höchst traurige ist. Die Vertreter der Weinbaukreise haben deshalb allen Anlaß, das Wort zu ergreifen. Den direkten Anlaß zu der diesmaligen Interpellation hat das plötzliche massenhafte Auftreten des Heu- oder Sauerwurms gegeben, der die Weinbeeren aushölt. Sein Doppelname rührt daher, daß er in seinem ersten Entwicklungsstadium zur Zeit der Heuernte auftritt und in seinem zweiten die unreifen Weinbeeren anfrischt. Dabei treibt die befannerte Feindin der Weintrauben, die Reblaus, auch noch immer ihr Unwesen.

Die Regierungsvertreter beantworteten die Anfragen, was sie gegen die Rebschädlinge zu tun gedenken, dahin, daß zunächst einmal die in der Praxis angewandten neuen Mittel zur Vertilgung der Schädlinge ausprobiert werden sollten. Bewähren sie sich, dann sollte auch vom Reich in gleicher Weise vorgegangen werden.

In der Debatte wurde von unserem Genossen Huber-Landau wie von anderen Rednern betont, daß eine erfolgreiche Bekämpfung der Rebschädlinge nur durchführbar sei, wenn die ärmeren Winzer dabei finanziell unterstützt würden. Ein bayrischer Regierungsvertreter gab die prinzipielle Bereitwilligkeit der Regierung dazu kund. Huber wies auch noch darauf hin, wie die Lebensmittelverteuerung die Lage der Winzer arg beeinträchtigt, was dann natürlich von den schwarzblauen Rednern lebhaft bestritten wurde.

Morgen geht die Winzerdebatte weiter.

Juda und Hohenzollern.

Während „Kreuzzeitung“ und „Deutsche Tageszeitung“ für das Schwinden des sogenannten „vaterländischen Sinnes“ und der Liebe zum angestammten preussischen Fürstentum die „verfälschte Agitation“ der Sozialdemokratie verantwortlich machen, hat die in der Druckerlei der „Deutschen Tageszeitung“ hergestellte „Staatsbürgerzeitung“ mit dem ihr eigenen Scharfsinn entdeckt, daß die antimonarchistische Gefinnung durch die Judenschaft gezüchtet wird. Der ganze Kampf gegen das Gottesgnadentum und das persönliche Regiment sei nichts als ein großes Ringen zwischen dem Stamme Juda und den Hohenzollern, und demnach Genosse Ledebour, den die „Staatsbürgerzeitung“ auch Ledyn nennt, nichts weiter als der parlamentarische Vertreter der Herren Wallin, Goldberger und Kompagnie.

Im biblischen Prophetenstil ruft das teutsche Käseblättchen: „Hört Ihr's, Ihr Fürsten und Könige, Ihr Großen dieser Welt, wie Juda drohend Euch entgegenritt, so Ihr wider den jüdischen Stachel zu löden Euch unterfangt! Hör' Du's auch, deutscher Kaiser und König von Preußen, und bedenke wohl, daß Herr Ledebour für die ganze Judenschaft von Wallin bis Singer gesprochen hat! Und diese Judenschaft betreibt ohne Unterlaß vom rechten bis zum linken Flügel mit Flug überdachtem und geheimgehaltenem Feldzugsplan nichts anderes als die „Ersehung“ des Hauses Hohenzollern durch das Haus Jakob.“

Die Entwicklung der inneren Verhältnisse treibt unerkennbar auf einen Entscheidungskampf zwischen diesen beiden Häusern hin, und dieser Kampf kann sehr wohl günstig für das Haus Jakob ausfallen, wenn das Haus Hohenzollern nicht mit aller Kraft auf eine Stärkung unserer deutsch-nationalen Erziehung, auf eine Kräftigung unseres wertvollen Mittelstandes und auf eine Verabingung, Verödung und völlige Wiederhergewinnung unserer Arbeiterbevölkerung durch eine wahrhaft christliche, also judengegnerische sozialpolitische Gesetzgebung hinarbeitet. Je lauter und unerschütterter aber das jüdisch-sozialistische Maulheldentum in der Vertretung des deutschen Volkes sich gebärdet, desto zuverlässiger darf man hoffen, daß der König von Preußen — seine gefährlichsten Gegner erkennen wird. Versteht doch das deutsche Volk schon längst nicht mehr den Umgang mit jenen Fürsten des Geldes, die Begünstigung jener Simon und Wallin und Goldberger und Kieffer und Rathenau, und wie die Großen in Israel heute heißen mögen. . . .

Wärdien die deutschen Fürsten sich warnen lassen! Und müßten sie bedenken, daß in einem offenen, energischen Kampfe gegen Juda noch das deutsche Volk hinter ihnen stünde. — Und sollte es dann nicht gelingen, die alte Verhöhnung der Juden in Erfüllung gehen zu lassen: „Es wird ein Volk kommen von Norden her, das wie ein Adler fliehet, und wird dich zurückbringen auf deinen Schiffen nach Ägypten“!?

Kuriose Logik! Denn nach dieser muß der Kaiser selbst kein Kopalist vom richtigen Gepräge sein, da er, anstatt dem patriotischen Kampfsruf der „Staatsbürgerzeitung“ zu folgen, mit den Wallin, Simon usw. freundschaftlich verkehrt, die doch sicherlich aus dem Hause Jakobs stammen. Die nächste Aufgabe der „Staatsbürgerzeitung“ hat demnach unzweifelhaft darin zu bestehen, den Kaiser selbst erst zum richtigen Kopalismus oder Monarchismus zu belehren. Vielleicht übernimmt Liebermann von Sonnenberg als großer Pädagoge das Amt.

Kein Verzicht auf die Reichswertzuwachssteuer.

Ein bürgerliches Blatt hat die Nachricht verbreitet, daß die Regierung auf die Reichswertzuwachssteuer verzichten wolle und dafür eine Erhöhung der Stempelsteuern in Aussicht genommen habe. Die Schatzsekretär Vermuth bereits in der Wertzuwachssteuerkommission festgestellt hat und wie Donnerstagabend noch ausdrücklich in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ bestätigt wird, ist diese Nachricht vollkommen falsch; die Regierung legt im Gegenteil den größten Wert auf das baldige Zustandekommen der Reichswertzuwachssteuer.

Eine Verhöhnung der Wittwen und Waisen

wurde bald nach Annahme des Wuchererars die Ver Erimbom (§ 15 des Volkstarifgesetzes vom Jahre 1902) von unseren Genossen genannt. Ueber diese Vermeidung waren die Zentrumsleute sehr entrüstet. Sie behaupteten, daß der § 15 des Volkstarifgesetzes den Wittwen und Waisen jährlich mindestens 72 Millionen Mark bringen werde. Tatsächlich brachte er 1906 nichts, 1907 42 Millionen Mark, 1908 wieder nichts und 1909 auch nichts. Bis dahin wurden immer noch 40 Millionen Mark im Etat eingesetzt. 1910 setzte man jedoch in den Etat die große Ueberschrift: „Kapitalanammlung behufs Erleichterung der Durchführung einer Wittwen- und Waisenversorgung“ und als Summe setzte man ein: — — — Nur in der Spalte, in der mitgeteilt wird, wieviel im vorigen Jahre, also 1909, eingesetzt war, stand 40 000 000 M. und in der vierten Spalte unter der Ueberschrift: „Wittwen weniger als 1909“ standen nochmals die 40 Millionen. Dieses Jahr ist die Sache

nach einfacher abgemacht worden. Die große Ueberschrift mit dem Text ist geblieben, aber als Summe in den Spalten hinter dem Text stehen — — —

Zu der Anmerkung zum Kapitel „Hölle“ wird angegeben, daß das Reich einen Anspruch auf eine Einnahme von rund 98 Millionen Mark hat, aber voraussichtlich nur 68,4 Millionen erhalten wird. Die Witwen und Waisen haben also recht wenig Aussicht, die versprochene Pension zu erhalten, während sie das Brot teurer zu bezahlen haben. Das danken sie der Fürsorge des Zentrums für die — großen ländlichen Grundbesitzer.

Pharisäer.

Ueber die Bemerkungen, die wir an die Rede Wilhelm II. bei Eröffnung der technischen Hochschule in Breslau und an die Antwort des Rectors geknüpft haben, ist die „Kreuzzeitg.“ sehr erboht. Sie schimpft über unflätige Gotteslästerung und dreiste Verhöhnung der christlichen Religion und beschuldigt uns, unseren Programmpunkt „Religion ist Privatsache“ verletzt zu haben. Ach nein! Wir haben Achtung vor wahrer Frömmigkeit; aber allerdings nur Verachtung für die Kreuzzeitungsstippe der Protowucherer und Steuerbrüderberger, für die die Religion nur ein Geschäft ist, ein Mittel, um das Volk in jener geistigen Abhängigkeit zu erhalten, die den Junkern und Pfaffen erlauben soll, es um so rücksichtsloser auszubehnten und um so leichter zu beherrschen. Und wir haben auch keine Achtung vor jenen Leuten, die, obgleich sie auf dem Boden einer ganz anderen Weltanschauung stehen, plötzlich fromme Phrasen drescheln, weils oben gern gesehen wird. Nicht wir haben Gott gelästert, sondern diejenigen, die Gott in so geschmackloser und aufdringlicher Weise anrufen, daß man sofort merkt, wie äußerlich diese aufdringliche Frömmigkeit ist.

Noch immer ohne sicheres Mandat.

Bassermanns Freunde sind noch immer auf der Suche nach einem Wahlkreis für ihren Fraktionschef. Neuerdings wird berichtet, daß endlich Aussicht auf eine relativ günstige Kandidatur vorhanden ist. Bassermann werde in Guben-Lübben an Stelle des Prinzen zu Schönau-Carolath aufgestellt. Prinz Schönau will bei den nächsten Reichstagswahlen nicht wieder kandidieren. Bei den letzten Wahlen wurde er mit 15 982 Stimmen gegen 5609 sozialdemokratische und 52 Zentrumsstimmen im ersten Wahlgange gewählt.

Die Verfassungsmogelei im Obotritenland.

Die mecklenburgischen Junker sind mit anerkennenswertem Eifer beflissen, die Verfassungsvorlage der Regierung im Sinne der alten mecklenburgischen ritterschaftlichen Erbschaft zu verbessern. Durch den Ritter v. Treuenfels haben sie auf dem in Ralswiek tagenden Landtag einen ganz eigenartigen Antrag zur Verfassungsreform gestellt. Die Herren verlangen nämlich zwei Kammern zu je 50 Mitgliedern. Nach dem vorgeschlagenen Wahlmodus wären den Junkern in der Ersten Kammer 31 Mandate sicher. Die 50 Mitglieder der Zweiten Kammer sollen aus allgemeinen, gleichen und direkten, aber öffentlichen Wahlen hervorgehen. Die Wähler müssen jedoch mindestens 30 Jahre alt sein; auch besteht das Erfordernis des eigenen Herdes. Gewählt kann nur derjenige werden, der in dem Wahlkreise anässig ist. Es sollen ländliche und städtische Wahlkreise gebildet werden und nur Hauptwahlen, keine Stichwahlen stattfinden. Beide Kammern müssen allen zu erlassenden Gesetzen und dem Etat mit einfacher Majorität zustimmen.

Austritte aus der Landeskirche.

In einer vor kurzem erschienenen Broschüre über die Trennung von Kirche und Staat wird mitgeteilt, daß in der letzten Zeit nicht nur Ernst Daeßel, sondern auch Prof. Ludwig Gurlitt, Prof. Artur Drews (Markstraße) sowie eine ganze Reihe von Beamten ihren Austritt aus der Landeskirche erklärt haben.

Der Verkauf des Tempelhofer Feldes.

Ueber einen, in seiner Art wohl einzig dastehenden Vorgang berichtet der „Berliner Lokal-Anzeiger“. Auf der Tagesordnung der Bundesratsitzung vom Donnerstag befand sich nämlich folgender Punkt: „Mitteilung über die dem Reichstag vorliegende Denkschrift betreffend den Verkauf des Tempelhofer Feldes.“ Es ist ohne Zweifel auffällig, daß sich der Bundesrat nachträglich mit einer Vorlage befaßt, die dem Reichstago schon seit mehreren Tagen zugegangen ist. Es hat den Anschein, als ob das Vorgehen des Kriegsministers doch gewisse Bedenken entstanden sind, über die schnell noch eine Einigung herbeigeführt werden soll.

Blutige Erstigung des Malakuffstandes.

Nach einer Mitteilung des „Kolonialblattes“ ist die Ermordung des Kaufmanns Breitshneider durch die Malas in Kamerun dadurch „gefördert“ worden, daß nach einem für die Malas sehr verlustreichen Widerstande 9 Häuptlinge ergriffen, zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden. Die hingerichteten Häuptlinge sollen teils an der Ermordung Breitshneiders beteiligt gewesen sein, teils zu den Ueberlebenden des Aufstandes gehört haben. Versichert wird, daß Kaufmann Breitshneider sich keine Uebergriffe gegen die Eingeborenen habe zu schulden kommen lassen. Allerdings sei er vor dem Betreten des Gebietes eindringlich gewarnt worden.

Die angestellten Ermittlungen haben nach dem Berichte ergeben, daß es sich bei der Ermordung nicht um einen Gewaltakt von lokaler Bedeutung, sondern um einen von langer Hand vorbereiteten Kuffstand handelte, der die Vertreibung der gesamten Europäer bezweckte. Als Grund des Aufstandes wird die Einkreidung der Steuern, die Durchführung der Begehbauten unter schwierigen Verpflegungsverhältnissen usw. betrachtet. Ob dabei besondere Fehler von der Bezirksverwaltung gemacht seien und wer die Verantwortung für solche Fehler trage, lasse sich vorläufig noch nicht übersehen. Darüber würden aber noch weitere Ermittlungen angeestellt, die auch dazu dienen sollten, etwaige gemachte Fehler für die Zukunft zu vermeiden.

Man kann also wohl ruhig annehmen, daß der Aufstand tatsächlich durch die den Malas unerträglichen Regierungsmassnahmen hervorgerufen worden ist. Und wenn man für die Zukunft Besserung gelobt, so wird dadurch der als Opfer dieser Fehler gefallene Kaufmann Breitshneider ebenso wenig wieder zum Leben erweckt, wie die neun hingerichteten Malahäuptlinge und die zahllosen sonstigen Opfer des „Beruhigungs“feldzuges. Wenn man wirklich Fehler vermeiden lernen wollte, hätte man das schon aus zahllosen früheren Vorkommnissen lernen sollen, ist doch gerade Kamerun das Land der ewigen Kuffstände und der ewigen blutigen Strafexpedition!

Ein Surrapatriot.

Den Abbas bekanntes Wort gilt nicht mehr, denn es ist wohl noch nicht dagewesen, daß ein Reichsverandshäuptling aus einer Studentenversammlung wegen des Ausbrechens eines Kaiserbohs hinausgeworfen worden ist. Und doch hat sich am Dienstagabend ein solcher Fall in Leipzig ereignet. Die dortige freie Studenten-Schaft ließ sich vom Genossen Ed. Bernstein einen Vortrag

über das Sozialdemokratische Parteiprogramm halten. In der Diskussion sprach auch der Oberste der sächsischen Reichsverbände Dr. Henrici, der sich schon während seiner Rede vom Vorsitzenden sagen lassen mußte, daß seine Ausführungen mit der wissenschaftlichen Erörterung des sozialdemokratischen Parteiprogramms gar nichts zu tun hätten. Als Henrici dann geendet und bereits seinen Platz im Saale wieder erreicht hatte, glaubte er seinem durch den Versteinerten Vortrag bedrückten Herzen Luft machen zu müssen, indem er die Verammlung zu einem Hoch auf den deutschen Kaiser aufforderte. Der Effekt seiner vaterlandspatriotischen Aktion war für den Reichsverbandspräsidenten höchst überraschend. Zunächst stimmten nur etwa ein vierter Dutzend von den etwa tausend Anwesenden in sein Hoch ein; dann aber erhob sich der Vorsitzende der freien Studentenvereine und forderte Henrici zum Verlassen des Saales auf. Als Genosse Bernstein ein Wort für Henrici einlegte, dem er ja auf seine Angriffe antworten wollte, spielte dieser den gekränkten spanischen Granden. Er verließ mit einem seiner Getreuen den Saal, indem er pathetisch in den Saal hineinrief: „Mit solchen deutschen Studenten will ich nichts zu tun haben.“

Der Vorsitzende betonte nach diesem Vorfall, daß er selbst streng konservativ sei, in dieser politisch neutralen Vereinigung ein Kaiserhoch aber ebenso wenig dulden könne, wie etwa ein Hoch auf die Sozialdemokratie.

Ein Kapitänleutnant wegen Unterschlagung und Fahnenflucht vor dem Kriegsgericht.

Im Frühjahr 1900 stellte sich in der Westflotte des Keines Kreuzers „Blitz“, die der Kapitänleutnant A. verlor, ein Fehlbetrag von über 6000 M. heraus. Da der Verdacht vorlag, daß der Kapitänleutnant diesen Betrag veruntreut habe, erhielt er den Befehl, sich sofort nach Kiel zu begeben und sich dort zur Verantwortung zu stellen. Statt dessen wurde er fahnenflüchtig. Ueber Paris und Marseille gelangte er nach Algier und arbeitete dort ein Jahr lang in einem deutschen Geschäft. Sein Verdienst war jedoch nur gering, weshalb er nach Genua und dann nach der Schweiz ging. Allein das Glück war ihm nirgends hold. Er mußte sich mühselig als Versicherungsagent durchschlagen und bekam dieses Leben schließlich so satt, daß er sich im Oktober 1910 nach Deutschland zurückbegeben und sich freiwillig dem Kriegsgericht in Kiel stellte. Er gab vor diesem an, der Fehlbetrag habe nur etwas über 3000 M. betragen und sei dadurch entstanden, daß er eine große Anzahl Rechnungen versehenlich doppelt bezahlt und den Offizieren zu hohe Meherparnisse ausgezahlt habe. Die Durchführung des Angeklagten zeigte sich so mangelhaft, daß sie kein faires Bild ergab. Es wurde ihm nachgewiesen, daß er an eine Firma statt 2500 M. nur 200 M. bezahlt und für den Rest eigene Wechsel gegeben hatte. Den einen Wechsel über 1300 M. löste B. dann ein, den anderen nicht. Durch diese Wechselmanipulation hatte B. indes die Schuld an die Firma beglichen, so daß eine Unterschlagung nicht in Frage kam. Auch konnte ihm in bezug auf den übrigen Fehlbetrag nicht nachgewiesen werden, daß er ihn für sich verwendet hatte. — Er wurde daher vom Kriegsgericht von der Anklage der Unterschlagung freigesprochen, wegen Erhaltung falscher dienstlicher Meldung, Ungehorsams und Fahnenflucht aber zur Dienstentlassung und zu einem Jahre drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Oesterreich.

Ein Agrarier gegen Getreidezölle.

Wien, 1. Dezember. Das Abgeordnetenhause setzte die Verhandlungen über die Maßnahmen gegen die Meischnot fort. Der christlich-sozialer Agrarier Pany erklärte, die kleinen Landwirte hätten an den Getreidezöllen kein Interesse, und beantragte verschiedene Maßnahmen zur Hebung der Viehzucht, darunter Herabsetzung des Einfuhrzölles auf Futtermittel.

Am Schluß der Debatte kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen den sozialdemokratischen und deutschen nationalen und agrarischen Abgeordneten, hervorgerufen durch eine Behauptung des Abgeordneten Weidenhofer, daß die sozialdemokratische Brotbäckerei mit der Erhöhung des Brotpreises erst dem Beispiel der privaten Konkurrenz gefolgt sei.

Frankreich.

Für den Achtstundentag!

Paris, 30. November. Die Mitglieder der Arbeitskommission der Deputiertenkammer haben den Wunsch ausgesprochen, daß Verhandlungen mit den ausländischen Regierungen eingeleitet werden sollten zum Zweck einer internationalen Verständigung über die Einführung des Achtstundentages.

Portugal.

Nun treue Diener ihrer Herrin.

Lissabon, 30. November. Nach einer Meldung der Blätter hat die Regierung gegen den früheren Finanzminister Espregueira und gegen den früheren Generalkonsulmeister im Finanzministerium Araujo ein gerichtliches Verfahren eingeleitet. Beide hatten, um die Aufnahme von Anleihen der Königin Maria Pia zu erleichtern, einen Vertrag mit der Deposbank abgeschlossen und dadurch den Staat verantwortlich gemacht.

Die Wahlen.

Lissabon, 1. Dezember. Die Wahlen zur konstituierenden Kammer werden nach einer Entscheidung des Ministerrates im März nächsten Jahres stattfinden.

England.

Referendum und Tarifreform.

London, 1. Dezember. Lloyd George erwähnte in einer Rede Balfours Vorschlag, das Prinzip der Tarifreform einem Referendum zu überweisen, und stellte die Anfrage, ob das bedeuten solle, daß Balfour gewillt sei, eine tatsächliche Tarifreform-Bill, nachdem sie in beiden Häusern des Parlaments durchgegangen sei, der Wählerschaft vorzulegen. Das würde allerdings etwas ganz anderes sein, als wenn Balfour nur das Prinzip der Tarifreform einem Referendum unterbreiten wolle. Er verlange von Balfour Antwort auf diese Frage.

Die konservativen Blätter erklären, die Liberalen seien durch den niederemitternden Schlag Balfours in der Albert Hall in Schrecken versetzt. Die Gemäßigten und Freihändler in Manchester und anderen großen Wahlbezirken seien bereits für die Unionisten gewonnen, die jetzt auf eine bedeutende Mehrheit rechnen könnten. Die liberalen Zeitungen sprechen die Ueberzeugung aus, daß sich die Wähler durch die konservativen Wahlmanöver nicht täuschen lassen würden. Die Konservativen hätten eine davorartige Furcht vor den Wahlen, daß sie bereitwillig jedes Versprechen gäben, um sich die Stimmen der Wähler zu sichern.

Parlamentarisches.

Aus der Budgetkommission.

Die Budgetkommission nahm in ihrer Donnerstags-Sitzung an dem Reichsbekämpfungsgesetz einige sehr wesentliche Änderungen vor. Bei der Berechnung des vom Reich an die Gemeinden, in denen Reichsbekämpfungen vorhanden sind, zu zahlenden Zuschusses sollen entgegen der Regierungsvorlage auch die Arbeiter und Angestellten mit mehr als 2000 M. Einkommen einbezogen werden. Dieser

Zuschuss soll auch nicht erst dann gezahlt werden, wenn die Zahl der in diesen Reichsbetrieben beschäftigten Personen nebst ihren Gehaltsangehörigen 10 Proz., sondern schon wenn sie 2 Proz. der Zivilsbevölkerung ausmacht. Um die Höhe des Zuschusses zu ermitteln, sollen nach einem angenommenen Antrag Gröber auch die Ausgaben der Gemeinde für die Sicherheitspolizei und für die Unterhaltung der Straßen und Plätze in Rechnung gestellt werden. Die Bestimmung der Vorlage, wonach Eisenbahnverträge nicht unter dieses Gesetz fallen sollten, wurde von der Kommission gestrichen. Der § 9 der Vorlage, der bestimmt, daß den eisenbahntätigen Gemeinden, in deren Gemarkung sich eine Eisenbahnstation befindet, 5 Proz. aus den Ueberschüssen der Eisenbahnen gezahlt werden, wird auf Antrag Gröber dahin abgeändert, daß über die Verteilung der überwiehenden Summe nicht der Reichsanwalt, sondern die eisenbahntätige Landesgesetzgebung die nötigen Bestimmungen trifft.

Nächste Sitzung Freitag.

Aus der Zwangssteuerkommission.

In der Donnerstagssitzung wurde zunächst an Stelle des Genossen Südekum Genosse Binder zum Vorsitzenden gewählt. Ein Zentrumsabgeordneter erklärte sich mit dem Gesetz einverstanden, es müßten jedoch noch Änderungen vorgenommen werden, um das Gesetz leichter verständlich zu machen. Von einem konservativen Vertreter wurde ausgeführt, daß man den Umsatzstempel bis zum Jahre 1915 neben der Zwangssteuer beibehalten müsse, um die nötigen Ausgaben bestreiten zu können. Der Vertreter der Polen führte aus, daß er seinerzeit für die Finanzreform gestimmt habe; wegen der Zustimmung zum Umsatzstempel habe er in seiner Heimat bald Hause bekommen. Der Vertreter für Aufhebung des Umsatzstempels ein. Nachdem noch ein freisinniger Vertreter der Befürchtung Ausdruck gegeben hat, daß nach den Ausführungen des Staatssekretärs der Umsatzstempel demnach beibehalten werden solle, führte ein sozialdemokratisches Mitglied der Kommission aus, daß die Steuer den Gemeinden gehöre. Er müsse sich entscheiden gegen die Verteilung der Steuer wenden. Es sei genügend, wenn das Reich die Ausgaben für die Veteranenbeihilfe erhalte. Es müsse unter allen Umständen in das Gesetz eine Bestimmung aufgenommen werden, daß aus den Erträgen der Steuer die Veteranenbeihilfen gezahlt werden müssen. Nach den Ergebnissen bei der Finanzreform sei Mißtrauen berechtigt. Darauf vertagte sich die Kommission.

Aus der Partei.

Gemeindevahlerfolge.

Bei den Gemeindevahlen in Hassenberg bei Koburg wurden die von der Sozialdemokratie aufgestellten drei Kandidaten glatt gewählt. In der Gemeindevertretung des Ortes sitzen nunmehr vier Genossen.

In dem ultramontanen Gonsenheim wurden bei der Gemeindevahl zwei Genossen gewählt.

Bei der Stadtverordnetenwahl in Düsseldorf ist es nicht gelungen, die Zentrumsherrschaft zu brechen. Die sozialdemokratischen Kandidaten erhielten 11 449 Stimmen, das Zentrum siegte mit 15 062 Stimmen. Bei der Hauptwahl war das Verhältnis folgendes: Sozialdemokraten 6583, Zentrum 13 326 und Liberale 2805 Stimmen.

Personalien. Im Wahlkreise Nürnberg-Altdorf ist an Stelle des verstorbenen Genossen Ries der Genosse Biermann zum Parteisekretär gewählt worden.

Ein Volkshaus in Belgrad.

Dem serbischen Proletariat ist es gelungen, sich in der Hauptstadt Belgrad ein eigenes Heim zu schaffen. Vor einigen Tagen fand die Einweihung des Volkshauses, das der erfohlreichen und unermüdeten Arbeit der serbischen Genossen zu danken ist, unter großer Beteiligung der Arbeiterschaft statt. Mit dem Aufblühen der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen wurde die Schaffung einer Zentralkasse immer mehr ein dringendes Bedürfnis. Durch den Erwerb des neuen Volkshauses sind jetzt die verschiedenen Organisationen der Arbeiterschaft vereinigt. Das von einer Belgrader Bank für 70 000 Frank erworben Haus ist vollständig renoviert und präsentiert sich in allen seinen Teilen durchaus würdig. Das Gebäude gehörte früher einer religiösen Sekte, der Saal — der größte in Belgrad — wurde von ihnen „Saal der Ruhe“ getauft. Jetzt ist aus ihm ein Kampsplatz des vorwärts strebenden Massenbewußten Proletariats geworden, das durch das eigene Heim einen neuen Ansporn zu nimmer rastender Tätigkeit erhalten hat.

Jugendbewegung.

Die Rixdorfer Jugendorganisation aufgelöst!

Der Kampf der Staatsgewalten gegen die vorwärtsstrebende Arbeiterjugend hat nunmehr auch zur Auflösung der Rixdorfer-Brüder Jugendorganisation geführt. Nachdem das preussische Obergericht am 14. Oktober mit einem durchaus rechtskräftigen Urteil das Vorgehen des Berliner Polizeipräsidenten gegen die Berliner freie Jugendorganisation sanktioniert hat, ist den Aufsichtsbehörden die Unterdrückung der ihnen unbenommenen Jugendorganisationen wesentlich erleichtert worden. So stiftet sich denn auch der Rixdorfer Polizeipräsident in seiner die Auflösung anordnenden Verfügung auf das Urteil des genannten Gerichts.

Wenn auch durch den behördlichen Eingriff die Form der Organisation der Arbeiterjugend vernichtet worden ist, den Geist, der die Arbeiterjugend beherrscht, kann keine Verfügung töten. Im Gegenteil: das behördliche Vorgehen wird neue Scharen Jugendlicher davon überzeugen, wie notwendig der Zusammenschluß der Jugendlichen ist, um sich zu schützen gegen körperliche und geistige Unterdrückung. Auf das famose Urteil des Obergerichts, das jetzt im Wortlaut vorliegt, werden wir noch zurückkommen.

Soziales.

Anzulässige Ausrechnungen.

1. Der Arbeiter Sch. war bei der Firma Röhrner u. Kahlbacher beschäftigt. Weil ihm 5,35 M. Lohn einbehalten worden sind, klagte er gestern vor dem Gewerbegericht. Die Beklagte hat den Abzug gemacht, weil sie dem Kläger für einen vorausgegangenen Akkord, bei dem der Kläger nicht zurecht kam, 5,35 M. zuviel Lohnvorschuß gegeben hat. Das Gericht verurteilte die Firma, da in diesem Falle die Aufrechnung des Lohnvorschlusses nach § 394 des Bürgerlichen Gesetzbuches unzulässig ist. Die Aufrechnung von Lohnvorschlüssen kann nur bei der Abrechnung der jeweiligen Akkorde geschehen.

2. Der Former S. verlangte 15 M. Restlohn von der Eisenblecherei A. G. Er hat ein Gehäuse, für das ein Akkord von 5 M. vereinbart war, und zwei Lagerbügel, über deren Bezahlung nichts vereinbart war, angefertigt. Für die Lagerbügel hat er zwei Arbeitstage aufgewandt und beansprucht nun für jeden Tag 5 M. Die Beklagte behauptet, daß auch die Lagerbügel im Akkordlohn ausgefertigt worden sind, kann es aber nicht beweisen. Den Lohn habe sie nicht gezahlt, weil die Arbeiten verborben und unbrauchbar sind. Das Gericht empfiehlt den Parteien, sich auf 10 M. zu einigen. Denn wenn auch der Lohn für das Gehäuse nicht gezahlt zu werden brauche, so müsse doch für die Bügel, da Akkordvereinbarung nicht entgegen ist, Zeitlohn gezahlt werden. Eine Aufrechnung sei aber unzulässig. Die Parteien traten dem Vorschlage bei.

Gewerkschaftliches.

Die Forderungen der Bergarbeiter.

Die Donnerstag von den Vorständen der drei Bergarbeiterverbände beim Zehnerverbande eingereichten Forderungen sind folgende:

1. Eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 15 Proz. am 1. Januar 1911 in Kraft treten zu lassen;
2. das Verbot in der Grube und alle sonstigen Nebenarbeiten sollen besonders bezahlt bzw. verrechnet werden, um die Lebensgefahr zu verringern;
3. die Leistungen der Knappschaftskasse sollen entsprechend den Anträgen der Arbeitervertreter in der letzten Generalversammlung des Allgemeinen Knappschaftsvereins zu Bochum erhöht und zu diesem Zweck außerordentliche Generalversammlungen der fraglichen Klasse einberufen werden;
4. der voriges Jahr eingeführte Zwangs-Arbeitsnachweis soll in einen auf paritätischer Grundlage aufgebauten umgewandelt werden, wie das schon voriges Jahr von allen Verbänden mit Recht verlangt wurde.

Berlin und Umgegend

Wachtung, Kürschner! Die Sperre über die Firma G. A. Hoffmann ist hiermit aufgehoben. Der Streik ist beendet, nachdem die Firma allen dort beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen bedeutende Lohnerhöhungen gewährt hat.

Deutscher Kürschner-Verband, Filiale Berlin.

Deutsches Reich.

Die Lage im Ruhrrevier.

Der Streik von „Lufas“ hat Ähnlichkeit mit den Streiks auf „Oberhausen“ und „Reuschstraße“, die der großen Katastrophe von 1906 vorausgingen. Möglich, daß auch der Streik von „Lufas“ gewissermaßen ein Vorgeschicht großer Kämpfe sein wird. Von „Lufas“ heißt es nun, daß die Bestrafung von 125 Mann wegen Unregelmäßigkeiten bei der Seilfahrt die Ursache des Streiks gewesen sei. Das ist selbstverständlich völlig falsch. Wenn weiter nichts vorläge, würde nicht gestreikt. Die Mißstände haben sich aber derart summiert, daß sie schließlich den Bergleuten schier unerträglich wurden, und die Massenbestrafung am letzten Sonnabend nur gleichsam der letzte Tropfen war, um das übervolle Gefäß zum Überlaufen zu bringen. Die Fache „Lufas“ bildete in den letzten Jahren eine besondere Rubrik in der Arbeiterpresse. Freilich war die Verwaltung recht tapfer im „Berichtigen“, es hat sich jedoch gezeigt, daß Mißstände durch „Berichtigungen“ nicht aus der Welt zu schaffen sind. In den Streikversammlungen wurden denn auch die schwersten Beschuldigungen erhoben. Bergleute, die auf „Radbob“ gearbeitet hatten, erklärten, dort sei es sehr schlimm gewesen, auf „Lufas“ sei es viel schlimmer. Auf „Radbob“ habe die Verriegelung nicht funktioniert, auf „Lufas“ sei überhaupt keine vorhanden. Von allen Kameraden wurde über Schlagwetter geklagt. Ueberhaupt, die voll Wetter stehen, bleiben offen, so daß jedermann hinein kann. Es wird geschossen, obwohl Wetter vorhanden sind. Hohlräume von 30 Meter Umfang sind vorhanden. Brüche von 20 Meter Höhe bleiben unberührt. Dabei herrscht ein chronischer Holz-mangel; tage-, ja wochenlang kann es dauern, daß die Dauer ein Stück Holz zum Vorbauen bekommen. Und dabei sind sie nicht sicher, daß am anderen Tage das Holz wieder umgeschlagen und verschunden ist. Die Bergleute erklären, wenn sich auf „Lufas“ eine Katastrophe ereigne, werde die ganze Grube zusammenklappen wie ein Kartenhaus. Verschiedene Bergleute begaben sich auf die Holzsuche. Das wurde ihnen nicht bloß verboten, sondern einem wurden vom Steiger sogar Schläge angeboten. Ein Steiger erklärte: Schaffst erst Kohlen, dann gibst es auch Holz. Ein höherer Beamter versprach, Holz zu schicken, aber es dauerte noch fünf Tage, ehe welches kam. Sämtliche Redner klagten, daß der versprochene Lohn nicht ausgezahlt werde. Wünschten die Bergleute ein höheres Beding, dann wurde ihnen gesagt, sie sollten Ueberschichten machen. Es wurden denn auch 35, 37, ja 45 Schichten im Monat verfahren. Sehr oft wurden die Ueberschichten aber auch nicht bezahlt. Ein Bergmann, der 20 Schichten gemacht hatte, erhielt nur 20 Schichten bezahlt, einem anderen fehlten 3/4 Schichten. Reklamationen sind erfolglos. Schwere Bestrafungen sind an der Tagesordnung. Die Bestrafungen vom letzten Sonnabend haben wir schon erwähnt. An zwei anderen aufeinanderfolgenden Tagen vorigen Monats wurden laut Strafzettel für 325, 50 M. Strafe verhängt. An einem anderen Tage wurden 8 Mann mit je 5 M. bestraft. Nach den Bestimmungen des Gesetzes entspricht eine solche Strafe einem Schichtlohn von 10 M.; natürlich wird kaum die Hälfte verdient. Daß bei solchen Verhältnissen eine gräßliche Unordnung auf dem Rüttel herrscht, ist den Bergleuten schon zu glauben. Eine Besonderheit der Streikenden geht noch dahin, daß keine ordentlichen Fördermaschinen vorhanden sind, dadurch sei die Ein- und Abfahrt lebensgefährlich. Man sieht leicht ein, daß der Unfall am letzten Sonnabend nur den äußeren Anlaß zum Streik abgegeben hat.

Die Bewegung im elektrotechnischen Installationsgewerbe zu Nürnberg ist zugunsten der Arbeiter beendet worden. Es wurde eine Vereinbarung erzielt, die die Arbeitszeit auf 56 Stunden pro Woche und Durchschnittslohn von 63 Pf. für selbständige Monteur, 57 Pf. für Monteur, 47 Pf. für Hilfsarbeiter festsetzt, sowie eine sofortige zehnprozentige Lohnerhöhung zusichert. Auch die Vorordnungsulagen usw. werden besser geregelt.

Die erfolgreiche Lohnbewegung der Einnehmer der „Victoria“

Bei der Inlaststelle Hamburg hat weitere Kreise gezogen. Während die Direktion bisher alle beschiedenen Wünsche dieser Angehörigen kurz und bündig ablehnte, hat sie jetzt „freiwillig“ einige, allerdings unerhebliche Zugeständnisse an die Einnehmer aller Inlaststellen gemacht. Offenbar möchte sie hiermit der Organisation zuvorkommen, damit die Angestellten nicht fordern, was die Direktion unter dem Druck der Gewerkschaft der Angestellten an Gehaltserhöhungen usw. gewähren mußte. Dieses Vorgehen der Direktion der „Victoria“ muß für die Angestellten und zwar für die aller Versicherungsgesellschaften ein Grund mehr sein, ihren Anschluß an die Organisation zu beschleunigen.

Die Leipziger Brauereiarbeiter beschlossen, den gegenwärtig bestehenden, mit den Ringbrauereien Leipzigs abgeschlossenen Tarifvertrag am 1. Januar 1911 zu kündigen, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen. Der in der Versammlung mit aufweisende Vertreter des Brauereigenössenbundes erklärte, der Bund werde mit dem Verbands gemeinsame Sache machen.

Der Anstand in der Edelmetallindustrie.

Die Arbeitgeberverbände der Edelmetallindustrie in Pforzheim haben beschlossen, ihre Betriebe bis zum 1. Januar 1911 völlig stillzulegen. Die Arbeitswilligen erhalten für die

Dauer der Stilllegung von den Arbeitgeberverbänden eine Unterstützung. In den letzten Tagen gehen aber immer mehr Arbeitswillige zu den Streikenden über.

Bergarbeiterstreik in Oberbayern.

Etwa 1400 Bergarbeiter im Kohlenbergwerk Hausham haben Donnerstag ihre Kündigung eingereicht, nachdem sich die Generaldirektion der Oberbayerischen Aktiengesellschaft für Kohlenbergbau weigerte, den Schiedspruch des als Einigungsamt angerechneten Berggewerbegerichts München anzuerkennen.

Ein christliches Gewerkschaftsblatt für die Revolution

Das an der Zentralfstelle der christlichen Gewerkschaften in Köln erscheinende und von diesem geistig subventionierte Organ des christlichen graphischen Verbandes: „Die graphischen Stimmen“ gibt bei einer Betrachtung über den Fortschritt der Menschheit und die französische Revolution recht lehrreiche Gedanken zum besten. Nach einem etwas geistigen sinnbildlichen Vergleich zwischen Frühling und Winter und lauen und tapferen Menschen, die den Fortschritt der Menschheit bemerken oder fördern, preist das Blatt dann die französische Revolution als ein historisches Beispiel großen Stils für die Aufstellung der Geister. Es heißt u. a.: „Die triumphierte freilich in Strömen Blutes und roffte zahllose Menschen dahin, aber sie gebar einen Völkerrückgang, sie legte mit eisernem Beien fort, was morisch und verrotzt war und befreite die Geister von dem Druck des finsternen, alle Gebiete beherrschenden Absolutismus, so daß die neuen, der Zeit angemessenen Ideen zur Entfaltung kommen konnten. — Auch heute noch läte uns eine großartige Revolution not, wenn auch keine, wie die französische, die lediglich durch brutale Machtmittel wirkte und auch manches zertrümmerte, was dem Wohle der Menschheit diene. Einer geistigen Revolution bedürfen wir, die alles ausmerzt, was für unsere Verhältnisse faul und schlecht und unbrauchbar ist, damit die Bahn frei wird für Fortschritte und Ertragenschaften, die der Menschheit wahrlich dienlich sind.“ Und so geht es fort. Wie aber denken die christlichen Gewerkschaften über die Rolle des Zentrums, der ihnen nahestehenden politischen Partei, bei diesem Befreiungskampfe?

Ausland.

Die Versicherungsangestellten in Wien haben durch ihren Anschluß an die moderne Arbeiterbewegung schon manchen Erfolg erzielt. Sie setzten eben jetzt bei zwei der größten Gesellschaften das Zustandnis von Teuerungsbeträgen durch. Eine Gesellschaft gewährt auch den über zehn Jahre Angestellten eine Gewinnbeteiligung. Der gegen die „Universele“ verhängte Vorkost konnte aufgehoben werden, weil die Gesellschaft 25 000 Kronen für Abancements bewilligt und sich verpflichtet hat, die 50prozentigen Abancementsgebühren an den Pensionsfonds fortan selbst zu tragen.

Der Streik der Maschinenarbeiter in Savona (Italien) hat mit einem guten Erfolg geendet. Die gesamten Arbeiter der Stadt Savona hielten am 20. November eine gemeinsame Versammlung ab und beschloßen, in den Generalstreik zu treten, wenn nicht der Arbeiterdirekt Entgegenkommen gezeigt werde. Dieser Beschluß hatte den gewünschten Erfolg. Die Firma wandte sich an die Verbandsleitung und nach längerer Verhandlung gelang es, einen Ausgleich zu schaffen. Aber jetzt verlangen die Einträger volle Entschädigung für den Ausfall der Schichten. Auch hierzu mußte sich die Firma bereit finden, und so endete der plötzlich ausgedrohte Streik mit einem vollen Erfolg.

Aus der Frauenbewegung.

Fortbildungsschulpflicht für gewerbliche Arbeiterinnen.

Eine Fortbildungsschulpflicht gibt es bis jetzt bekanntlich nur für männliche Personen. Nach § 129 der R.-O. ist sie nach Deliktstatut z. lässig für weibliche Handlungsgehilfen und Lehrlinge unter 18 Jahren. Den Bildungsbedürfnissen der gewerblichen Arbeiterin ist bisher nicht Rechnung getragen worden. Diese Kundstündigkeit machte sich mit der steigenden Einbeziehung weiblicher Arbeitskräfte in die Industrie immer mehr fühlbar. Um weit über eine halbe Million ist die Zahl der in der Industrie tätigen Frauen seit 1895 gestiegen. Im Jahre 1907 waren im Hauptberuf gewerblich tätig 2 103 024 Frauen. Der Hauptzuwachs entfällt mit 354 124 Personen auf die ungelerneten Arbeiterinnen. Unter 100 Arbeiterinnen waren 1907 nur 6 gelernter vorhanden. Die Gefahren der ungelerneten Frauennarbeit sind bekannt und von den freien Gewerkschaften schon frühzeitig gewarnt worden. Sie fordern seit langem, um die Frauennarbeit aus den ungesunden Niederungen der Hungerlöhne herauszuheben und die für die Männerarbeit gefährliche Konkurrenz von Lohnrückerinnen einzuschränken, eine geeignete fachgewerbliche Ausbildung vor allem in der Fortbildungsschule. Voraussetzung zur Erreichung jenes Zieles wird aber immer sein, daß starke Organisationen den Lohnforderungen der gelerneten Arbeiterinnen den nötigen Nachdruck verleihen.

Neuerdings ist dem Reichstage eine Petition des Landesvereins preussischer technischer Lehrerinnen zugegangen, die sowohl im Interesse der Arbeiterinnen wie auch der heimischen Industrie die Einführung der ortstatutarischen Fortbildungsschulpflicht für die gewerblichen Arbeiterinnen fordert. Mit Recht wird auch der gezielte Wert einer erhöhten geistigen Bildung betont und Hand in Hand mit der gewerblichen die hauswirtschaftliche Ausbildung gefordert.

Es ist gut, unsere Regierungen immer wieder daran zu erinnern, wie viel ihnen noch auf dem Gebiete der Volksbildung zu tun bleibt.

Die Ursache der hohen Fleischpreise.

Den Frauen der hohen Regierungsbeamten hielt der Geheimrat Regierungsrat Oldenburg aus dem Landwirtschaftsministerium kürzlich einen — informativen Vortrag über die Landwirtschaft und die hohen Fleischpreise. Trotz des bekannten Ausdrucks Wilhelm II., die Frau gehöre ins Haus, waren zahlreiche Frauen aus Regierungskreisen erschienen. Selbstredend bezeichnete der Herr Geheimrat nicht die habgierige Junkerpolitik als Ursache der höchsten hohen Fleischpreise, sondern schob die Schuld allerlei nebenwärtlichen Kleinigkeiten zu, nicht zum wenigsten sei es die bessere Auslastung der Schlächterläden, die das Fleisch ungebillig verteuere.

So, nun wissen es die „Gnädigen“ der Minister und Geheimräte: weil die Verkaufsläden nett und sauber ausstauen, deshalb ist das Fleisch so teuer. Preussische Geheimratsweisheit, die man sich in Berlin W. holt. Nun können die Arbeiterfrauen, die kein Stückchen Fleisch mehr auf den Tisch zu setzen haben, ihren Kindern empfehlen, als Ersatz dafür sich die schönen Schlächterläden anzusehen.

Stadtverordneten-Versammlung.

(Schluß aus der zweiten Beilage.)

Oberbürgermeister Ritscher (fortfahrend):

Am 13. Juni 1908 habe ich vor dem König, gestützt auf wiederholte einstimmige oder nahezu einstimmige Beschlüsse die Erklärung abgegeben können, an der ich noch heute kein Wort bereue und die ich auch heute wiederholen würde. (Sehr gut!) Aber ich bin da zu weit gegangen, der Oberbürgermeister von Berlin hat nicht die Stellung, daß er im Vertrauen auf den Gang, den die Dinge in der Verwaltung bisher genommen haben, bindende Erklärungen abgeben kann. (Hört! hört!) Und noch ein Grund, warum wir an vielen Stellen nicht vorwärts gekommen sind, ist der, daß wir uns in der Verwaltung noch nicht durchgearbeitet haben gegenüber einem Problem, welches die gesamte gestützte Kulturwelt seit langem beschäftigt, die Frage, ob derartige Betriebe, die der Öffentlichkeit

dienen sollen, besser Privatbetriebsgesellschaften überlassen oder besser in eigenen Betrieb genommen werden. Früher habe ich eifrig die Meinung vertreten, daß man der Privatbetriebsgesellschaft möglichst freien Raum geben solle. Schließlich beruht das ganze Gemeinde- und Staatswesen auf Privatbetriebsgesellschaften, und schließlich ist diese beweglischer. Demgegenüber steht die Auffassung, daß Betriebe, die der Öffentlichkeit dienen sollen, und namentlich Betriebe, die sich abspielen auf den den Gemeinden gehörigen und von ihnen unterhaltenen Straßen, nicht der Privatbetriebsgesellschaft überlassen werden, weil sie nicht unter den Gesichtspunkt des Erwerbs, sondern unter den höheren des allgemeinen Wohls fallen. (Sehr richtig!) Das schließlich noch gar nicht aus, daß die Privatindustrie dabei hervorragend mitwirkt, wenn nur die Gemeinde Eigentümerin bleibt und als Herrin in der Lage ist, entscheidend in den Betrieb einzugreifen. Nur auf diesem Wege, meint man, könnten die traurigen Wirkungen des Kleinbetriebes beseitigt werden. Als die Versammlung vor 10 Jahren die Verkehrsdeputation einsetzte, glaubte ich auch, diese Frage sei für Berlin gelöst. Darin habe ich mich später getäuscht. (Zuruf: „Döre, Jacobi!“) Immer wieder wird bei jedem neuen Projekt auch diese Frage aufgeworfen; daß dadurch Differenzen und Meinungen entstehen, ist natürlich. Will man fruchtbringende Verkehrspolitik treiben, so muß man sich nach einer oder der anderen Seite entscheiden; das Schwanken führt zu nichts. (Lebhafte Zustimmung auf verschiedenen Seiten.) Die Verhältnisse drängen dahin: Sie werden in allernächster Zeit die Frage mit Ja oder Nein beantworten müssen, und ich bitte Sie sehr, sich dann der heutigen Erörterungen zu erinnern. (Beifall.)

Bürgermeister Dr. Reide: Die Gründe, die der Magistrat als die feinsten bezüglich der Vorklage ansieht, hat er Ihnen schriftlich mitgeteilt. Wir haben diese Gründe für gute gehalten. In dem Erlass des Ministers erblicken wir wenigstens das Anerkenntnis, daß er den Versuch einer Umstimmung des Magistrats nicht machen will. Das Schauspiel eines Magistrats —, der beim vierten Male einen anderen Standpunkt einnehmen würde als dreimal vorher, möchte ich Ihnen und uns gern ersparen. Auch bezüglich der Straßenbahngesellschaft scheint der Minister geneigt, sich auf den Standpunkt des Magistrats zu stellen. In dem Schreiben des Ministers sehe ich ein erfreuliches Zeichen dafür, daß er eventl. die Hand bieten wird, daß die Bedingungen der „Großen“ annehmbar werden. Würde ein bestimmtes Projekt bei der mehrermähnten Verhandlung vom Oberbürgermeister vertreten worden sein, so wäre ja vielleicht die Entscheidung des Magistrats auch angefallen; er hat aber nur versprochen, für die Projekte einzutreten, und das hat er mit größtem Eifer im Magistrat getan. Stehen Sie ab von einem neuen Versuch bezüglich der Vorklage.

Stadtv. Cassel: Der Rangel an Entgegenkommen seitens der Stadtregierung ist auch einer der Gründe, die die gegenwärtige Lage verschuldet haben. Ich verweise nur auf die Rolle, die in den verschiedenen Verkehrsprojekten das Opernhaus spielt. Es scheint, daß man um die Linie Noabit-Rixdorf vielleicht konzedieren will, wenn wir das alte Opernhaus kaufen. Für die Interessen der Stadt Berlin ist der Anlauf des Opernhauses überflüssig. Daß sämtliche neuen Linien von 1901 ab von der Stadt gebaut werden sollten, darauf haben wir uns damals bei Einsetzung der Verkehrsdeputation keineswegs verpflichtet. Den Angriff des Kollegen Borgmann auf den Magistrat anlässlich der Vorklage halte ich für ganz verfehlt, besonders aber auch die Berufung auf Äußerungen an Allerhöchster Stelle. Die Freiheit der Entscheidung des Magistrats muß respektiert werden. Ich lehne daher auch den Antrag Borgmann ab. Der „Großen“ gegenüber können wir unsere letzten Pläne nicht offenbaren; wir dürfen uns nicht selbst die Hände binden. Der Oberbürgermeister sprach von dem Gegensatz von Erwerbsinteressen und Interessen des Gemeinwohls, ich nehme an, daß er wie früher auch daran festhält, daß der Erwerb und Betrieb einer Bahn nur nach wirtschaftlichen Grundsätzen, also ohne Berücksichtigung der städtischen Finanzlage erfolgen darf. Wir werden daran festhalten.

Stadtv. Rosenow beantragt um 9 1/2 Uhr Vertagung der Debatte.

Der Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen. Persönlich bezichnet Stadtv. Borgmann die Auffassung der Stadtv. Cassel von seiner Bemerkung über die Ausführungen der Allerhöchsten Stelle als irrtümlich. Schluß 10 Uhr.

Verfammlungen.

Berichtigung. In unserem gestrigen Bericht über die Versammlung der Wertheim-Angestellten ist leider ein Verium unterlaufen. Es heißt dort: „Morgens müssen die Kassiererinnen antreten und auf das Kommando: „Portemonnaies heraus!“ zeigen, daß sie Wechselgeld besitzen usw. Diese Darstellung beruht auf einem Hörfehler des Berichtstellers. Nicht die Kassiererinnen, sondern die sogenannten Schaffner, die Begleiter der Transportwagen, müssen Wechselgeld aus eigener Tasche stellen.

Letzte Nachrichten.

Offizielle Aufhebung der schwedischen Ausperrung.

Stockholm, 1. Dezember. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der Arbeitgeberverband hob heute offiziell und bedingungslos die im Vorjahre proklamierte Ausperrung auf, die zu dem Generalstreik geführt hatte. Unser Parteiorgan „Socialdemokraten“ bezeichnet die bedingungslose Aufhebung als einen Rückzug und als ein Riesenschiff des Unternehmerführers Sydow. Unter harten Opfern hat Schwedens Arbeiterklasse in heldenmütigem, opferreichem Kampfe wenigstens einen halben Sieg errungen.

Eine internationale Abrüstungskonferenz!

Rom, 1. Dezember. In der Deputiertenkammer begründete bei der Weiterberatung des Budgets des Ministeriums des Äußeren Bissolati (Soz.) eine Tagesordnung, durch welche die Regierung ersucht wird, sich mit Oesterreich-Ungarn über die Einberufung einer internationalen Abrüstungskonferenz ins Einberufen zu setzen. Die Initiative Italiens könne eine günstige Wirkung haben, sowohl weil Oesterreich-Ungarn unter den ungeheuren Militärkosten leufte, als auch weil die besonderen Hindernisse für ein gutes Einberufen mit Oesterreich-Ungarn beseitigt seien. Der Redner betonte, welche Bedeutung die Friedensinitiative haben würde, wenn sie von zwei Dreihundmächten ausginge, und erklärte, eine etwaige Ablehnung seitens Oesterreich-Ungarns würde keine offene Feindseligkeit bedeuten, auf jeden Fall würde Italien durch den von ihm beantragten Vorschlag voll seine Pflicht getan haben. (Beifall, Zurufe.)

Eisenbahnzusammenstoß.

München, 1. Dezember. Eine amtliche Meldung besagt: Heute nachmittag gegen 3 Uhr fuhr der Personenzug 314, von Reiningen nach Schweinfurt, auf den vor dem Einschleppsignal der Station Schweinfurt (Unterplan) haltenden Güterzug 1792 auf. Der Postkaffner des Personenzuges 314 ist schwer, dreizehn Reisende sind leicht verletzt. Die Reisenden fuhrten mit dem Schnellzug 32 nach Schweinfurt weiter. Von dem Zug 314 sind der Packwagen und ein Personenzug entgleist. Der Gesamtverkehr der Strecke wird auf dem Weid Schweinfurt-Reiningen durchgeföhrt. Der Unfall ist darauf zurückzuführen, daß der Zug 314 von der Station Kottershausen abgelassen wurde, bevor die Strecke frei war.

Reichstag.

91 Sitzung. Donnerstag, den 1. Dezember, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Delbrück.

Die erste Beratung des Kurpfuschergesetzes

wird fortgesetzt.

Abg. Mayer-Kaufbeuren (Z.): Ein früheres Gesetz gegen die Kurpfuscherei wurde auf Antrag der Berliner Medizinischen Gesellschaft seinerzeit aufgehoben. Zugabe ist, daß die Mißstände im Heilsgewerbe in den letzten Jahren zugenommen haben. Diese zu beseitigen sind wir bereit. Aber das Gesetz geht dabei weit über das Ziel hinaus. Eine Begriffsbestimmung des Kurpfuschers fehlt in dem Gesetz. Ich stehe auf dem Standpunkt: Arzt ist, wer heilen kann; Kurpfuscherei ist, wer nicht heilen kann, wer öfters eine Kur versucht. Wir sollten keine Gesetzes-Kurpfuscherei treiben. Das Gesetz bedeutet einen Eingriff in die persönliche Freiheit, in das Recht des Menschen auf seinen Leib. Es fragt sich, ob nicht der Ausbau der schon bestehenden Bestimmungen gegen Mißstände im Heilsgewerbe genügt. Ich erinnere an das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, die Bestimmungen des Strafgesetzbuches über Körperverletzung usw. Dagegen billigen meine Freunde das Verbot der Erpfängnis. Wir wollen nicht, daß die französischen Zustände auf Deutschland übertragen werden.

Abg. Ströcken (Soz.):

In dem Gesetz fehlt vor allem eine genügende Definition des Begriffes Kurpfuscherei. Der Entwurf hilft sich damit, daß einfach jeder, der nicht approbiert ist, ein Kurpfuscherei genannt wird. Wenn von dem Vertreter der Regierung auch gestrichelt ist, daß die Naturheilkundigen damit nicht gemeint sein sollen, so wird sich die Behörde später doch einfach nach dem Wortlaut des Gesetzes richten und es werden mangelhafte Mißgriffe vorkommen. Die Approbation ist doch aber kein genügender Schutz vor Kurpfuscherei, unter den Ärzten gibt es doch auch sehr viele Leute, denen man seine Gesundheit nicht anvertrauen kann. Ist doch auch der Professor Schwenninger seinerzeit von seinen Kollegen als Kurpfuscherei bezeichnet worden. Aus ärztlichen Kreisen heraus kann man sehr harte Urteile über unsere offizielle Schulmedizin hören, so wird gesagt, unsere Arzneilehre gebürt gewiß noch zu dem Nehteln in das Gebiet der Sagen und Märchen und ist ein Ueberbleibsel des alten Aberglaubens, die Anwendung der roten, grünen und weißen Medizin wird von hervorragender ärztlicher Seite direkt als eine Täuschung des Publikums bezeichnet. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es gilt nach solchen ärztlichen Zeugnissen eben immer noch das Goethe'sche Wort: „So haben wir mit höllischen Rottweigen in diesen Tälern, diesen Bergen weit schlimmer als die Pest gehaust. Ich habe selbst das Gift an Tausende gegeben, sie starben hin, ich muß erleben, daß man die frechen Mörder rühmt.“ Ein Kurpfuscherei ist ein Mann, der eine Kur versucht. Das werden Naturheilkundige fertig bringen, aber in sehr reichem Maße auch ebenfals Ärzte. Der Unterschied ist nur der, daß ein nicht approbiertes Heilmittel, dem eine Kur mißfällt, schon heute bestraft werden kann und unter Umständen sehr schwer bestraft wird, bringt aber der Arzt einen unter die Erde und kommt es wirklich einmal zur Anklage, so hat er im schlimmsten Falle einen Ausschluß begangen, für den er nicht verantwortlich gemacht werden kann. Nach dem vorliegenden Entwurf würden auch Männer wie Priegnitz und Kneipp als Kurpfuscherei angesehen werden, ebenso jeder Zahntechniker, wenn er sich auch viel größere Kenntnisse erworben hat, als mancher Zahnarzt. Wenn Mißstände hervorgerufen sind, so liegen sie auf einem ganz anderen Gebiet, auf dem des Mystizismus, der heute in Deutschland wieder sehr im Schwange ist. Ich verweise nur auf das Gebrauchsgebiet, das nicht von Arbeitern in Anspruch genommen wird, sondern von Leuten aus den sogenannten besseren Kreisen, die es bezahlen können. Ob es ihnen geholfen hat, weiß ich nicht. Die Gesundheitsfürsorge hat sich ja auf die Bibel berufen, wo Könige auch Heilkunde ausübten. Heute wird es solche Könige nicht mehr geben, wenn es auch solche gibt, die auf dem Gebiet der Rheologie eine weitgehende Tätigkeit ausüben. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

In der medizinischen Presse wird ein scharfer Kampf gegen Pastor Feste wegen seiner Augen Diagnose geführt. Als Laien

stehen wir auf dem Standpunkt, jedem Menschen das Recht zu lassen, sich nach der Methode behandeln zu lassen, zu der er Vertrauen hat. Herr Abg. Arning sagte gestern, heute schänten auch die Kurpfuscherei, die heute in Grund und Boden verdammt werden, einen schweren Kampf für die Wasserheilmethoden geführt haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aller Schwindel und alle schwindelhaften Klame kann doch nicht ohne weiteres mit der Naturheilmethoden zusammengebracht werden. In Sachsen haben wir viel Naturheilvereine, die außerordentlich viel Gutes für die hygienische Aufklärung tun. Der Entwurf bläst ihnen zwar nicht das Lebenslicht aus, aber der Bundesrat soll ihn weiter ausdehnen können, und wer steht dafür, daß der Bundesrat diese Naturheilvereine nicht verbietet. Die ärztlichen Standesorganisationen werden nicht rufen und rufen, auf den Bundesrat in diesem Sinne einzuwirken. Die meisten Naturheilkundigen üben ihren Beruf sehr gewissenhaft aus, und wie es unter ihnen gewissenlose Leute gibt, so ist es in allen anderen Ständen der Fall, die Ärzte nicht ausgenommen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die eigentlichen Kurpfuscherei wird das Gesetz gar nicht treffen. Kleine Leute mit einer Arbeiterkundschaft wird man allerdings ruinieren, aber der große Kurpfuscherei nimmt sich einfach einen Arzt. Ärzte hat man ja heute für alles. Was für Geheimmittel erfinden nicht heute auf dem Markt mit ärztlichen Attesten. Mehrfach haben Verhandlungen in der letzten Zeit ergeben, daß Kurpfuscherei Ärzte engagiert haben, und dadurch wird der Kurpfuscherei von jeder Kontrolle befreit, die doch nur den Zweck hat, den von einem Naturheilkundigen verbundenen durch einen approbierten Arzt nachuntersuchen zu lassen. Man will also die Leute abhalten, zu dem Naturheilkundigen zu gehen. Viel sympathischer wäre es, dem Naturheilkundigen dieselbe Schweigepflicht aufzuerlegen wie dem Arzt. (Lebhaftes Gerede richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Konkurrenz der Naturheilkundigen empfinden die Ärzte scharf, und sie wollen sie sich vom Hals schaffen, deshalb wollen sie die Kurierfreiheit beseitigen und nicht aus idealen Gründen. Wenn in den Motiven gesagt wird, die Kurierfreiheit sei eingeführt worden, weil man Vertrauen zur Einsicht des deutschen Volkes gehabt habe, dies Vertrauen sei aber nicht gerechtfertigt, so ist das ein schmähtliches Zeugnis für die deutschen Schulen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und wen anders trifft dafür die Schuld als den Klassenstaat, der die Masse des Volkes nicht über ein Mindestmaß von Kenntnissen gelangen lassen will. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Auch zu politischen Schikanen würde das Gesetz in seiner heutigen Form Anlaß geben. Wir Sozialdemokraten stehen der Schulmedizin und der Naturheilkunde gleich objektiv gegenüber. Anders ist es mit dem Geheimmitteltwesen. Es ist ja eine Liste von Geheimmitteln aufgestellt, aber für die Öffentlichkeit ist diese Liste geheim. Der Entwurf will einfach dem Bundesrat überlassen zu bestimmen, welche Dinge Geheimmittel sind. In dieser Aufschaltung des Reichstages können wir unsere Zustimmung nicht geben. Zweifellos werden dem deutschen Volke durch den Kauf dieser Geheimmittel jährlich Millionen aus den Taschen gezogen, doch könnte diesem Unfug schon heute auf Grund der bestehenden Gesetze entgegengetreten werden. Ich bekam eine Vorladung wegen Betruges, weil ich ein Inserat aufgenommen hatte, worin das Volkskreuz empfohlen war und nur weil eine Frau erklärte, ihr hätte das Kreuz geholfen, wurde ich nicht bestraft. Wenn die Polizei und die Gerichte nur einen Teil der Fingigkeit aufbieten wollten, den sie gegen die Arbeiter bei Streiks und anderen Gelegenheiten aufwenden, so könnten sie dem Unfug der Geheimmittel sehr wirksam entgegenzutreten. Nach dem Gesetz sollen auch Redakteure bestraft werden, wenn im Inseratenteil Heilmittel angezeigt werden. Als ob die Redakteure mit den Inseraten etwas zu tun hätten. Eine radikale Lösung aller Schwierigkeiten wäre nur möglich, wenn man nach dem sozialdemokratischen Programm die

Heilmittelfreiheit der Heilmittel und der ärztlichen Hilfe

einführte. Das würde freilich zur Verstaatlichung der Arznei führen und das deutsche Volk würde dabei kein schlechtes Geschäft machen. Einzelne Stellen sind mit Arzneien überfüllt; man sorge dafür, daß Arzneien auch auf dem Lande zu haben und billiger zu haben sind, so würde man mit dem Kurpfuschertum und mit dem Heilmitteltum bald aufräumen. Wir Sozialdemokraten sind wie gesagt bereit, mit zu arbeiten, um den brauchbaren Kern aus dem ganzen Unfug herauszuziehen, wir halten aber daran fest, daß die Kurierfreiheit nicht aufgehoben werden darf. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

die niederste Gattung des Dramas erfordert originale Gestalter; und es sollte sich einer tausendmal überlegen, bevor er den Sprung ins Dunkle wagt. Auch mit ihrer „verriegelten Venus“ bieten die offenbar hinter Pseudonymen sich verborgenden Verfasser weder etwas Punktgenaues noch Originelles. Die Idee, daß einer Künstler (Widauer) geworden ist, anstatt Jurist, wie der reiche Grüneberger Onkel zuverlässig angenommen war, gar so übel nicht. Es läßt sich daraus — wenn der Held genötigt ist, nun den vielbeschäftigten Advokaten zu mimen — wirklich eine wichtige Handlung spinnen. Man wird den Autoren dies Bestreben zugestehen müssen. Es blüht darin so manches Lichtlein auf, das zweifellos mit echtem Brennstoff genährt ist und noch heller hervorleuchten würde — wenn es nicht allzu übereifrig durch Anhäufung fremder, schon etwas ranziger Substanzen beeinträchtigt wäre. Der Schwanl ermangelt keinesfalls des Witzes und fröhlichen Humors — nur der Konzentration. Dessenungeachtet sprach er an, jede Pointe wurde mit Nachsalzen quilliert. e. k.

Schiller-Theater in Charlottenburg: „Der Bund der Jugend“ von Henrik Ibsen. Man merkt dem Stück, dem ersten, das Ibsen Ende der sechziger Jahre in Prosa schrieb, eine gewisse Beeinflussung durch die damals auf den Bühnen vorherrschende französische Komödie deutlich an. Ein Hin und Her sich kreuzender Intrigen wird mit scharfsinniger Berechnung doch ohne Rücksicht auf reale Möglichkeiten ausgeführt, um hundertpointenreichen Wechsel von Umschlägen und Uebererraschungen zu erzielen. Aber hinter diesem losen Ueberwerke einer veralteten Fabel deutet eine Fülle ideenreicher und charakteristischer Wendungen schon auf den künftigen Ibsen. Um wie viel feiner, naturalistisch eindringender ist trotz so mancher Uebertreibungen das Bild des demagogischen Strebers Stensgard ausgeführt, als der verwandte Typ des Rabagas in Sardous politischer Komödie! Von diesem Advokaten, dem Virtuosen selbstgefälliger Phrasen und Illusionen führen Fäden zum Photograpen Edal in der „Wildente“, von der kleinen Selma, des Kammerherrn Schwiegersohns, Fäden zum Komödienhändler. In der ersten Hälfte wenigstens, wo die Intrigen und Ueberraschungen der Charakterkomödie noch nicht sprengen, hat sich das Lustspiel, wie die Aufführung im Schiller-Theater von neuem bewies, merkwürdig frisch erhalten.

Herr Paetschke brachte, obwohl das humoristische seiner Begabung nicht liegt, in seinem Stensgard eine recht annehmbare Leistung. Vortrefflich war Ernst Segals alter Daniel Dejne, ein verheulenes, dümmliches Männchen, mit pfiffig hochhaft grünelndem Wasserkopf. Ein oder zwei kleine Nebenrollen abgerechnet, kam jede einzelne Figur in geschickter Prägung heraus. Die Kostümierung der Personen im Wiedererweckungstheater fügte sich dem Rahmen der altfränkischen Verhältnisse glücklich ein.

Notizen.

— Kulturdokumente. Wofür sich ein Mitmensche, der für „gebildet“ gelten will, alles interessieren muß, das ist schon gar

Abg. Strube (Sp.): Keine Krankheit geht so am deutschen Volke wie das Kurpfuschertum. Der Nachweis, daß Mißstände aus dem Kurpfuschertum hervorgehen, ist nicht so schwer zu erbringen, wie Herr Ströcken meint. Aus stimmt es nicht, daß Kurpfuscherei für ihre Fehler bestraft werden. Aber Ärzte, die Kunstfehler begehen, werden mit schweren Strafen belegt. Entschieden muß ich Protest einlegen gegen seine Behauptung, daß die Standesorganisation der Ärzte den Arbeitern feindselig gegenüberstehe. Den Beweis, daß wirkliche Professoren für Geheimmittel eintreten, wird Herr Ströcken kaum erbringen können. Jedenfalls würden auch wir gegen solche Ärzte entschieden vorgehen. Wir Ärzte verlangen vom Staate keinen Schutz, wohl aber muß der Staat die Volksgesundheit schützen. Herr Mayer-Kaufbeuren sprach von einem Eingriff in die persönliche Freiheit. Aber ist nicht der große Versuchungsnachweis für das Handwerk, den das Zentrum verlangt, auch ein Eingriff in die persönliche Freiheit? Was versteht man denn eigentlich unter Naturheilmethoden im Gegensatz zur sogenannten Schulmedizin. Kann denn der Arzt anders heilen, als mit den Methoden, die der Natur des Kranken resp. seiner Krankheit entsprechen. Und ist nicht die Lichtbehandlung der sogenannten Naturheilkunde eine sehr künstliche Methode. Man spricht immer von den „Giften“ der Medizin, aber Professor Kuhnau hat mit Recht gesagt: „Jeden Menschen will ich mit Wasser töten.“ Uns kommt es vor allem darauf an, zu verhindern, daß Menschen ohne jede Kenntnis von der Komplexität des menschlichen Körpers an die Behandlung der schwierigsten Krankheiten, wie Krebs und Syphilis herangehen. — Redner verliest den Auschnitt aus einer Breslauer Zeitung, in welchem angezeigt wird eine Prognose von Dr. Martin Fajbender, Mitglied des Reichstages, die den Titel führt: „Ich dich gesund.“ (Hört! hört! und Heiterkeit links.) Die Prognose enthält eine Empfehlung von Rudeln und Vaccaronis (Heiterkeit) und bezeichnet ist eine Bestellkarte. (Hört! hört!)

Abg. Dr. Stresemann (natl.) protestiert gegen die Behauptung eines Flugblattes der Junggenossen, daß die Zahl der Todesfälle infolge der Impfung von Jahr zu Jahr zugenommen habe. Das Flugblatt gibt die Zahl selbst auf etwa 50 an, eine Zahl, die relativ gegenüber den Millionen von Impfungen gar nicht in Betracht kommt. Nicht richtig ist es, daß der Entwurf auch die Dentisten unter die Kurpfuscherei rechnet. Man sollte die Dentisten ganz aus dem Entwurf herauslassen. Redner kritisiert des weiteren einzelne Bestimmungen der Vorlage und verteidigt die ernste Aufklärungsarbeit der Naturheilkunde.

Abg. Dr. Fajbender (Z.) behält sich vor, Dr. Strube in der Kommission zu antworten.

Abg. Dr. Arning (natl.) erklärt, die Anschauungen seines Parteifreundes Stresemann über die Naturheilkunde nicht teilen zu können. Damit schließt die Debatte; der Entwurf geht an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Der Kampf gegen die Rebschädlinge.

Auf der Tagesordnung stehen dann die Interpellationen des Zentrums und der Nationalliberalen betr. die Bekämpfung der Rebschädlinge, zu deren Beantwortung der Staatssekretär Dr. Delbrück sich bereit erklärt hat.

Das Zentrum fragt, ob der Reichsanwalt zur wirksamen Bekämpfung der Rebschädlinge eine Verständigung der beteiligten Staaten herbeiführen will. Die Nationalliberalen fragen darüber hinaus, ob der Reichsanwalt in größerem Umfange als bisher Rebschädlinge zur Bekämpfung der Rebschädlinge zur Verfügung stellen und Maßnahmen ergreifen will, um dem Winger die Bekämpfung zu erleichtern und zu verbilligen.

Die Interpellation des Zentrums beginnt. Abg. Dr. Jäger (Z.), der auf der Tribüne unverständlich bleibt. Zur Begründung der nationalliberalen Interpellation erhält das Wort

Abg. Dr. Blakenhorn (natl.): Das Weingeseß hat gewiß gute Wirkungen gehabt, aber was nützt das beste Weingeseß, wenn kein Wein wächst. Die beiden letzten Jahre waren für die Winger Katastrophe. Allein im Markgräflerland, in meinem Wahlkreis, beträgt der Ernteausfall acht Millionen Mark. Hier ist es Pflicht der Regierung, einzugreifen. Das ist vonseiten der Einzelregierungen in dankenswerter Weise geschehen durch unerbittliche oder gering vergünstigte Darlehen an Gemeinden, durch Neueinschätzung des Rebschädlandes usw. Aber auch auf dem Gebiete der Bekämpfung der Rebschädlinge muß noch mehr geschehen, damit der Winger neuen Mut fassen kann. Redner führt eine Reihe von Mitteln zur Bekämpfung der Rebschädlinge an.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Die Not der Winger und ihre

nicht mehr zu sagen. Da werden jetzt die — Kamotten von König ausgerechnet in Berlin verstreut (weil er hier die meisten Verlegerinnen hatte). Tagtäglich bekommt man jetzt zu lesen, was für seine alten Vaternen, Rippen und sonstigen Plunder, mit dem man seine Wohnungen zu verziereren pflegt, bezahlt wird. Und mit einer gewissen Resignation wird uns dabei versichert, daß das doch keine Preise für solche Andenken. — Ferner wissen die Feuilletons zu vermeiden, daß Gerhart Hauptmann sich eine — Parze von einer Lippe hat ensenieren lassen und jetzt einen Verband trägt (der ärmste!), aber in einigen Tagen wieder ganz hergestellt sein wird.

— Den ältesten Berliner Buchdruck hat der Direktor an der Berliner königl. Bibliothek Häbler festgestellt. Es ist das Bestreben eines brandenburgischen Leibarztes Konrad Schwermüller mit der Unterschrift „gemacht und gedruckt zu Colln an der Sprew 84“. Häbler macht es so gut wie sicher, daß die auf das Jahr 1484 weisende Unterschrift sich nicht auf die Abfassung des Inhalts, sondern auf die Drucklegung der Schrift bezieht; daß wir also eine wenn auch nur vorübergehende Ansiedlung der Druckkunst in Berlin während der Inkunabelzeit (bis 1500) feststellen können.

— Die bigotte Polizeijensur. Die Chicagoer Polizei hat die Aufführung der Strauchentheater „Salome“ verboten, nachdem sie bereits zweimal gegeben war. Der Chicagoer Polizeichef erklärte, daß die Szene, in der Salome vor dem Haupt des Johannes tanzt, die Moral verlege und geändert werden müsse. Die Darstellerin der Salome ist jedoch nicht gewillt, ihre Rolle zu ändern. Sie erklärte in einem Interview, die Maßregel der Chicagoer Polizei sei lächerlich.

— Das Geständnis eines Journalisten. Ein New Yorker Journalist legte auf Grund seiner Erfahrungen in der lapidariischen Presse das Geständnis ab: „Es gibt in Amerika keine unabhängige Presse. Ich werde bezahlt, um aus dem Blatte, in dessen Sold und Lohn ich lebe, ehrliche und anständige Meinungen auszuschließen. Wir sind die Instrumente, die Sklaven der reichen Inferenten, die hinter den Kulissen stehen. Unsere Zeit, unser Talent, unser Leben, unsere Energie sind das Eigentum anderer. Wir sind, wenn ich so sagen kann — intellektuelle Dirnen...“

— Die älteste Venus. Ueber die „Venus von Willendorf“ sprach jüngst Dr. Szombath im Verein für Landeskunde von Niederösterreich. Dieses Steinbildchen, das bei dem Bau der Bahn Kremis-Grain zutage gefördert wurde und eine Frau mit übertrieben entwickelten Brüsten und Hüften darstellt, legt ein erschauendes Zeugnis von der hohen Kunstfertigkeit ab, die die Menschen in der letzten Periode der Eiszeit erlangt hatten. Ueber das Alter der Figur stellte Dr. Szombath folgende Berechnung an: Rechnet man die historische und die prähistorische Zeit der Menschheit auf rund 12000 Jahre, die beiden jüngsten Diluvialperioden auf 63000 Jahre, so kommt man für die dritte Periode auf ungefähr 100000 Jahre vor unserer Zeit. Dieser Periode, dem sogenannten Aurignacien, gehört die Figur an.

Kleines feuilleton.

Die Körpergröße des Menschen. Die Körperliche Länge des Menschen hängt in erster Linie von seiner Rasse, seinem Geschlecht und seiner Familieneigenschaft ab. Sodann spielen aber die gesamten Verhältnisse, unter denen der Mensch aufwächst, eine große Rolle. Kot und Armut, unangünstige sanitäre Verhältnisse halten das Wachstum auf, Wohlhabenheit begünstigen es. Die einzigen ziffernmäßigen Nachweise über die Länge des Menschen liefern uns die Ergebnisse des Heeresergänzungsgeschäftes. Nach den letzten einschlägigen Statistiken hatten von den eingestellten Mannschaften ein Körpermaß bis 1,64 Meter 0,2 Proz., von 1,54 bis 1,60 Meter 14,0 Proz., von 1,60 bis 1,65 Meter 30,0 Proz., von 1,65 bis 1,70 Meter 31,7 Proz., von 1,70 bis 1,75 Meter 17,0 Proz., von 1,75 bis 1,80 Meter 5,0 Proz., von 1,80 bis 1,85 Meter 2,0 Proz., und über 1,80 Meter 0,1 Proz. Bis zum Jahre 1898/99 wurden Personen unter 1,54 überhaupt nicht eingestellt. Der fortgesetzte vergrößerte Umfang der Armee zwang aber, doch solche Leute zu nehmen. Der Städte, von dem Großstädter abgesehen, ist im Durchschnitt etwas größer als der Landbewohner. Die Gelehrten sagen uns, daß in den letzten 40 bis 50 Jahren für viele Gegenden eine Zunahme der Durchschnittsgröße bis um mehrere Zentimeter beobachtet worden ist. Die Statistik des Heeresergänzungsgeschäftes bestätigt diese Beobachtung aber nicht. Ein Vergleich der Ergebnisse von 1892/93 mit 1908/09 ergibt, daß inzwischen die mittleren Größen abgenommen, die kleinen und großen Leute aber zugenommen haben. Bemerkenswert ist, daß die Länge des Menschen auch nicht immer gleich groß ist. Im Laufe des Tages, und zwar bereits frühmorgens, geht die Körperlänge um 1 bis 2 Zentimeter, nach angestrengten Arbeiten oder andauerndem Stehen usw. sogar bis zu 6 Zentimeter zurück, weil die Last des Körpers die Wirbelsäule zusammendrückt. Die reichen Leute, die andere arbeiten lassen, sind auch hierin am besten gestellt. Kinder wachsen während der Ferien mehr als während der Schulzeit.

Theater.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus: „Die verriegelte Venus“. Von Helmut Gerhard und E. Schlaß. Rösse, Schwanl sind heutzutage oft die letzten Mittel, zu denen nicht selten sehr achtbare Schriftsteller greifen müssen und greifen, wenn ihren wertvolleren Schöpfungen erschöpfender oder dramatischer Gattung ständig der nachhaltige Erfolg versagt bleibt. Es hängt also weit öfter, als man glaubt, ein „Marlein“ an solchen Produkten; und so mancher, der in jungen Jahren schöpfergewaltig des Karnosus Gipfel zu erklimmen wählte, endigt als deubelster, freilich auch schwere goldne Leute einträufelnder Zirkusclown — wenn er Glück hat. So leicht ist das nämlich nicht. Auch gerade

Klagen bilden für die Regierung den Gegenstand erster Sorge. Aber die Pflicht, ihnen zu Hilfe zu kommen, liegt in erster Linie den Einzelstaaten ob, und diese haben sich auch dieser Pflicht nicht entzogen. Das Reich kann nur ergänzend einwirken durch Unterstützung wissenschaftlicher Bestrebungen, durch eventuelle zollpolitische Maßnahmen und durch eventuelle Vereinbarung über eine gemeinsame Bekämpfung der Rebschädlinge. Redner geht auf die zur Bekämpfung der Rebschädlinge vorgenommenen wissenschaftlichen Versuche ein. Nur wird ein einheitliches Vorgehen der Bundesstaaten unter Führung des Reiches verlangt. Es ist auch bereits ein Antrag Bayern in dieser Richtung bei der Reichsleitung eingegangen. Ein solches gemeinsames Vorgehen wird weniger auf gemeinschaftliche wissenschaftliche Arbeit zu richten sein, wohl aber können gemeinsame praktische Arbeiten in die Wege geleitet werden, wenn die Erfahrungen Bayerns mit der Winterbekämpfung der Rebschädlinge vorliegen oder andere Methoden soweit geprüft sein sollten, daß ihre Anwendung empfohlen werden kann.

Auf Antrag des Abg. Dr. Dahlem (Z.) wird die Besprechung der Interpretationen beschlossen.

Abg. Huber (Soz.):

Durch die Verheerungen, welche die Rebschädlinge anrichten, ist der Wert des Grund und Bodens der Winzer stark gesunken, und es liegt die Gefahr vor, daß die Winzer in die Abhängigkeit von Aktiengesellschaften geraten, die das Rebland billig erwerben, wie es in Frankreich geschehen ist.

Was bisher seitens der Einzelstaaten zur Bekämpfung der Rebschädlinge, vor allem des Heu- und Sauerwurmes geschehen ist, war nur halbe Arbeit.

Bayern hat eine ortspolizeiliche Vorschrift erlassen, die das Abstreifen der Rebstämme anordnet. Aber die kleinen Winzer wenden sich dagegen, weil man diese Arbeit ihnen ohne jede Entschädigung antun will, sie müssen aber eine Unterstützung haben, wenn sie solche Arbeit verrichten sollen, die ziemlich viel Geld kostet. Wird ihnen eine solche Unterstützung gewährt, so werden sie sich auch nicht mehr gegen das Abstreifen der Rebstämme wenden. Ich habe das Empfinden, daß die einzelnen Bundesstaaten nicht durchgreifend arbeiten, daß die Heu- und Sauerwurmer rascher und gründlicher arbeiten, als die Bundesstaaten ihnen entgegen arbeiten; deshalb ist es Sache des Reiches einzugreifen. Der Vertreter des Reichslanzlers sagte, wir wollen Bayern als Versuchsanstalt vorschicken, und abwarten, was dabei herauskommt. Aber das ist zu lange, die Verheerungen sind soweit vorgeschritten, daß die Winzer nicht länger warten können. Viele Millionen Nationalvermögen werden durch die Rebschädlinge vernichtet, und wenn diese Verheerungen fortwähren, wird der Weinbau ganz ruiniert. An der Mosel und am Rhein haben wir allein einen Ernteausfall von 23 Millionen Mark. So gut wie das Reich ein Viehseuchengefähr gemacht hat müssen wir auch eines gegen die Rebschädlinge haben. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Die Winzerfrage hängt eng mit der großen sozialen Frage zusammen: Für Kulturzwecke fehlen dem Reich die Mittel, der Militarismus frisst alles auf. Es wäre wohl an der Zeit, auch für diesen Teil der Landwirtschaft das agrarische Herz zu entdecken. Aber freilich, die Winzer sind meistens kleine Besitzer. Würde der Wein im Osten gebaut werden und wären die Weinbauern Großgrundbesitzer und Junker, so würde die Regierung bald gezwungen werden, etwas für sie zu tun. (Sehr wahr! bei den Soziald.) Mit Vorschriften allein ist der weinbaureisenden Bevölkerung nicht gedient, sie muß auch die Mittel in die Hand bekommen, um die Vorschriften durchzuführen zu können. Ohne Staatshilfe ist nach meiner Meinung nicht auszukommen. Die notwendigen Mittel zur Bekämpfung der Schädlinge müssen den Winzern auf Staatskosten geliefert werden. Auch die Bekämpfung der Winzer verlangt eine vom Reich organisierte Hilfe. Nur so kann man zu einem Erfolg kommen. Auf der biologischen Station sollten größere Mittel zur Erforschung und Bekämpfung der Rebschädlinge zur Verfügung gestellt werden, der Erfolg wird dann nicht ausbleiben. Wir Sozialdemokraten stehen auf dem Standpunkte:

für Kulturzwecke alle Mittel, die notwendig sind,

und wir wissen, daß es sich bei den Winzern tatsächlich um Leute handelt, die bei schwerer, mühevoller Arbeit fast jedes Jahr vor einer Misere stehen. (Weißall bei den Sozialdemokraten.)

Wahrscheinlich Bundesratsbevollmächtigter Ritter v. Ströhenventher betont, daß die bayerische Regierung eine Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung der Rebschädlinge bereits ergriffen habe. Die Grundbedingung des Erfolges sei aber die Mitarbeit der Winzer. Auch finanzielle Unterstützung ist den Winzern zugesagt.

Abg. Naumann (Sp.): Fast bei keinem Erwerbsstande sind die Schwankungen des Jahresertrages so groß wie bei den Winzern. Und nicht nur die Quantitäten, sondern auch die Qualitäten der Erzeugnisse schwanken außerordentlich. Ein Ausgleich dieser Schwankungen ist für die kleinen Winzer auch durch genossenschaftlichen Zusammenstoß kaum möglich. Die Bekämpfung der Schädlinge ist außerordentlich schwierig. Die Feindseligkeit, die die Pilze großzieht, tötet auch die Insekten, die sie sonst vertilgen könnten, und wächst die künstlichen Mittel gegen die Schädlinge ab. Veredelt ist das Verlangen der Winzer, ihnen die Aufgaben zu vergrößern, die durch den Kampf gegen die Schädlinge entstehen, den sie im Interesse der Gesamtheit führen. Wichtig ist der Verlust, Vögel durch Anlage von Hecken in den Weinbergen festzuhalten, die die Schädlinge vernichten könnten. Alle diese Fragen müßten im Reichstag des Jahres durch eine Art Weinparlament systematisch vorbereitet werden. (Bravo!)

Abg. Dr. Dahlem (Z.): Der Militarismus und der schwarze Bloß haben mit dem Kollaps der Winzer gewiß nichts zu tun. (Sehr richtig! im Zentrum.) Die Rot unter den Weinbauern ist so groß, daß ihnen nur durch finanzielle Unterstützung geholfen werden kann. — Durch Verträge kommt man da nicht weiter. Notwendig sind auch Polizeiverordnungen, die die Winzer zwingen, etwas zu tun.

Darauf wird die weitere Besprechung auf Freitag 1 Uhr vertagt.

Die Moabiter Vorgänge vor Gericht.

Sechzehnter Tag.

In der letzten Sitzung wurden zunächst noch einige Zeugen zum Fall Vogt

vernommen. Schutzmänn Tschierschitz gibt an, Vogt sei an ihm vorübergegangen und habe geschimpft. Er habe Vogt wiederholt aufgefordert, weiterzugehen, der sei aber immer wieder stehen geblieben. Als der Zeuge den Angeklagten Vogt festnehmen wollte, habe sich dieser losgerissen. Da habe er, der Zeuge, mit dem Säbel zugeschlagen. — Dieser Vorfall liegt vor dem Zusammenkommen des Angeklagten Vogt mit dem von ihm verletzten Schutzmänn Köppen, falls der Angeklagte überhaupt identisch ist mit der Person, von welcher der Schutzmänn spricht. Der Angeklagte bestreitet seine Identität, während der Zeuge ihn wiederzuerkennen glaubt. — Polizeileutnant Schwablaue hatte das Kommando an der Ecke der Hutten- und Beuststraße. Ihn wurde gemeldet, es seien zwei Schutzmänner gestochen worden. Er begab sich an den Ort der Tat und sah den Täter am Boden liegen, als ob er tot war. Der Täter bewegte sich, wurde aufgehoben und war sichtlich benommen durch die Schläge, die er bekommen hatte. Der Zeuge ließ dann den Angeklagten abführen. — Schlossier Thierbach war an dem fraglichen Abend mit dem Angeklagten Vogt zusammen. Ueber den unter Anklage stehenden Fall kann er nichts Erhebliches angeben. Vorher, also am Abend des 26. September hat der Zeuge gesehen, daß Schutzmänn an der Ecke der Hutten- und Beuststraße ohne Veranlassung auf das Publikum einschlugen, welches sich dort versammelt. Ein Radfahrer, der

rühig des Weges fuhr, wurde zu Boden geschlagen. — Der Angeklagte Vogt bestreitet, daß er geschimpft habe. Er habe sich um die Vorgänge in Moabit gar nicht gekümmert. — Der Vorsitzende hält dem Angeklagten vor, daß er als Mitglied des Metallarbeiterverbandes und des sozialdemokratischen Wahlvereins doch gewußt haben werde, was in Moabit los war. — Der Angeklagte sagt, er sei seit Juni nicht mehr im Wahlverein gewesen. Den Straßenvorgängen sei er fern geblieben, weil der „Vorwärts“ davor gewarnt habe.

Zum dreizehnten Fall.

Die Angeklagte Frau Frieze betreffend, sagt der Schutzmänn Bengsch, er habe der Angeklagten verwehrt, durch die Absperrungslinie in der Sidingenstraße zu gehen. Es war vormittags 9 Uhr. Weil die Angeklagte nicht durchgelassen wurde, habe sie geschimpft. Der Aufforderung, weiter zu gehen, sei sie nicht gefolgt. Er habe sie dann, um sie zu fixieren, am Arm festgehalten und sie nach der Wache auf dem Kohlenplatz gebracht. — Die Angeklagte Frieze stellt den Vorgang so dar: Ich hatte es eilig, nach Hause zu kommen. Ich hat die Schutzmänner, mich durchzulassen, daß sie mich der Zeuge Bengsch vor die Brust. Darauf jagte ein Mann aus dem Publikum:

„Stul doch Deine Dile so.“

Ich hat nochmals um Durchlaß und wurde wieder zurückgewiesen. Dann ging ich zurück und sagte vor mich hin: „So ein Holunke.“ Ein anderer Schutzmänn sagte zu Bengsch: „Mensch, nimm sie doch.“ Dann packte mich Bengsch am Kragen, so daß der Kragen abriß. Ich wurde nach dem Kohlenplatz gebracht. Als wir dort ankamen, rief mir ein Schutzmänn zu: „Da ist die Dildarschige, die zu Hause nichts zu tun hat.“ — Ich antwortete: „Ich muß nachts in der Garderobe arbeiten und am Tage meine Hausarbeit machen. In der Tür des Waschkloß auf dem Kohlenplatz erschien ein Schutzmänn, der

schlug mich beim Herintreten sogleich ins Gesicht und verschwand dann.

Ich weinte. Die Schutzmänner machten allerlei Redensarten, sie sagten, ich würde mit dem grünen Wagen nach dem Biergartenplatz gebracht werden. Schließlich wurde ich in ein Auto gestochen und nach der Revierwache gebracht. Auch hier haben mich die Beamten durch Schimpfen und unziemliche Redensarten belästigt. — Der nächste Zeuge, Schutzmänn Keimer, wird von der Angeklagten als derjenige bezeichnet, der seinen Kollegen Bengsch durch die Worte: „Mensch, nimm sie doch!“ zu ihrer Festnahme veranlaßte. — Beide Schutzmänner behaupten, daß sie die Angeklagte nicht gestochen, nicht geschlagen, nicht geschimpft und auch nicht derartiges gesehen oder gehört haben. — Die Zeugin Frau Krause hat vor dem Untersuchungsrichter angegeben: Frau Frieze habe sich den Durchgang durch die Schutzmännstette zu erzwingen gesucht. So wenigstens steht es im Protokoll. Als der Zeugin das vorgehalten wird, bestreitet sie ganz entschieden, es gesagt zu haben, denn es sei ja gar nicht richtig. Sie kann nur sagen, Frau Frieze wollte durch die Kette gehen. Von einem Versuch, sich hindurchzudrängen, hat die Zeugin nichts gesehen. Später aber, als Frau Frieze von der Polizeiwache kam, sah die Zeugin ein verweintes und durch die Wackpfeife von dem Schutzmänn gerötetes Gesicht. — Schutzmänn Bengsch behauptet, die Angeklagte habe im Wachtzimmer auf dem Kohlenplatz sich beim Polizeimajor Klein beklagt, daß sie geschlagen worden sei. — Die Angeklagte bestreitet das. Sie kenne den Major Klein seit Jahren und habe ihn bei jener Gelegenheit nicht gesehen. — Polizeimajor Klein wird telephonisch herbeigerufen. Er erinnert sich eines Vorganges, der sich aber nicht im Wachtzimmer, sondern auf dem zum Kohlenplatz führenden Gange abspielte. Eine starke Dame, ob es die Angeklagte ist, kann er nicht sagen, habe ihm im Vorbeigehen eine Beschwerde vorgetragen. Er habe darauf geantwortet: „Das kommt davon“ und sei weitergegangen. — Rechtsanw. Heine: Halten Sie denn eine Beschwerde damit für erzielbar, daß Sie sagen, das kommt davon? — Vorsitzender: Herr Verteidiger, der Herr Major Klein ist nicht angeklagt. Wir haben jetzt nur zu prüfen, was die Angeklagte getan hat. — Rechtsanw. Heine: Es handelt sich ja um eine Beschwerde, die die Angeklagte vorgebracht haben soll. Der Zeuge hätte doch als Vorgesetzter der Schutzmänner, über die sich jemand beschwert, der Sache nachgehen müssen. — Polizeimajor Klein: Ich hörte, daß die Dame mit einem Schutzmänn ränomierte und glaubte, sie würde wohl wegen irgendeiner Widerleglichkeit fixiert worden sein. Jedenfalls hatte ich auch in dem Augenblick keine Zeit, mich näher mit der Sache zu befassen.

Die Angeklagte bleibt dabei, daß sie mit Major Klein nicht gesprochen. Da er sich aber eines Bespruchs mit einer starken Dame erinnert, so mag vielleicht außer der Frau Frieze noch eine andere Frau auf der Kohlenplatzwache mißhandelt worden sein.

Zierzehnter Fall.

Angeklagt ist der Fabrikarbeiter Heide. Der Vorgang, der zu seiner Festnahme Veranlassung gab, spielte sich am 27. September, abends gegen 8 Uhr, an der Ecke der Turm- und Waldstraße ab. Einige als Zeugen vernommene Schutzmänner stellen den Vorgang so dar: Vier Schutzmänner vertrieben die Menschenmenge. Die Aufforderung, weiter zu gehen, beantwortete der Angeklagte mit der Bemerkung: „Das brauche er nicht, die Straße diene dem Verkehr.“ Der Angeklagte habe die Menge durch Schreien und Pfeifen zum Widerstand gegen die Beamten angereizt. „Ich bin der Anführer“ — sagt Schutzmänn Junge — „daß Heide die Leute um sich sammeln wollte, um sein Mädchen an uns zu fassen, weil wir bloß vier Mann waren.“ Auch durch den Ruf: „Bluthunde, haut die Blauen!“ soll sich Heide bemerkbar gemacht haben. Der Schutzmänn Koly sagte ihn und sei mit ihm zu Boden. Als wir wieder aufstamen — sagt Koly — sagte mir Heide an die Kehle. Dann sprang der Schutzmänn Draker hinzu, den griff Heide an das Handgelenk und versuchte ihm den Arm umzudrehen. Schutzmänn Junge schlug nun den Angeklagten Heide zweimal mit dem Säbel über den Kopf. Heide warf sich zu Boden und leistete seiner Siftierung Widerstand, er wurde gefesselt nach der Wache gebracht. Auf dem Wege dorthin rief er der Menge zu: „Mettet Euch, Genossen, schützt Euch vor den Räubern.“ Bei der Ankunft auf der Wache sagte Heide zu den Schutzmännern: „So, jetzt habt Ihr es geschafft, Ihr Hunde. Ihr Stroche. Ihr zieht doch noch den kürzeren, wir Arbeiter werden einmal siegen, dann hören auch die Maschinenmacher auf zu lächeln.“ — So stellen die beteiligten Schutzmänner den Vorgang dar. — Der Angeklagte gibt zu, daß er durch das Verhalten der Schutzmänner, welche die Menge hin- und herjagten, erregt wurde. Er habe wohl die Beamten durch einige Worte verurllt, aber nicht geschrien, auch nicht gepöffelt. Er könne gar nicht pfeifen. Die Aufforderung zum Weitergehen habe darin bestanden, daß die Schutzmänner mit Säbeln auf die Leute einschlugen. Auch auf der Wache — sagt der Angeklagte — bin ich von sechs bis acht Schutzmännern furchtbar geschlagen worden. — Einem der folgenden Zeugen, dem Schutzmänn Blant hält Rechtsanw. Heine vor: Der Angeklagte Heide ist nach seiner Festnahme von der Polizeiwache aus ins Krankenhaus eingeliefert worden. Dort wurde festgestellt, daß er nicht nur durch Säbelhiebe verwundet war, sondern auch viele Stößen und blaue Flecke am Körper hatte. Da der Angeklagte auf der Straße nur zwei Säbelhiebe erhalten hat, so müssen doch die anderen Verletzungen von Mißhandlungen herrühren, die ihm auf der Polizeiwache widerfahren sind. — Schutzmänn Blant erklärt, er habe den Angeklagten nicht geschlagen, habe auch nicht gesehen, daß er geschlagen worden sei und könne nicht erklären, wie derselbe zu den Stößen und Flecken gekommen ist.

Run wird der

fünfzehnte Anklagefall

erörtert. Er betrifft die Angeklagten Frau Sattler und ihre Tochter Fräulein Sattler. Das Belastungsmaterial, welches gegen diese beiden Angeklagten vorgebracht wird, ist nichts, lediglich der Niedererschlag von Matscherien der Nachbarn

und Nachbarinnen. Das einzige, was mit Sicherheit angegeben wurde, ist, daß Frau und Fräulein Sattler auf dem Balkon standen, als tief unter ihnen in der Bielestraße eine Polizeistatue geritten wurde. Doch darüber sind die Zeugen schon nicht mehr sicher, ob dies am 26. oder 27. September war. Daß vom Sattlerischen Balkon geworfen wurde, hat niemand gesehen. Ein Bewohner desselben Hauses gibt mit Bestimmtheit an, daß aus diesem Hause überhaupt nicht geworfen wurde. Der Zeuge hat „Bluthunde“ rufen hören, aber von Rinderstimmen. Das können also die Angeklagten nicht gewesen sein. Ein Zeuge, ein junger Mann namens Freitag, der eine Etage unter Sattlers wohnt, will über sich den Ruf „Bluthunde“ gehört haben, kann aber nicht sagen, ob der Ruf von einer der Angeklagten kam. Die Stimmen kannte er nicht, er habe sich um die Hausbewohner nie gekümmert. Auf Fragen des Rechtsanwalts Heine gibt der Zeuge zu, daß er durch Ueberwindung eines Theaterbühnen-Verhältnisses zu Fräulein Sattler anzuknüpfen versuchte, die aber zurückgewiesen wurden und daß er über das „Bluthunde“-rufen über seinem Haupte mit dem Kohlenhändler Kogler, einem Feinde der Frau Sattler, gesprochen hat. — Eine andere Hausgenossin der Angeklagten, Frau Jordan, hat „Bluthunde“ rufen hören, da die Stimme nicht die eines jungen Mädchens war, nimmt sie an, Frau Sattler habe den Ruf ausgestoßen. Noch eine Hausgenossin, Frau Labs, kann gar nichts Bestimmtes sagen, sie hat nur von anderen Frauen über Frau Sattler reden hören.

Zum sechzehnten Falle

ist der Hausdiener Heinemann angeklagt. Er ist am Abend des 27. September an der Ecke der Turm- und Beuststraße von vier Kriminalbeamten festgenommen worden. Diese Beamten bekundeten übereinstimmend: Eine Menge, die johlte und schimpfte, wurde zurückgetrieben. Da stellte sich der Angeklagte hin, hielt die Hände trichterförmig vor den Mund und schrie aus Leibeskräften: „Bluthunde.“ Als wir ihn am Kragen hatten — sagt einer der Zeugen — rief die Menge: „Haut ihn, haut ihn.“ Es sei auch ein Schuß aus der Menge abgegeben worden, anscheinend ein Revolverknall. — Der Angeklagte gibt zu, daß er, als eine Anzahl reitender Schutzmänner ohne vorhergehende Aufforderung zum Auseinandergehen das Publikum attackierten, „Bluthunde“ gerufen habe. Dann — sagt er — wurde ich gleich von vier Kriminalbeamten gepackt und nach der Wache gebracht. Auf dem Turm des Waschkloß schlugen sie alle vier mit Knäpeln auf mich ein, und als ich deshalb schrie, riefen sie: „Wißt Du die Schwänze halten — verfluchter Hund.“ Ich wurde am Hals gepackt und so festgehalten, daß ich mich nicht rühren konnte. — Die beteiligten Beamten bestreuten mit aller Entschiedenheit, den Angeklagten geschlagen zu haben. Einer von ihnen aber bekannte sich zu ein paar Faustschlägen. Doch will er die Faustschläge dem Angeklagten verweigert haben, um den Widerstand zu brechen, den er am Eingange zur Wache geleistet habe, indem er sich am Treppengeländer festhielt. — Der Angeklagte sagt hierzu: Ich habe mich am Geländer festgehalten und mich hinter diesem Beamten zu decken versucht, um mich vor den Schlägen zu schützen. — Der Schutzmänn erwidert: Das ist unwahr, ich habe nicht gesehen, daß er geschlagen wurde. — Belastend für den Angeklagten wird der Umstand angeführt, daß er bei seiner Festnahme einen Schlagring bei sich trug. Er sagt, den Schlagring habe er kurz vorher gefunden. — Zwei Zeugen geben an, sie hätten den Schlagring schon früher im Besitze des Angeklagten gesehen.

Damit war die Sitzung beendet. Die Verhandlung wird heute um 9 1/2 Uhr fortgesetzt.

Aus Industrie und Handel.

Diskontermäßigung.

Wang unvermutet ermäßigte die Bank von England am Donnerstag ihren Diskontsatz von 5 auf 4 1/2 Proz. Mögen vielleicht auch politische Erwägungen bei der Maßnahme mitgewirkt haben, ohne das Bewußtsein, die zum Jahresabschluss sich mehrenden Ansprüche sicher befriedigen zu können, würde man die Herabsetzung doch wohl kaum vorgenommen haben.

Ilse-Dividende.

Trotz der Klagen über schlechte Preise und hohe Löhne kann die Vergbau-Aktien-G. „Ilse“ für das letzte Jahr wiederum 24 Proz. verteilen. Das zeigt, wie notwendig die Lohnreduktionen wären.

Haushaltungskosten in Großstädten.

Verade in den großen Städten sind die Haushaltungskosten, wenigstens soweit der Nahrungsmittelaufwand in Betracht kommt, meist höher als im vergangenen Jahre. Doch fehlt es auch nicht an bemerkenswerten Ausnahmen. Fangen wir im Osten Deutschlands an, so ergibt sich gleich für Königsberg i. Pr. im Oktober d. J. ein wöchentlicher Nahrungsmittelaufwand einer vierköpfigen Familie von 21,66 M. gegen 21,89 M. im Vorjahr. In Danzig stellt er sich auf 21,72 M. gegen 21,45 M. Berlin gehört zu den Ausnahmen: der Aufwand beträgt hier 23,04 M. gegen 23,62 im Vorjahr. Brot, Schweine- und Hammelfleisch sind im Preise gesunken. In Posen ist die Standardziffer von 22,47 auf 22,59 M. hinausgegangen, weil Butter und alle Fleischsorten teurer geworden sind. Breslau weist nur einen Nahrungsmittelaufwand von 22,08 M. auf gegen 23,13 im Vorjahr, während er in Halle a. S. von 24,06 M. im Oktober 1908 auf 23,23 M. im Verdictmonat gesunken ist. Kiel weist eine Senkung des Lebensmittelpreises gegenüber 1909 auf, auch in Dortmund ist eine Ermäßigung und zwar von 23,92 auf 23,19 M. eingetreten. Die anderen westdeutschen Großstädte aber haben fast durchweg Preissteigerungen aufzuweisen: in Kassel ging die Standardziffer von 22,90 auf 23,37, in Frankfurt a. M. von 23,04 auf 24,54, in Düsseldorf von 25,50 auf 25,89, in Köln von 26,07 auf 27,15 M., in Essen von 24,99 auf 25,08, in Krefeld von 23,43 auf 24,46 M. hinauf. Es stieg der Nahrungsmittelaufwand ferner in Chemnitz von 23,63 auf 24,43, in Stuttgart von 24,49 auf 24,98, in München von 24,08 auf 25,12 M.

Stimmungsmache. Nach einer Versammlung von 95 Proz. der Stahlfabrikanten des Landes erklärte der Präsident der Steel Corporation, die Verarmung sei einstimmig der Meinung gewesen, daß die gegenwärtigen Stahlpreise billig und vernünftig seien und nicht geändert werden sollten.

Soziales.

Verträge gegen die Ansbahn des Koalitionsrechts

sind nach § 138 des Bürgerlichen Gesetzbuchs nichtig. Denn sie verstoßen gegen die guten Sitten. Das ist bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs in der Kommission und im Plenum anerkannt. Von sozialdemokratischer Seite war damals beantragt, um gegen jeden Zwieself Karzuzustellen, daß Verträge, welche die Wahlfreiheit, die Koalitionsfreiheit, die persönliche Freiheit einzugehen, unglücklich sind, ausdrücklich im Gesetz als nichtige Verträge hervorzuheben, die gegen die öffentliche Ordnung verstoßen. Das wurde von der Mehrheit abgelehnt. In der Begründung des abzulehnen Standpunkts wurde aber ausdrücklich betont, daß auch die Mehrheit derartige Verträge für nichtig erachtet. Es heißt in dem Kommissionsbericht (Druck, des Reichstags 1895/1897, S. 45 des Kommissionsberichts) wörtlich: „Von seiten der Verbündeten Regierungen und von verschiedenen Kommissionsmitgliedern wurde dagegen (gegen den sozialdemokratischen Antrag) zumest auf die völlige Unbestimmtheit des Begriffs der öffentlichen Ordnung hingewiesen, welche auch in Frankreich zu zahlreichen, keineswegs unbedenklichen richterlichen Entscheidungen geführt habe. Freilich gewiß nicht zu verkennen, daß der Schuß der Koalitionsfrei-

heit, Wahlfreiheit, Gewerbefreiheit usw. die Nichtigkeit gewisser Verträge gebietet. Allein diese Nichtigkeit tritt auch nach dem Entwurf zweifellos ein, da solche Verträge als gegen die guten Sitten verstoßend zu betrachten sind. Ein Vertrag, durch welchen jemand beispielsweise die Qualifikationsfreiheit, die Gewerkschaftsfreiheit, die Ausübung oder Nichtausübung des Wahlrechts beschränkt, verstoßt zweifellos gegen die guten Sitten. Auch Beschränkungen der Gewerkschaftsfreiheit, sofern sie das durch wirtschaftliche Interessen berechnete Maß überschreiten, seien als den guten Sitten widerstrebend zu betrachten." Im Plenum (Sten. Bericht S. 2760) wurde nochmals ohne Widerspruch konstatiert, daß die einseitige Ansicht der Regierungen und der Kommission dahin geht, daß Verträge, durch welche der Eintritt in eine gewerkschaftliche Organisation vereinbart wird, zweifellos gegen die guten Sitten verstoßen.

Trotz dieser Feststellungen verstoßen Arbeitgeber, und darunter die Eisenbahnverwaltung, durch derartige nichtige Vereinbarungen gegen die guten Sitten. Und noch mehr: ohne jede Rücksicht auf die von uns eingangs in Erinnerung gerufenen parlamentarischen Vorgänge haben gelehrte Gerichte sich gefunden, die derartige Verträge für gültig erklären. So lehrte das Landgericht und Oberlandesgericht in Frankfurt a. M. Den Fallurteilen dieser Gerichte lag der nachfolgend dargestellte Sachverhalt zugrunde:

Die Fuhrleute Adam Pieres und Vinz Albert fanden bei Kollfuhrunternehmern als Fuhrburden in Stellung. Sie arbeiteten zur Zufriedenheit ihrer Arbeitgeber und wunderten sich um so mehr, als sie eines Tages gekündigt bekamen. Nach ihrer Behauptung kündigten die Arbeitgeber widerwillig, indem sie lediglich einem Druck des preussischen Eisenbahndienstes folgten, weil sie Mitglieder einer Arbeiterorganisation seien. Da das Verhalten des Pielus wider die guten Sitten verstoßt und der Pielus für den ihnen aus der Entlassung erwachsenen Schaden zu lasten hat, erhoben die Fuhrleute gegen den Pielus Schadenersatzklage. Pieres forderte 400 und Albert 312 M. Der Pielus machte geltend, daß

allein schon die Tatsache der ordnungsmäßigen Kündigung seitens der Arbeitgeber der Kläger jeden Anspruch der letzteren gegen ihn ausschließt. Er, der Pielus, habe in Bohrung berechtigter Interessen gehandelt, wenn er den Verkehr der Kläger mit seinen Arbeitern, der durch deren Stellung bei den Kollfuhrunternehmern bedingt worden sei, abgeschnitten habe. Die Kläger seien zudem von ihrem früheren Arbeitgeber entlassen worden, weil sie gemeinschaftlich ihre Arbeitsgenossen ohne deren Wissen und Willen in die Organisation des Deutschen Transportarbeiterverbandes getrieben hätten. Beide wären auch Leiter eines im Jahre 1909 geplanten, aber nicht zur Ausführung gekommenen Streiks der Frankfurter Transportarbeiter gewesen. Die Kläger stellten jede agitatorische Tätigkeit in Abrede.

Die achte Zivilkammer des Landgerichts wies die Klage, die sich auf § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuchs stützte, ab. In der Begründung hieß es: § 826 verpflichtet denjenigen zum Schadenersatz, der in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise einem anderen Schaden zufügt. Der Beklagte sei durch kein Gesetz verpflichtet, organisierte Arbeiter in seinem Betrieb zu beschäftigen, und er habe es im Wege freier Rechtsentscheidung in der Hand, solche Arbeiter sich fernzuhalten. Auch hat der Pielus Anspruch auf die Anerkennung, daß, wenn er organisierte Arbeiter faktisch nicht duldet, ihn dazu sachliche Erwägungen führen, ihm insbesondere die gesteigerte Verantwortlichkeit zur Seite steht, die seine Vertretung der öffentlichen Interessen und Sicherheit bedingt! Er handelt daher nur konsequent, wenn er nach Möglichkeit organisatorische Beeinflussung der bei ihm beschäftigten Arbeiter zu verhindern sucht. Eine Gefahr solcher Beeinflussung erblickt er aber mit Grund in täglicher Verührung der Kläger mit Leuten seines Betriebes auch dann, wenn die Kläger einer Arbeiterorganisation angehörten, ohne agitatorisch tätig gewesen zu sein, wie der Pielus es behauptet. Und dieses tägliche Zusammentreffen und als dessen natürliche Folge die Unterhaltung über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter, und damit die Versuche der Kläger, die

Arbeiter des Beklagten zu ihrem Standpunkt zu bekehren, waren nicht zu vermeiden, solange die Kläger als Fuhrleute bei den bahnamtlichen Kollfuhrunternehmern tätig waren. Daher durfte der Beklagte darauf ausgehen, diese Verührung auszuscheiden, und auch der Weg, den er dazu gewählt hatte, ließ ihn nicht gegen § 826 verstoßen. Die Kläger haben nach einer bezw. zwei Wochen wieder eine Stellung gefunden, die sie ernährt. Daß die neuen Stellungen weniger einträglich sind als diejenigen, aus denen der Gegenstand der Anschauungen der Parteien die Kläger herausgedrängt hat, bedeutet keinen unerbittlichen Schaden und muß von ihnen als Folge ihres sozialpolitischen Standpunktes gegenüber den Beklagten getragen werden. Das Oberlandesgericht verwirft die von den Klägern eingelegte Berufung.

Das Beispiel zeigt klar, wie notwendig es auf dem Gebiete des Arbeiterrechts ist, durch detaillierte Vorschriften nach Möglichkeit jeder falschen, einseitigen, durch Klasseninteressen diktierten Auslegung entgegenzutreten.

Ordnungsstrafe vor dem Kaufmannsgericht.

Vor der 2. Kammer des Kaufmannsgerichts fand am Mittwoch unter dem Vorsitz des Magistratsassessors Liebrecht Termin statt in Sachen einer Frau Leopold, die für ihre minderjährige Tochter gegen die Firma Goldfeder-Reherheim wegen eines Restgebaltanspruchs in Höhe von 12,50 M. klagte. Nach der Beweisaufnahme wurde Klägerin mit ihrem Anspruch abgewiesen. Bei Verkündung des Urteils rief Klägerin dem Vorsitzenden erregt zu: „Ich lasse mich von einem Juden nicht verurteilen, denn ich bin eine Christin!“ Der Richter ließ die Frau sofort festnehmen. Nach nun erfolgter Beratung des Kollegiums beschloß das Gericht, eine gegen die Klägerin sofort zu vollstreckende Haftstrafe von zwei Tagen zu verhängen, da in der Aeußerung eine grobe Ungebühr erblickt wurde. Auf eine inzwischen von der Frau L. gemachte Eingabe wurde der Vollzug der Strafe bis zum 8. Dezember ausgesetzt.

Josef

VERA

FEINSTE 3 Pfg. CIGARETTE

Größte Spezial-Puppen-Fabrik Berlins
P. R. Zierow, Berlin, Schönhauser Allee 179.



Waltershausener Kugelgelenk-Puppen
 mit feinem Biskuit-Kopf, Schlafaugen mit Wimpern, Zähnhaken, Handgelenk und gesähter trossierter Mohair-Ringlocken-Poröcke zum Kämmen.
 Höhe in cm: 34 37 40 50 53 55 58 63
 pro Stück Mark 2.00 2.10 2.30 2.70 3.50 3.75 4.00 4.50
Letzte Prima Kugelgelenk-Puppen
 Neuheiten: mit natürlichen Augenbrauen und Wimpern.
Charakter-Babys in künstlerischer Ausführung mit Schlafaugen, Augenwimpern und doppeltem Arm- und Fußgelenk.
 Reparaturen und alle Ersatzteile für Puppen.
 Engros. Auch Einzelverkauf. Kein Laden.

Nie wiederkehrende Kauf-Gelegenheit in **Schuhwaren**
 ca. 850 Paar Herren- u. Damen-Stiefel

in den feinsten Lederarten und geschmackvollsten Fassons, früher bis M. 15.—, jetzt durchweg **6.90**

Schuhhaus Moritzplatz früher
 W. Hübner
 Oranien-Straße 61 (am Moritzplatz).

Turnverein „Fichte“
 Mitglied d. Arbeiter-Turner-Bundes.
 Gegründet am 5. August 1890. — Geschäftsstelle: Koppenstraße 24 II.

Sonnabend, den 3. Dezember, abends 8 Uhr:
Eröffnung der 17. Lehrlings-Abteilung.

Dienstag, den 6. Dezember, abends 8 Uhr:
Eröffnung der 17. Männer-Abteilung.

in der
224. 229. Gemeindeschule, N., Christianiastr. 36—39.
 Einschreibegeld: für Männer 35 Pf., Lehrlinge 30 Pf.,
 monatlicher Beitrag: Männer 75 Pf., Lehrlinge 25 Pf.
 Im Beitrag ist die monatlich zweimal erscheinende „Arbeiter-Turnzeitung“ und das „Mitteilungsblatt“ des Vereins sowie die Unfallkasse mit eingeschlossen.
 Turnstunden: für Männer: Dienstags und Freitags,
 für Lehrlinge: Mittwochs u. Sonnabends 8—10 Uhr abends.
 Aufnahme von Mitgliedern in den Turnstunden.
 Mitglieder, welche sich am Eröffnungabend anmelden, sind vom Einschreibegeld befreit.
R. Hausen, Vorsitzender.

Soeben ist erschienen:
Preussischer Kommis
 Geschichten aus dem Soldatenleben von AUGUST WINNIG
 Mit zahlreichen Illustrationen von O. Damberger-Randsch.
 Preis 1.50 M. Gebunden 2.— M.
 Auch in 10 Heften à 15 Pf. zu beziehen.
 Der Verfasser paßt den in Deutschland immer allwärtigen Stoff frisch und lebendig an. Er entwickelt fesselnde Bilder, die für Gediente und Nichtgediente gleich interessant sind und gegenüber der landläufigen Willkürherrschung einmal die Wirklichkeit schildern.
 Zu beziehen durch alle
 „Vorwärts“-Ausgabestellen sowie durch die
 Hauptexpedition des „Vorwärts“, Lindenstr. 69 (Laden).

„Silesia-Bad“
 11242* Schlesische Str. 31
 Alle Arten medizinische Bäder.
 Lieferant aller Kassen.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt
 für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, Moritzplatz,
 10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4

Chick u. elegant
 kleidet man sich b.
 Schneidermeister
M. Katz,
 Dresdener Straße 76
 gegen Teilzahlung v.
 monatlich M. 10.00 od.
 wöchentlich M. 2.50
 nach Maß in künst-
 lischer Passform.
 Engl. Jacketanzug 58 M.
 Smoking-Anzug . . 72 M.
 Gehrock-Anzug . . 78 M.
 Paletots und Ulster von
 55 M. an.

Betrifft Herren
 welche sich elegant kleiden und doch beim Einkauf sparen wollen.
 Wir empfehlen aus unserer Abteilung fertige Herrngarderobe: Gelegenheitskäufe in Winterpaletots, Ulster und Anzügen. Diese Stücke sind zum Teil aus feinsten Modestoffen gefertigt (mit Doppelfutter, auch auf Seide gefüttert), für jeden Herrn passend am Lager, u. s. f.
 Serie I Serie II Serie III Serie IV
Winterpaletots 10.- 14.- 18.- 22.- et.
Ulster engl. Farben 12.- 16.- 20.- 24.-
Jackett-Anzüge 11.- 15.- 18.- 24.-
Gehrock-Anzüge 18.- 22.- 27.- 32.-
 Belinkleider v. M. 6.— an
 Hochzeitsanzüge, Übergangspaletots, Belinkleider, Gummimäntel etc. sehr preiswert
 Verleiher von Gesellschafts-Anzügen.
Abonnements-Haus Jägerstr. 11 G. M. B. H. im Laden
 zwischen Friedrich- und Kanonenstraße
 Versand- und Abonnements-Abteilung, Sonntag 8—10, 12—2 Uhr geöffnet.

Kino-Theater Brusch
 nur
64 Badstr. 64

Gelegenheitskäufe
 Bildschöne Herren-
 Ulster . . . M. 30, 25, 15
 Paletots . . M. 32, 22, 15
 Anzüge M. 45, 35, 25, 15
 alleweise aus Modestoffen.
 Hosen, bunte Westen
enorm billig.
August Pletsch
 G. M. B. H.
 9 Rosenthaler Str. 9
 Ecke Auguststraße.

Möbel Sie sparen Geld! Wenn Sie
 direkt zu Engrospreisen
 in der Möbelfabrik
H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
 kein Laden Tel.: A. III, 5157
 kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur
 eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. **35**

Ein Weihnachtsgeschenk
 das Nutzen mit Freude verbindet.

SINGER
 Nähmaschinen
 nähen, sticken und
 stopfen.

SINGER
 Nähmaschinen
 erhielten
 in Brüssel 1910
 wieder
 den Höchsten Preis.

SINGER Co.

Nähmaschinen Act. Ges.
 — BERLIN, Leipziger Straße 92. —
 Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Ohne jede Anzahlung
Pianos
 erstklassiges Fabrikat
 (9mal prämiert Staats-
 medaille) in allen Holz-
 und Saitenarten von
 wunderbarer Tonfülle.
 (Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung,
 ohne jeden Preisaufschlag. 136/4
 Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.
Conrad Krause Nachf., Berlin, Ansbacher Str. 1
 Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.
 Auch Sonntags geöffnet.

A. Tandorf & Co.

Spittelmarkt Belle-Alliancestrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

Furniture, Commission

Sonntag, 4. Dezember von 12-2 Uhr geöffnet

bei Einkäufen die

Doppelte Anzahl Rabattmarken

Von dieser Vergünstigung sind nur wenige Artikel ausgenommen

Verkaufsstelle für Abonnementsmarken der Grossen Berliner Strassenbahn und der Allgemeinen Berliner Omnibus-Aktien-Gesellschaft

Gewerkschaftshaus

mit 100 Betten, Verlammtungs-Planmer, Saal in einer lichtvollen Industriehaus an lauten, ruhigen, nachweilich tüchtigen Pächter zu vergeben. 132/75

Eingehote unter N. 303 FM an Rudolf Mosse, Stuttgart.

Direktoren in froher, nur schöner Ware:

Nur ein Preis!

Fette Gänse 0,65

8-14 Pfund schwer.

Nur allererste Qualität

Gänserümpfe, 1/2 Gänse.

Seite Suppenhühner, Jge. Bratbühner.

F. Wegner, SO., Mariannenstr. 34.

Sonnabend, den 7. Januar 1911

Großer Festsaal frei!

Neue Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59 (Kant IV. 10155) 20786

Arbeiter=

Bekleidung - Berufskleidung.

Größtes Spezialgeschäft.

Kohnen & Jöring, Hauptgeschäft Alexanderstr. 12.

Landsberger Allee 148, Rixdorf; Bergstr. 66.



Nährmittelfabrik „Zomaron“ München, Promenadestraße 6.

Generalvertreter: Alfred Hirsch, Berlin W. 30, Bamberger Straße 45, Fernsprecher: Amt VI No. 5737.

Nathan Wand

129 Steiliger Str. 129.

Die Schönsten

Berren-Winter-Paletots u. Ulster

und Anzüge in neu

photo gezeigte

Monats-Garderobe

von Spezialisten getragene Sachen,

fast neu, für jede Figur passend,

gezügelt, elegant, sind in

großer Auswahl bei den Raunen

billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand

129 Steiliger Str. 129.

Schulbuchhandlung Kottbuser Str.

Siehe auch Hausnummer zu achten.

20. Ziehung 5. Kl. 223. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 1. Dezember vormittags.

Nur die Gewinne über 100 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

100 289 304 781 820 905 1010 117 233 (3000) 203 581	502 847 2144 80 543 631 747 (3000) 93 806 3021 583 (500)	628 823 74 823 4063 (1000) 121 (3000) 256 305 20 (500)	827 30 529 523 603 772 81 6123 89 240 20 212 34 71	536 897 800 924 90 7022 307 481 523 71 611 737 39	8985 104 281 85 323 81 500 746 93 (500) 921 (3000) 9004	7 225 69 382 464 612 39 (3000) 908	10028 42 182 273 (3000) 245 507 (500) 620 758 (300)	915 64 11025 207 842 735 871 957 70 12094 103 200 21	82 508 419 (500) 842 930 13012 23 80 (3000) 237 544 61	434 (3000) 981 981 14071 146 896 93 410 570 734 821	15012 174 215 481 80 523 734 98 (3000) 16044 182 230	658 31 94 825 947 79 17002 20 136 813 485 20 601 780	10000 807 81 18460 80 428 300 62 84 70 (3000) 21 700 35 71	(500) 805 (500) 973 19146 (500) 209 211 710 835 65	20146 (3000) 260 843 21065 285 301 409 22286 432	461 995 23156 636 64 733 877 24050 398 499 492 710	302 25042 64 164 67 348 90 780 906 37 26133 65 (1000)	242 209 402 21 749 27067 (500) 29 28848 40 (1000) 118	206 (3000) 419 237 708 815 39 45 905 29006 340 480	734 438	30253 84 (500) 225 36 63 73 (3000) 480 (500) 797 885	31201 (3000) 364 489 500 787 993 32370 85 434 568 720	917 33020 215 485 416 31010 102 85 232 480 870 35300	82 774 372 36053 (3000) 305 89 921 37300 (1000) 545 709	894 (1000) 95 38107 58 63 83 (3000) 658 810 30 920 29	(3000) 39118 205 11 30 40 71 30 202 29 60 30 41 505	711 46 805	40012 201 308 563 41089 885 914 (1000) 42110 17	215 39 535 (500) 664 43173 224 333 449 91 (500) 882	164 90 827 44198 638 730 90 45012 480 630 815	(1000) 46036 304 38 912 47079 88 85 251 424 517 51 634	46 67 738 806 78 913 48872 80 738 49084 55 603 71	817 564 (500)	50271 98 441 874 714 840 51044 61 221 (500) 32	370 51 800 605 85 508 81 52105 733 51 590 807 49 500	53068 130 90 (3000) 242 33 620 73 723 840 930 (1000) 50	54087 92 129 70 247 651 733 829 23 27 (1000) 834	55074 86 936 28 56310 405 660 90 713 70 831 57021	57 67 450 232 48 45 31 99 628 711 847 67 901 58305 521	59011 20 311 (500) 73 210 545	60282 488 334 646 61089 480 (500) 62156 250 503	610 740 923 (500) 27 43 63018 40 42 108 39 (500) 91	251 427 63 372 625 (500) 726 (3000) 50 (3000) 80 871	64127 216 408 324 85047 305 (1000) 683 809 66130 207	308 473 328 729 817 905 67082 213 442 525 682 958	68029 64 267 417 39 (1000) 631 747 931 56 78 69018	(500) 33 43 67 477 (500) 841 38 974	70447 61 83 708 833 92 (1000) 973 71000 185 208	886 584 883 005 72187 413 49 511 43 64 668 841 69 73385	511 (500) 747 74182 211 951 75221 289 442 62 50 504	(3000) 640 975 76123 215 386 60 50 443 84 (500) 981	825 81 77027 18 139 970 38 484 590 590 78300 48 21	210 85 432 588 601 963 79194 96 589 895	80147 918 790 849 (5000) 81015 (500) 82081 163	251 406 70 828 (500) 622 (1000) 83 83001 214 810 737	84400 91 189 277 82 (3000) 85000 (500) 185 (500) 244	587 86129 551 73 (3000) 87135 40 81 421 (500) 581 (500)	641 763 290 88255 479 503 602 702 894 89042 92 177	601 818 33	90437 68 95 91211 249 478 (5000) 805 32 (500) 739	(1000) 912280 218 (1000) 85 90 880 894 93250 420	327 75 704 21 39 834 94288 825 84 (500) 59 87 590	95239 485 (1000) 927 96180 277 85 239 411 688 97075	145 73 (1000) 225 814 867 218 67 80 98940 79 70	215 70 264 98 706 (500) 99019 209 18 (3000) 79 426	508 898	100125 227 86 489 729 79 807 101010 61 519 (1000)	46 853 823 83 102182 245 91 720 (1000) 41 813 10335	259 25 244 732 849 (1000) 69 392 104222 298 934 (500)	630 83 776 96 850 107054 231 900 106139 572 644 715	65 819 90 920 (1000) 107054 231 900 106139 572 644 715	108029 32 94 733 72 101977 491 601 84 81 818 958	110959 328 732 72 101977 491 601 84 81 818 958	(500) 228 492 856 (500) 714 891 946 85 113004 160 237	619 (3000) 114328 328 732 72 101977 491 601 84 81 818 958	647 859 917 47 117008 229 310 91 821 23 118121 26	829 815 80 453 766 78 119119 27 (1000) 215 311 606	712 24 811 (500) 49	120044 (500) 627 739 (1000) 965 121850 688 877	122023 (3000) 120 88 278 (1000) 382 740 123460 730	707 72 214 124019 248 448 926 125110 823 24 (500)	661 676 126299 (1000) 482 672 84 918 127547 (1000)	782 923 12898 225 64 473 248 18 870 817 65 129180	466 683 75	130235 427 88 673 325 (500) 915 70 84 131091	(1000) 189 294 625 785 132009 89 (1000) 476 202 23 40	(500) 839 73 448 96 255 884 918 45 133193 211 654	(500) 134069 579 659 868 133820 27 473 (1000) 982	136241 406 (1000) 822 78 631 764 815 13 137133 81	444 918 981 (3000) 706 96 984 138003 214 45 588 139032	61 129 (500) 841 645 85 957	140292 (500) 378 (500) 806 907 764 (500) 829 47	(5000) 141030 288 487 95 929 (500) 63 59 710 142417	518 811 64 143032 245 329 458 689 875 (500) 77 898	144996 55 200 444 88 (500) 688 723 (500) 825 48 (1000)	145109 422 67 81 146304 (1000) 192 347 418 869	147180 62 84 234 148080 198 253 149474 712 885 949	150094 181 210 17 218 495 687 151182 92 499 609	929 152168 (3000) 420 45 80 619 799 48 538 (500) 153143	802 25 88 (1000) 485 307 720 154120 328 482 764 833
---	--	--	--	---	---	------------------------------------	---	--	--	---	--	--	--	--	--	--	---	---	--	---------	--	---	--	---	---	---	------------	---	---	---	--	---	---------------	--	--	---	--	---	--	-------------------------------	---	---	--	--	---	--	-------------------------------------	---	---	---	---	--	---	--	--	--	---	--	------------	---	--	---	---	---	--	---------	---	---	---	---	--	--	--	---	---	---	--	---------------------	--	--	---	--	---	------------	--	---	---	---	---	--	-----------------------------	---	---	--	--	--	--	---	---	---

20. Ziehung 5. Kl. 223. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 1. Dezember nachmittags.

Nur die Gewinne über 100 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

155203 283 449 550 80 92 98 884 980 156075 79 88	174 223 34 49 243 44 (3000) 544 705 71 882 (500) 97 924	157233 679 (500) 705 841 834 90 158153 220 29 472	83 957 681 921 159048 257 474 500 (500) 53 728 29	160009 210 810 (1000) 538 45 681 96 541 161174	408 97 532 689 789 (500) 817 162144 212 458 051 710	816 528 163105 63 251 821 535 873 754 823 47 (500) 981	164097 483 (500) 165097 187 (500) 246 682 811 943	166121 73 (500) 83 602 950 167019 210 61 343 455	241 77 889 168883 200 169203 306 13 44 65 87 97	(500) 764 805	170118 (500) 61 213 444 509 622 68 (500) 171186	269 405 95 78 (3000) 729 84 923 94 (3000) 172206 377	424 66 870 929 173056 261 873 174099 315 165 643	(3000) 71 705 18 43 945 175285 353 789 176004 91	145 287 177099 68 (3000) 194 218 (500) 83 91 707 12	607 64 980 (3000) 178149 207 33 416 25 753 998 50	170129 230 (3000) 89 855 519 85 914	180000 98 907 84 181056 161 270 690 742 (3000)	724 74 (500) 182075 162 270 890 910 183088 186 267	838 35 (1000) 817 184113 77 902 65 90 185027 242 456	690 (500) 186040 148 29 818 488 709 898 187885 838	644 364 188124 245 494 908 (500) 189173 289 371 80	575 874 929 83	190161 320 442 518 25 20 (1000) 629 978 191023	78 396 549 627 192040 57 174 547 417 783 965 193064	295 (3000) 806 407 47 652 (500) 67 738 955 194184	683 287 932 195099 40 89 123 221 571 (500) 196488	197079 29 167 50 258 210 18 569 73 601 (500) 87	955 198625 34 288 985 719 844 199044 48 237 494	(500) 200 628 64 396	200226 (3000) 77 109 718 (500) 23 201065 80	(1000) 318 42 (500) 866 (1000) 717 821 816 (3000)	202396 462 771 830 81 203067 341 50 487 263 609	844 204075 175 260 473 700 205019 (500) 29 215 83	(500) 90 408 74 618 748 224 206944 182 80 210 407 82	(3000) 578 701 207128 44 (500) 444 (500) 923 (3000) 32	208094 417 (500) 575 681 81 209022 76 137 200 878	400 33 89 76 090 (3000) 708 848	210047 (3000) 476 814 106 659 211111 (1000) 654	674 212033 288 385 433 (3000) 29 762 890 213022 829	927 98 90 214053 125 (500) 289 322 572 689 738 42 47	858 (1000) 264 85 215018 39 279 324 46 712 925 (3000)	70 28 216182 144 40 882 217009 442 574 630 81 874	82 220 218200 25 27 449 787 873 926 (500) 219228 388	722 25	220100 38 302 458 628 79 710 221121 40 208 88	613 222109 78 217 94 402 508 (1000) 28 41 (1000) 668	92 223262 344 (500) 420 278 224085 60 173 276 674	708 71 (500) 880 937 225091 188 (1000) 325 430 844	(500) 292 226927 221 61 417 90 559 704 47 837 227 251	676 73 629 740 (500) 228284 (1000) 150 53 85 (500) 241 208	410 79 375 229274 607 812 (1000)	230062 (500) 881 779 80 18 88 89 (3000) 920	231144 88 (5000) 474 74 683 783 803 828 69 89 232120	206 354 456 635 761 (500) 829 79 233300 85 435 590	659 (5000) 749 826 234178 231 45 23 245 80 484 855	235055 194 291 756 854 (1000) 922 23681 548 875	237109 518 686 730 06 238132 388 239090 700 15 50 70	700 75 93 89 489 588 894 875 917	240015 55 209 415 64 772 241084 25 86 120 84	253 217 78 486 802 944 83 242018 74 (500) 396 96 838	608 708 863 935 243125 216 284 410 41 840 24482 304	458 744 823 245004 183 254 246067 (1000) 108 214 307	49 308 4 247441 22 58 (500) 481 258 958 248088 37	76 245 48 205 577 854 66 249131 494 402 83 601 13 797	25027 187 289 288 481 745 251185 327 460 809	252422 62 92 129 (500) 546 903 712 253193 221 46 60	426 667 273 824 (500) 81 963 (1000) 254192 298 607	74 (1000) 869 873 85 255292 40 727 57 842 256 256000	341 407 207 68 609 844 986 257085 341 771 97 985 258148	849 503 (1000) 768 259037 122 240 61 437 617 88 833 78	85 912	260261 865 (1000) 809 261817 92 244 527 898	262021 254 290 300 687 711 910 263182 224 62 320 421	322 (500) 704 264078 76 115 227 503 729 265041	61 302 41 464 521 725 (500) 28 865 77 266134 74	(500) 813 267351 839 (500) 44 268432 754 (500) 824	982 269869 417 (500) 504 758 843 (500)	270404 207 228 88 898 (1000) 32 271096 163 843	(500) 528 748 272023 50 112 429 714 811 21 949 273062	41 52 (5000) 91 129 326 408 405 875 274017 385 405 244	(1000) 62 625 825 275012 85 390 (500) 583 621 31 736	673 276006 91 135 561 650 753 (1000) 99 (15 000) 277027	108 10 236 394 98 571 780 892 278078 112 340 819 784	42 70 (3000) 828 930 36 279027 47 85 434 686 813 87	909 (500) 83 92	280170 (500) 80 895 723 845 73 281027 511 786	881 282288 (500) 92 438 83 369 (1000) 72 864 744 807 48	283047 244 (1000) 89 492 534 (500) 761 284948 90	85 108 267 285 454 88 528 338 795 25 831 285079 (1000)	277 382 (500) 406 (500) 87 (1000) 789 73 286137 93	(500) 287245 82 249 288146 82 288446 82 288446 82	59 867 278 885 884 (500) 848 289483 70
--	---	---	---	--	---	--	---	--	---	---------------	---	--	--	--	---	---	-------------------------------------	--	--	--	--	--	----------------	--	---	---	---	---	---	----------------------	---	---	---	---	--	--	---	---------------------------------	---	---	--	---	---	--	--------	---	--	---	--	---	--	----------------------------------	---	--	--	--	---	--	----------------------------------	--	--	---	--	---	---	--	---	--	--	---	--	--------	---	--	--	---	--	--	--	---	--	--	---	--	---	-----------------	---	---	--	--	--	---	--

Stadtverordneten-Versammlung.

54. Sitzung vom Donnerstag, den 1. Dezember, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher Michels eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. Die Wahl des Ausschusses zur Vorberatung der Vorlage betr. das Auswärtswohnen der Beamten und Lehrer hat stattgefunden; von der sozialdemokratischen Fraktion gehören die Stadtvv. Worgmann, Ewald, Manasse und Saisensbach dem Ausschusse an.

Auf der Tagesordnung steht die Denkschrift des Magistrats über den

Stand der Verkehrsfragen

sowie die Vorlage betr. den Bau einer vom Belleallianceplatz nach der Seestraße führenden Untergrundbahn, der sogenannten

Nord-Süd-Bahn,

für welche der Magistrat einen Kredit von 53 800 000 M. nachsucht. Es wird beschlossen, die letztere Vorlage vorweg zu beraten.

Stadtv. Heimann (Soz.): Wir stehen der Vorlage durchaus freundlich gegenüber; schon 1905 haben wir uns dafür ausgesprochen. Seitdem ist leider eine lange Zeit verstrichen, die Verhältnisse haben sich seitdem so erheblich verschoben, daß wir glauben, alle Veranlassung zu einer schnellen und glatten Erledigung der Vorlage zu haben. Fast 10 Jahre ist die Versammlung mit dieser Vorlage befaßt gewesen. Da sollte die gesamte Versammlung bestrebt sein, sowohl im Interesse des Verkehrs wie des Ansehens der Versammlung nach außen, die heutige Vorlage so schnell wie möglich über alle Klippen hinweg in Sicherheit zu bringen. Wir können auch dem Stadtbaurat von Herzen, wenn aus seinen großen, schweren Arbeiten wenigstens dies eine Projekt jetzt in die Wirklichkeit übergeführt wird. Einzelne Bedenken gegen die Vorlage stellen wir zurück, um die Erledigung der Vorlage nicht zu verzögern. Für das wichtigste Erfordernis unter den gegebenen Verhältnissen halten wir, daß die Stadtgemeinde mit einem großen, wohlüberdachten Verkehrsprojekt auftritt. Zwei Bedenken müssen wir aber hervorheben. Die Bahn soll zwei Wagenklassen führen. Diese Maßnahme halten wir nach keiner Richtung für gerechtfertigt. Wir leben doch einmal in demokratischen 20. Jahrhundert, und die Große Berliner Straßenbahn hat Hunderttausende und Millionen an eine einzige Wagenklasse gewöhnt. Es erscheint und direkt verwirrend, wenn hier wieder künstlich eine Klassenscheidung vom Magistrat vorgeschlagen wird. In dem Projekt der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft Gesundbrunnen-Rixdorf ist auch bloß eine Klasse vorgeschlagen (Hört, hört!). Der Vorlage von 1905 war eine Denkschrift beigegeben, aus der mit aller Deutlichkeit hervorgeht, daß die Einführung nur einer Wagenklasse unser Unternehmen weit bevorzugt machen, auch eine Vereinfachung und Verbilligung des Betriebes mit sich bringen würde, da allein an Gehältern

jährlich 60 000 M. gespart werden

könnten. Leider sind wir gewohnt, daß häufig auch die besten Gründe auf steinigem Boden fallen; in der Verkehrsdeputation sind wir mit allen unseren Versuchen in dieser Richtung allein geblieben. Werden wir heute einen solchen Antrag bringen, ihm wäre wohl kein besseres Schicksal beschieden, und so haben wir uns schweren Herzens entschlossen, davon Abstand zu nehmen. Zweitens bedauern wir, daß die Linie am Belleallianceplatz und den Fall. In der Grundausfassung des Magistrats, die Linie zunächst nur innerhalb des Reichslandes zu bauen, sind wir durchaus einverstanden, wir wollen aber hier zum Ausdruck bringen, daß wir allen den Vororten, die Anschluß an die Linie zu nehmen wünschen, jede mögliche Förderung zuteil werden lassen wollen. Wir werden uns nicht durch Stimmungen oder Bestimmungen beeinflussen lassen, sondern in dem gegebenen Rahmen die städtische Verkehrspolitik so zu führen suchen, wie es dem Verkehrsbedürfnisse von Berlin, auch von Groß-Berlin, am besten entspricht, und damit glauben wir auch Berlin am besten zu dienen. Daher hätten wir weit lieber gesehen, wenn die Bahn sofort bis zur Gneisenwaustraße durchgeführt würde, von wo sie später in beliebiger Richtung verlängert werden könnte. Wünschenswert wäre die Beigabe einer Ertragsberechnung gewesen; aber der Vorlage von 1905 war eine solche beigegeben, und die inzwischen eingetretene Verschlebung dürfte nur zugunsten erhöhter Rentabilität sprechen. Wir bedauern gleichzeitig, daß der Bonentarif gleich von 10 auf 20 Pf. springt und keine Zwischenstufe von 15 Pf. vorgesehen ist. Auch auf der Untergrundbahn gibt es Billetts zu 15 Pf., ohne daß die Rentabilität irgendwie leidet. Die Stufe von 15 Pf. ist notwendig und sollte nicht ausgeschlossen werden. Wenn wir heute alle Bedenken zurückstellen, so erwarten wir dafür auch mit aller Bestimmtheit, daß die Arbeiten für die Linie sofort, unverzüglich, morgen (sonn.) beginnen und mit größtem Nachdruck fortgesetzt werden. Hier können unsere technischen Bureau zeigen, was sie zu leisten imstande sind, und sie können sich dabei die Hoch- und Untergrundbahn zum Muster nehmen, die mit der Unterführung der Spree weit früher fertig ist, als ausgemacht wurde. Ich schließe mit dem Wunsche, daß das große Unternehmen alle Erwartungen, die daran geknüpft werden, erfüllen wird und der Anfang zu einer großzügigen städtischen Verkehrspolitik gemacht sein möge. Möchte es von der Linie später heißen: „Das Werk lobt den Meister!“ (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Dr. Kuhlmann (Fr. Fr.): Auch wir stellen unsere Bedenken zurück. Einige Zweifel hegen wir daran, ob die Bahn in vier Jahren fertig sein wird, wenn sie in städtischer Regie gebaut wird; Vergütung des ganzen Baues oder eines Teiles an Private würde nur förderlich sein. Eine Verlängerung nach Rixdorf würde die Rentabilität erhöhen. (Beifall.)

Oberbürgermeister Rischner: Ich danke den Vorrednern auferordentlich für die freundliche Aufnahme der Vorlage und hoffe, daß sie auch bei den anderen Fraktionen dieselbe freundliche Aufnahme findet. Ich versichere, daß, soweit der Magistrat in Frage kommt, mit der Ausführung der Bahn, sofern Sie der Vorlage zustimmen, sofort und ohne jeden Aufenthalt begonnen werden wird (Beifall), um das Werk so schnell wie möglich fertig zu stellen. Ich darf aber nicht verschweigen, daß der Konzessionsentwurf lautet: „bis zum Kreuzberg“, und daß wir genötigt sein werden, mit der Aufsichtsbehörde darüber zunächst in Verhandlung zu treten, daß die Konzession vorläufig noch eingeschränkt wird bis zum Belleallianceplatz.

Stadtv. Jacobi (A. L.): Die Zwischenzeit seit 1905 hat bewiesen, daß es klug war, die technische Entwicklung abzuwarten, die jetzt die direkte Führung durch die Friedrichstraße ermöglicht. Im übrigen stehe ich durchweg auf dem Standpunkt des Magistrats, auch bezüglich der zwei Klassen.

Stadtv. Rosenow (A. L.) spricht sich auch für Annahme der Vorlage ohne Ausnahmeverhandlung aus.

Stadtv. Altkrein (Soz.-fortsch.) äußert sich in demselben Sinne. Sehr bedauerlich seien die zwei Klassen, aber den gegen eine einzige Klasse angeführten finanziellen Bedenken könne man sich nicht verschließen.

Stadtv. Lenz (A. L.) fordert für den Wedding zwei Haltestellen zwischen Wedding und Seestraße, am Bahnhof Wedding müßte unbedingt eine Haltestelle vorhanden sein.

Oberbürgermeister Rischner: Die Aufsichtsbehörde hat darauf bestanden, die Zahl der Haltestellen im Interesse schnellerer Abwicklung des Verkehrs möglichst zu vermindern.

Stadtv. Mohr (Fr. Fr.) unterstützt den Wunsch des Stadtv. Lenz.

Die Vorlage wird hierauf einstimmig unter lebhaften Beifallsrufen angenommen.

Die Beratung wendet sich nunmehr zu der Denkschrift betr. den Stand der Verkehrsfragen.

Stadtv. Dr. Kuhlmann geht auf die Geschichte der einzelnen Projekte, auch des in der Denkschrift nicht erwähnten Ost- und Westbahns, des Durchbruchs der Lindenstraße usw. ein und muß mit Bedauern konstatieren, daß fast nichts davon, abgesehen von der eben beschlossenen Nord-Südbahn, bis jetzt zustande gekommen sei. Die sehr notwendige Verbindung Rixdorf-Rixdorf komme ebenso wenig vom Fleck, wie eine Reihe anderer Linien; überall „Schweben“ die Verhandlungen. Wie rasch habe man sich in anderen Großstädten, Paris, Budapest u. a., über die entgegenstehenden Schwierigkeiten hinwegzusetzen gewußt! Die Methode der Arbeit in den Dezernaten müsse geändert werden; wir seien eben eine Zweimillionenstadt geworden. Aber auch die Versammlung trage Schuld. Die Herren, die am Hauptamtstag oder an der städtischen Regie festhalten, hielten die Lösung der Verkehrsfragen nur auf. Eine Entlastung des Potsdamer Platzes und der Leipziger Straße werde schon durch die neuen Schnellbahnen erreicht werden. Mit der „Großen“ müsse eine Verständigung gesucht werden; die „Große“ werde ja auch ihrerseits jetzt, da das Damoclesschwert von 1910 über ihr schwebte, zu größerem Entgegenkommen geneigt sein.

Stadtv. Worgmann: So friedlich wie mein Vorredner bin ich allerdings nicht gesonnen. Außerordentlich erfreut bin ich, daß es gelungen ist, das große Werk der Nord-Süd-Bahn jetzt zum Beschlusse zu bringen, und ich will nur hoffen, daß die Widerstände, die noch auftreten könnten, schnell und gründlich beseitigt werden. Trotz dieses Erfolges glaube ich sagen zu dürfen, daß auf unserem Gemeindeleben wie ein Alp die Frage der Verkehrsverbesserungen liegt. Es ging ein lebhafter Unwille durch die Bürgerschaft, als bekannt wurde, daß die „Große“ es i. Z. verstanden hätte, auf hinterlistige Weise sich die Verlängerung der Konzession gegen den Willen der Stadtgemeinde Berlin bis 1940 zu erschleichen. Keine Zeit der Aufregung war der Ausgangspunkt aller späteren Kämpfe auf diesem Gebiete. Die zweite Maßnahme der „Großen“, sich eine Position in der Gemeinde zu verschaffen gegen den Willen der Stadt Berlin, waren die Projekte der Untertunnelung der Leipziger Straße und des Potsdamer Platzes. Diese Projekte gaben zu energischen Schritten der städtischen Verwaltung Anlaß, um sie möglichst zu paralysieren, da sie Berlin auf beinahe hundert Jahre von der Herrschaft über seine Straßen und Plätze ferngehalten hätte. Der wesentlichen Gegenzug sind die Projekte des Stadtbaurats Krause: Straßendurchbruch nach der Hofstraße, Frosenstrasse, Köthener Straßendurchbruch, Durchbruch der Lindenstraße usw. Am 13. Juni 1908, vor 2 1/2 Jahren, war der städtischen Verwaltung Gelegenheit gegeben, an allerhöchster Stelle Vortrag darüber zu halten, wobei der Oberbürgermeister besonders nachdrücklich darauf hinwies, daß die Stadtgemeinde eben selbst willens und in der Lage sei, diese Projekte zur Durchführung zu bringen. Es konnte eben nicht angedacht werden, daß ein so großes Gemeinwesen nicht Kraft genug haben sollte, seine Verkehrsbedürfnisse zu befriedigen. Innerhalb einer so großen Gemeinde müssen nun doch auch genügend Kräfte vorhanden sein, diese Projekte in 2 1/2 Jahren zu fördern. Schon Oktober 1908 wurden von der Verkehrsdeputation die Krause'schen Projekte dem Magistrat zur Annahme empfohlen; nach 14 Monaten lehnte der Magistrat die Hauptfrage, den Durchbruch nach der Hofstraße, ab. Diese Art der Behandlung der Angelegenheit muß doch ungemünzt wunder nehmen. Wie konnten die Dinge so verschleppt werden? Wenn schon die leitende Stelle der Stadtverwaltung dem Minister und dem König ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen hätte, wie konnten da 14 Monate der Verschleppung dieser so wichtigen Frage vergehen? (Widerspruch und Zustimmung.) Ueber allen Gipfeln war weißer Rauch, erst durch den Brief des Ministers vom 18. März 1910 erfuhr die Verkehrsdeputation wieder etwas. Dieser Brief hat in der Verkehrsdeputation dem Fuß den Boden ausgeschlagen. Wir brachten darauf im April den Antrag ein, der die heutige Denkschrift veranlaßt hat. Der Minister wurde vom Magistrat auch sehr lange warten gelassen, bis November, da hat er, erst auf seine Mahnung, vom Magistrat eine auch nur teilweise Antwort bekommen. Es hätte sich doch von selbst verstanden, daß alles darangesetzt wird, solche Dinge möglichst rasch zu erledigen, besonders wenn es sich um so vitale Interessen der Stadt handelt. (Sehr wahr!) Es muß doch einen eigentümlichen Eindruck machen, wenn man sieht, daß der Minister erst die Stadterverwaltung an ihre Pflicht und Aufgabe erinnern muß. (Zustimmung.) Wir haben unsererseits geglaubt, der Magistrat brauche eine längere Zeit zur Information; nachdem wir aber die Denkschrift erhalten haben, können wir über ihre teilweise Mangelhaftigkeit nur erstaunt sein. Zum Teil sind die Mitteilungen in einer Form gehalten, wie sie kürzer und bedeutungsloser auch aus dem städtischen Nachrichtenamt nicht herauskommen können. Die Frage des Zweckverbandes hat uns hier lange Zeit eingehend beschäftigt, die Denkschrift beschränkt sich auf ein paar Zahlen, die gar nicht erkennen lassen, wie groß die aufgetürmten Schwierigkeiten waren. Hätte man uns doch wenigstens die 22 Erschafften namhaft gemacht, die sich dagegen ausgesprochen haben sollen! Die betreffenden Interessenten haben eben nicht begriffen, welche große Bedeutung ein Verkehrsverband für Groß-Berlin haben muß. Ohne ihn wird ein Fortschritt in dem Verkehrswesen für Groß-Berlin überhaupt nicht zu erreichen sein. Die Art und Weise aber, wie der Magistrat auch hier verschleppend sich verhalten hat, stellt sich als ein schwerer Fehler dar. Die Schnellbahn Rixdorf-Rixdorf sollte die allergeringsten Schwierigkeiten bieten; nachher stellten solche sich doch ein, indem die Untertunnelung des Opernplatzes in Verbindung gebracht wurde mit dem Neubau des Opernhauses. Es wurde davon gesprochen, daß Berlin das Opernhaus laufen sollte. In dieser Beziehung erinnere ich an ein vor kurzem hier gefallenes Wort: „Mögen diejenigen das Opernhaus erwerben, welchen die Sonne des Glüdes lächelt, Tempelhof, oder die hinter ihnen stehen!“ Ich bedauere diese Erklärung; wir stellen uns auf solchen Boden nicht, wir treiben keine Verärgerungspolitik; wir werden uns auch gar nicht bedenken, das Opernhaus zu kaufen, wenn unsere Verkehrsbedingungen damit wirklich gefördert werden können.

Das Projekt der Schnellbahn Schöneberg-Berlin kann ebensowenig von Schöneberg ausgeführt werden, wie der Torso Rixdorf-Torshofplatz von Rixdorf, denn Berlin muß doch Herr auf seinem Grund und Boden bleiben. Wegen die projektierte Linienführung nach der Frankfurter Allee müssen wir durchaus Protest erheben; auch den Ausbau dieser Linie als Hochbahn können wir nicht billigen und müssen die Widerstände der dortigen Bevölkerung dagegen als berechtigt anerkennen. Das Projekt der Schwebbahn wird seitens der Gesellschaft mit der Gewährung des 10 Pf. Tarifes empfohlen. Hier kommt namentlich das arbeitende Berlin in Frage, für das solche Bahn große Bedeutung besitzen würde. Diese Frage muß also ernstlich erwogen werden, namentlich das wirtschaftliche Moment beachtet werden, nicht bloß das ästhetische. Ohne mich irgendwie festzulegen, wünsche ich daher eingehende Erwägung.

Der Ministerbrief weist mit Nachdruck darauf hin, daß wenn der

Durchbruch nach der Hofstraße

unterbleibt, der Minister die Projekte der „Großen“ wegen Untertunnelung des Platzes und der Leipzigerstraße weiter als zur Erledigung liegend ansieht. Ich bin nun aufs höchste erfreut über die Art, wie der Magistrat dem Minister geantwortet hat. Wenn Bedenken erhoben werden, daß durch die Führung zahlreicher Straßenbahnlinien durch die verlängerte Hofstraße eine neue Verkehrserschwerung geschaffen wird, so ist das falsch; der Zustand wird ein anderer, aber ein besserer werden. Die Herren, die das Untertunneln an den Minister verkehrt haben, kennen unsere Verkehrsverhältnisse nicht (lebhafter Widerspruch).

Auf dem Alexanderplatz haben Sie in verdreifachtem Maße, was an der Hofstraße geschehen wird. Der Wagenverkehr in der Hofstraße ist nicht entfernt mit dem Verkehr in der Potsdamer Straße oder in der Leipzigerstraße zu vergleichen. An einem Tage haben 17 450 Wirtschaftswagen den Weg durch die Potsdamer Straße, zur selben Zeit 16 000 Wirtschaftswagen den Weg bei Berthel durch die Leipziger Straße genommen; zur selben Zeit aber betrug die Zahl der durch die Hofstraße verkehrenden Wagen nur 1800 (hört, hört!). Diese Zahlen sind authentisch. Die Angst des Magistrats vor der Verweigerung der Automobile teile ich auch nicht; ich wünsche nur, der Magistrat verschaffe sich soviel Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit wie dieses neue Verkehrsmittel (Geisterkraft). Durch ihre Maßregeln am Potsdamer Platz hat die Polizei sich gewiß Anerkennung verdient, und ich muß sie hier trotz Rixdorf loben. Die Verkehrsminister besteht weiter und sie muß beseitigt werden. Wenn nach der Hofstraße nicht durchgedrungen werden soll, wie denkt sich denn der Magistrat die Abhilfe? Mit dem Hinweis auf die Ruhe des Wohnens dort, auf die schönen Bauten aus der Stibischen Zeit, ist doch die Sache nicht abzutun; den Verkehrsanforderungen, die sich ungestüm aufdrängen, muß entsprochen werden; der Verkehr sei jetzt ja geradezu sprunghaft. Die Hofstraße soll zu ihrem vollen Recht kommen, der Verkehr aufzunehmen, sie ist aber nur einen Meter schmaler als die Leipziger Straße. Dem Verkehrsminister muß man doch auch einige Kenntnis des Berliner Verkehrs vertrauen (Geisterkraft), und dieser Minister kommt trotz aller magistratischen Gründe dazu, die Durchführung von Straßenbahnlinien durch die Hofstraße zu empfehlen. Als Herr Budde die Durchlegung von solchen durch die Hofstraße verbot, entrüstete sich die Bürgerschaft darüber; jetzt, wo der Minister die Durchlegung will, ist es der Magistrat, der sich dagegen sträubt. (Sehr gut!)

Dreimal hat die Verkehrsdeputation unter Führung von Rischner und Krause sich dafür, dreimal der Magistrat sich dagegen erklärt! Das geht doch nicht an, einfach das Votum aller technischen Kreise zu ignorieren. Wenn der Magistrat zu seiner Antwort an den Minister soviel Zeit braucht, hat er gar nicht daran gedacht, daß noch eine Schwesterbehörde neben ihm steht, die auch ein Wort mitzureden hat. Der Magistrat schreibt an den Minister: „Wir haben abgelehnt“; der Minister antwortet in demselben Stile; wir, die Versammlung, sind einfach null! Schon zu Anfang der vier Jahre sind wir mit aller Energie für die Eingemeindung der Vororte eingetreten; wir sind dafür verhöhnt worden; die engstirnige und kurzfristige Anschauung der damals maßgebenden Herren, wie Oberbürgermeister Jelle, ist schuld, daß wir jetzt unter dieser Misere leiden. Trotz des Bezuges wohlhabender Steuerzahler in die Vororte ist der Ertrag unserer eigenen Steuern dauernd gestiegen. Je mehr Wege wir schaffen, den Bewohnern der Vororte den Zugang zur inneren Stadt zu erleichtern, desto besser für Berlin! Wir beantragen daher: „den Magistrat zu ersuchen, der Versammlung eine Vorlage zu machen, wonach neue Verkehrswege durch den Durchbruch nach der Hofstraße geschaffen werden. (Zustimmung, Lachen und Widerspruch.) Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß Sie im wohlverstandenen Interesse unserer Gemeindefreunde diesen Antrag annehmen werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Oberbürgermeister Rischner: Ich habe nicht angenommen, daß der Beschluß der Versammlung auch die Hausverhältnisse umfassen sollte; auch ist der Sachverhalt wohl ausreichend bekannt. Wer sich der Aufgabe der Ausführung von Projekten gegenüber meckert sehr bald, daß Widerstände vorhanden sind, die sich nicht kurzerhand beseitigen lassen. Bei schwebenden Projekten müssen wir in unsekündlichen Darlegungen Zurückhaltung üben. Die Darstellung des Verhältnisses zur „Großen“ ist erschöpfend. Leider geht daraus hervor, daß hier alle die schwierigen Fragen noch keine Lösung gefunden haben. Die „Große“ steht noch heute auf dem Standpunkt, daß sie die Verlängerung der hinter unserer Rücken erschienenen Konzession gegen uns ausnützen kann; sie verfolgt die Tunnelprojekte im Ergänzungsverfahren weiter und will eine Konzessionsverlängerung auf 90 Jahre und eine Tarifierhöhung erlangen. Sie meint auch weiter Entschädigungsansprüche gegen uns auf Grund von Schiedsgerichtsentscheidungen geltend machen zu können. Ob eine Verständigung zustande kommen oder eine Entschädigung im Ergänzungsverfahren gefallt wird, wissen wir nicht. Es wird gesagt: es muß eine Verständigung mit der Straßenbahn herbeigeführt werden! Mir soll es durchaus erwünscht sein, wenn auf einer für Berlin annehmbaren Basis solche Verständigung erfolgt. Die Verhältnisse bezüglich des Baues von Schnellbahnen sind günstiger. Die heutige herbe Kritik an dem langsame Vorgehen des Magistrats muß ich aus vollster Überzeugung als unbillig und nicht bezeichnen. Die Frage der Frankfurter Allee kann erst gelöst werden nach Lösung der Hofstraße, ob die Strecke durch die Stadt oder die Hochbahngesellschaft ausgeführt werden soll. Bei der Linie Schöneberg-Berlin sind wir von Schöneberg abhängig und dieses ärgert sehr mit den Plänen der Weiterführung. Neben dem Projekt der A. E. G. für Gesundbrunnen-Rixdorf, über das ein Vertragsgewinn jetzt der A. E. G. vorliegt, schwebt auf derselben Strecke das Projekt der Schwebbahn. Solange diese im Ergänzungsverfahren uns zwingen will, auch gegen unseren Willen dieses Unternehmen zur Ausführung zu bringen, solange werden wir genötigt sein, uns dagegen zu wehren (Zustimmung), daß und ein solches durch die Aufsichtsbehörde aufzuerzwingen wird. Wir sind also nicht in der Lage, dieses Unternehmen zu fördern.

Die Frage des Verkehrsverbandes könnte man ja wieder in Fluß bringen, aber der Statutenentwurfbestimmung, die Berlin eventuell zwingt, etwa die „Große“ gegen den Willen der Stadt mitzuerwerben und den Löwenanteil der Kosten zu tragen, können wir doch nicht zustimmen. — Das Ihnen entworfen Bild ist ja sehr wenig erfreulich. Sehr erklärlich ist, daß sich Unwille in der Bürgerschaft zeigt. Die Schuld liegt in erster Reihe an der Nachlässigkeit, die durch das Kleinbahngesetz geschaffen ist. (Sehr richtig!) Hierdurch ist die Selbstverwaltung in hohem Maße beeinträchtigt worden und jetzt ist die Möglichkeit vorhanden, daß die städtischen Straßen auch in ihrem Ausbau ohne Zustimmung gegen den Willen der Gemeinden von Erwerbsgesellschaften benutzt werden, die ihre Verkehrspolitik nur vom Standpunkt des Erwerbs einrichten können. Auch ist damit die Möglichkeit gegeben, sich über noch bestehende Verträge einfach hinwegzusetzen. Das zweite Schuldmoment ist die Misere von Groß-Berlin. Wir sind in Verhältnissen geraten, denen gegenüber die Verhältnisse des seligen Deutschen Reiches als geordnete und einfache bezeichnet werden müssen. (Geisterkraft und Zustimmung.)

Ich verkenne nicht, daß die Alliengeellschaften in vieler Beziehung vor uns einen Vorsprung voraus haben, der aber durch unseren Fortschritt ausgeglichen wird, daß wir mehr die Interessen des Gemeinwesens als die des Erwerbes im Auge haben. Aber die Verwaltung einer solchen Gesellschaft ist viel leichter, und das liegt an der Organisation. Wir sind genötigt, und zwar durch unsere Verfassung, bei jeder Sache, auch bei der geringsten, Vorberatungen an einer langen Reihe von Stationen stattfinden zu lassen. Zwar werden hier Millionen-Projekte, je nach Umständen auch ohne Ausnahmeverhandlung, erledigt, aber oft rufen ganz geringfügige Sachen Erörterungen in Ausschüssen und im Plenum hervor, wie sie ein Aufsichtsrat sich nicht zumuten ließe.

(Schluß im Hauptblatt.)

Eingegangene Druckschriften.

Rot und Ueberflut von M. Hirschfeld. 450 M. Uebersicht-Verlag Leipzig. Schönheit. Roman von A. Boh. 5 M., geb. 6 M. — Tu und Ich. Roman von O. Doerfl. Berlin, Otto Jante. 3 M., geb. 4 M.

Theater und Vergnügungen

Freitag, 2. Dezember.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Fidele.
Königl. Schauspielhaus. Die Journalisten.
Neues Königl. Opern-Theater. Gelächter.
Deutsches. Herr und Diener.
Kammerspiele. Komödie der Freuden. Heirat wider Willen.
Anfang 8 Uhr.
Neues Schauspielhaus. Genoveva.
Königl. Oper. Adèle Roulet.
Westen. Das Puppenmädchen.
Leipzig. Wenn der junge Wein blüht.
Kleines. Barold. Komödie Clo.
1. Klasse.
Berliner. Der scharfe Junker.
Neues. Der G. m. h. Tenor.
Trionan. Der heilige Gai.
Reichenz. Der Unterpräfekt.
Thalia. Schöne Wirtin.
Schiller. Die Fee Caprice.
Schiller. Charlottenburg.
Der Bund der Jugend.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die versegelte Venus.
Neues Operntheater. Der Graf von Lagenburg.
Schauspielhaus. Der Feldherrnhügel.
Kulien. Registrator auf Reisen.
Widernes. Der Doppelgänger.
Gerrafeld. Eine verlorene Nacht.
Der Derby-Sieger.
Vollsooper. Martha. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Köte. Die Millionenerbin.
Golies Caprice. Der Feldweibelhügel. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Metropol. Surra — Wir leben noch!
Kofius. Julie Wippchen.
Apollon. Spezialitäten.
Vafage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sönger.
Wintergarten. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Der Vierwaldstätter See und der Gotthard.
Vortrag vom Stiftungsfonds der Berliner Gewerbeausstellung 1879.
Kaiser-Panorama
3. 2. Rolle: Tirol. Karwendel und Wetterstein-Gebirge. Land und Leute von Japan. Eine Reise 20 Pl., Kind nur 10 Pl. 3. Abende. 8 Reisen 1 Pl.
Metropol-Theater.
Surra!
Wir leben noch!
Große Ausstattungsrevue in 7 Bildern v. A. Freund. Musik v. A. Holländer. In Szene geleitet von Dir. R. Schult.
Anfang 8 Uhr — Rauchen gestattet.
Apollon-Theater.
8 Uhr: Vollständig neues Programm.
u. a. **Elise Terry,** amerikan. Operetten-Diva zu Pferde.
Bellini, telepathisches Phänomen, sowie weitere 10 große Attraktionen 10.
Ausstellungs-Theater am Zoo
abends 8 Uhr:
Oedipus auf Kolonos.
Herrnfeld-Theater
Der größte Schlager der Theater-Saison 1910.
Eine verlorene Nacht
Ein lustiger Traverserfall in zwei Akten von Union und Donat Gerstfeld.
Vorher: Der Derby-Sieger.
Vorverkauf 11—2 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Passage-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Hedi Herdina.
Norman French.
Und das große Dezember-Programm!!
Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Sonabend, den 3. Dezember, nachmittags 4 Uhr:
Große Kinder-Vorstellung!
Sneewittchen und die sieben Zwerge.
Kasseneröffnung 8 Uhr.
Spezial 40. 1. Park 25. Entree 15 Pl.
Nach der Vorstellung:
Große Gratis-Verlosung.
Theater Sanssouci
Gochsahnstation Kottbuser Tor.
8 1/2 Uhr:
Im blauen Licht.
9 1/2 Uhr:
Ach die Kerls!!
Theater „Groß-Berlin“.
Freitag Artushof, Moabit.
1/2 Das Recht der Mutter oder: Dem gehört das Kind.
30—100 Pl., an Vorzug 20—60 Pl.
Sonntag: Gubinsmanns Theater; Dieselbe Vorstellung.**ROSE-THEATER**
Große Frankfurter Str. 132.
Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Die Millionenerbin.
Lebens 1. 3. Akt v. Schiller-Vorstellung.
Sonabend 4 Uhr: Dornröschen.
Abends 8 Uhr u. Sonntagnachmittag 8 Uhr: Die Millionenerbin.
Sonabend u. 1. Rolle: Der Kaffeehändler.
Trionan-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Der heilige Gai.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Der Vierwaldstätter See und der Gotthard.
Horsaal 8 Uhr:
Vortrag vom Stiftungsfonds der Berliner Gewerbeausstellung 1879.
Kaiser-Panorama
3. 2. Rolle: Tirol. Karwendel und Wetterstein-Gebirge. Land und Leute von Japan. Eine Reise 20 Pl., Kind nur 10 Pl. 3. Abende. 8 Reisen 1 Pl.
Metropol-Theater.
Surra!
Wir leben noch!
Große Ausstattungsrevue in 7 Bildern v. A. Freund. Musik v. A. Holländer. In Szene geleitet von Dir. R. Schult.
Anfang 8 Uhr — Rauchen gestattet.
Apollon-Theater.
8 Uhr: Vollständig neues Programm.
u. a. **Elise Terry,** amerikan. Operetten-Diva zu Pferde.
Bellini, telepathisches Phänomen, sowie weitere 10 große Attraktionen 10.
Ausstellungs-Theater am Zoo
abends 8 Uhr:
Oedipus auf Kolonos.
Herrnfeld-Theater
Der größte Schlager der Theater-Saison 1910.
Eine verlorene Nacht
Ein lustiger Traverserfall in zwei Akten von Union und Donat Gerstfeld.
Vorher: Der Derby-Sieger.
Vorverkauf 11—2 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Passage-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Hedi Herdina.
Norman French.
Und das große Dezember-Programm!!
Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Sonabend, den 3. Dezember, nachmittags 4 Uhr:
Große Kinder-Vorstellung!
Sneewittchen und die sieben Zwerge.
Kasseneröffnung 8 Uhr.
Spezial 40. 1. Park 25. Entree 15 Pl.
Nach der Vorstellung:
Große Gratis-Verlosung.
Theater Sanssouci
Gochsahnstation Kottbuser Tor.
8 1/2 Uhr:
Im blauen Licht.
9 1/2 Uhr:
Ach die Kerls!!
Theater „Groß-Berlin“.
Freitag Artushof, Moabit.
1/2 Das Recht der Mutter oder: Dem gehört das Kind.
30—100 Pl., an Vorzug 20—60 Pl.
Sonntag: Gubinsmanns Theater; Dieselbe Vorstellung.**ROSE-THEATER**
Große Frankfurter Str. 132.
Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Die Millionenerbin.
Lebens 1. 3. Akt v. Schiller-Vorstellung.
Sonabend 4 Uhr: Dornröschen.
Abends 8 Uhr u. Sonntagnachmittag 8 Uhr: Die Millionenerbin.
Sonabend u. 1. Rolle: Der Kaffeehändler.
Trionan-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Der heilige Gai.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Fee Caprice.
Zuspiel in 4 Akten v. D. Blumenthal.
Ende 10 1/2 Uhr.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Sodoms Ende.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die Ehre.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Prinz Friedrich von Homburg.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Bund der Jugend.
Zuspiel in 5 Akten v. Henrich Müden.
Deutsch v. H. Lange. Ende 10 1/2 Uhr.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Das Urbild des Tartuff.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Egmont.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Nacht der Finsternis.

LICHT-SPIELE
Mozart-Saal.
Die Einweihung der Technischen Hochschule in Breslau.
Nobelhof in Flammen
Die festliche Einweihung d. Schöneberger Untergrundbahn.
„CLOU“
BERLINER KONZERTHAUS
Mauerstr. 82 — Zimmerstr. 90/91
Eintritt 50 Pf.
!!! Heute !!!
Internationaler Abend.
Dirigenten: Jolly. Kueffel.

Excelsior Lichtspielhaus
Rixdorf Bergstraße 151—152 Passage
Richardstraße 12—13 Passage
Anfang 6 Uhr. Heute letzter Tag: Anfang 6 Uhr.
Tolstoi & Zeppelin-Expedition nach Spitzbergen und das Sensations-Programm u. a.
Der Brand der Benzintanks in Rummelsburg.

Theater des Weddings
Lichtspielpalast
Müllerstr. 182/183
Sellerstrasse 35
direkt am Weddingplatz.
Das Tagesgespräch Berlins bildet die am
Sonabend, den 3. Dezember
stattfindende
Eröffnungs-
Festvorstellung.

Rollschuhbahn
Kurfürstendamm 151
Heute Freitag, nachmittags 4 Uhr:
Kinderfest und Jugendwettspiele
Vorletzter Tag der
Großen Sport-Woche
Sonabend, 3. Dezember: **Großer Sportball.**

WINTERGARTEN
Neues Programm!
Liane d'Ève
Excentric französische
Winstons dressierte Seelöwen an Pferde.
Gebrüder Wille, Equilibre acrobata.
Cornalia & Eddie, amer. Excentrics.
Kaufmanns lady cycle troupe.
Marimba Band, musik. Quartett.
Floretta Grigolatis Luftballon.
Schang-High Truppe, chin. Gaukler.
G. Richards, Excentric-Tänzer.
Olympia Desvall, Sportakt.
The Galagris, engl. Tanzensemble.
Biograph.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sönger.
Zum Schluss:
„Im Hause“
Witt. Humor v. Wepfel.
Anfang
wochentags
8 Uhr
Sonntag
7 Uhr.

Freie Jugendorganisation Schöneberg
Sonabend, den 3. Dezember, abends 8 1/2 Uhr,
im großen Saale der Neuen Rathaus-Säle,
Meininger Str. 8, Ecke Martin-Luther-Straße:
Stiftungsfest.
Künstlerisches Programm.
Herr Paul Schiller, Festrede.
Mitwirkende: Frä. Marianne Geyer, Lieder zur Laute,
Herr Eugen Burmann, Rezitation.
Nach dem Programm: Tanz. Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Eintritt frei.
Erwachsene 30 Pf., für Jugendliche 15 Pf.

Sport-Palast
Potsdamer Straße 70-72a
Größter Eispalast der Welt
Beleuchtet durch 500 000 Normalkerzen
Feerie „Am Nordpol“ □ 200 Eislauf-Künstler
Zwei Militär- und Zivil-Kapellen
Restaurant für 6000 Personen
Entree 1 Mark
Sonntag 4 Uhr: Nachmittags-Vorstellung
Ab Freitag, den 2. Dezember,
im blauen Saale:
Die polizeilich freigegebenen
Sibiriens Gesänge
Gesammelt durch Wilhelm Hartevold.
Beginn 8 Uhr
Preise der Plätze: Erste 10 Reihen 5 M. Zweite 10 Reihen 4 M.
Dritte 10 Reihen 3 M. Weitere Plätze 2 M. Plätze von 2 M. aufwärts berecht. a. Besuch d. Sport-Palastes am selben Abend.

Zirkus A. Schumann.
Freitag, den 2. Dezember 1910,
prekös abends 8 Uhr
keine Zirkus-Vorstellung,
sondern
Aufführung des Deutschen Theaters
König Oedipus
von Sophokles.
Sonabend, den 3. Dezember,
abends 7 1/2 Uhr:
Grand Soirée high life.
Auftreten sämtl. neuen
Attraktionen.
9 1/2 Uhr:
Der große Coup
der
Schmuggler.
Romant. Pantomime in 4 Akten.

Zirkus Busch.
Freitag, 2. Dez., ab. 7 1/2 Uhr:
Humor. Gala-Abend!
The 14 Fezzan
Hr. Abbas Ben Abdullahs Araber-
Truppe, Komische Radfahrkünstler.
Gebr. Namsel, Gastspiel des
Herrn Direktor Pierre Althoff u.
Frau Direktor Adele Althoff mit
ihren berühmten, abwechselungs-
vollen, Freiheitsdress.
Fredians Reitkunst. Hr. A. Ott,
Schulr. Frä. Elisabeth v. Dynar,
Schulreiterin. 3 Gebr. Fratellinis
urkomische Clowns. — 9 1/2 Uhr:
„VENEZIA“.
Vorher das gr. Gala-Programm.

Union-U.T. Theater
Alexanderplatz
Unter den Linden 21
Wedding, Reinickendorferstr. 14
Hasenheide (Unions-Brauerei)
Moritzplatz.
Jedes
aktuelle Ereignis
wird mit telegraphischer
Schnelligkeit in kinemato-
graphischem Bilde gezeigt.
Der gewaltige Riesenbrand
des
Benzinlagers bei Köpenick.
Begräbnis Leo Tolstois.
Das Feuerwunder bei Hamburg.

Karl Haverland-
Theater. Kommandanten-
platz, 7 1/2, U. (Str. 77/79).
Heute
Neues Programm.
Casino-Theater
Lothringers Straße 87. Täglich 8 Uhr.
Das Original Berliner Volksstück
Julie Wippchen.
Unberliner Humor! Unberliner Typen!
Im Stille der ebem. Wallner-Bühne.
Vorher erklaffiger bunter Teil.
Sonntag 8 1/2 Uhr: Weihnacht.

B. A. M.
Bosporus
am Moritzplatz.
Täglich: Varieté. Konzert.
Passage-Panoptikum.
Lebend! Lebend!
Prinz Atom
der kleinste Mensch aller Zeiten.
Nilzeito
der Mensch ohne Skelett.
Buddhas dunkles Geheimnis.
Der Mann mit dem
eisernen Schlund!
Alles ohne Extra-Entree!
Eintr. 50 Pf., Kind. u. Soldaten 15 Pf.

Neues Theater.
Täglich:
Der G. m. h. Tenor.
Anfang 8 Uhr.
Theater des Westens.
8 Uhr: Das Puppenmädchen.
Mitt. u. Sonab. 4 Uhr: Rotkäppchen.
Sonnt. 3/4, U.: Die geschiedene Frau.
Modernes Theater
(früher Hobbeltheater).
Abends 8 Uhr:
Doppelmensch.
Berliner Volksoper
Belle-Alliancestraße 7/8. — 1/2, 9 Uhr:
Martha.
Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Der Feldherrnhügel.
Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Der Unterpräfekt.
Schwan in 3 Akten v. Leon Gaudillot.
Deutsch von Max Schman.
Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Freitag, 2. Dezember, abends 8 Uhr:
Die versegelte Venus.
Sonabend 8 1/2, Uhr: Die Hermann-
schlacht. 8 Uhr: Die Kinder.
Sonntag 3 Uhr: Die Hermann-
schlacht. 8 Uhr: Die versegelte Venus.
Luisen-Theater.
Anfang 8 Uhr. Reizstudierung:
Der Registrator auf Reisen.
Waise mit Gelang und Lang in drei
Akten von Adolf Pirronge.
Sonabend 4 Uhr: Große Kinder-
vorstellung: Hansel und Gretel. —
8 Uhr: Freigela.
Sonntag 8 Uhr zum letzten Male:
Reiz. 8 Uhr: Registrator auf Reisen.
Montag: Deborah.
ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Die Millionenerbin.
Lebens 1. 3. Akt v. Schiller-Vorstellung.
Sonabend 4 Uhr: Dornröschen.
Abends 8 Uhr u. Sonntagnachmittag
8 Uhr: Die Millionenerbin.
Sonabend u. 1. Rolle: Der Kaffeehändler.
Trionan-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Der heilige Gai.

Passage-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Hedi Herdina.
Norman French.
Und das große Dezember-Programm!!
Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Sonabend, den 3. Dezember, nachmittags 4 Uhr:
Große Kinder-Vorstellung!
Sneewittchen und die sieben Zwerge.
Kasseneröffnung 8 Uhr.
Spezial 40. 1. Park 25. Entree 15 Pl.
Nach der Vorstellung:
Große Gratis-Verlosung.
Theater Sanssouci
Gochsahnstation Kottbuser Tor.
8 1/2 Uhr:
Im blauen Licht.
9 1/2 Uhr:
Ach die Kerls!!
Theater „Groß-Berlin“.
Freitag Artushof, Moabit.
1/2 Das Recht der Mutter oder: Dem gehört das Kind.
30—100 Pl., an Vorzug 20—60 Pl.
Sonntag: Gubinsmanns Theater; Dieselbe Vorstellung.
ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Die Millionenerbin.
Lebens 1. 3. Akt v. Schiller-Vorstellung.
Sonabend 4 Uhr: Dornröschen.
Abends 8 Uhr u. Sonntagnachmittag
8 Uhr: Die Millionenerbin.
Sonabend u. 1. Rolle: Der Kaffeehändler.
Trionan-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Der heilige Gai.

Walthalla-Theater.
Rosent. Tor. Weinbergstr. 20
Anfang 8 1/2, Uhr.
Dezember-Altersonntes!
Bravo! — Dacapo!
Eine allerselts Revue in 3 Akten
In Szene geleitet v. Dir. J. Klein
Sonntag nachm. 3/4, Uhr:
Preziosa.
— Kleine Preise. —

Jugendausschuß für Groß-Berlin.

Sonntag, den 4. Dezember, abends 6 Uhr, in Kellers Festsälen, Köpenstraße 29 (großer Saal):

Jugend-Versammlung.

Vortrag des Herrn Holzmeier (früher Lehrer in Bremen) über: **Fritz Reuter, sein Leben und Wirken.**

Nach dem Vortrag: **Gesellige Unterhaltung.**

Alle Lehrlinge, jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen sind freundlichst eingeladen.
Der Eintritt ist frei.

Garderobe 10 Pf.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsbüro Berlin. Hauptbüro: Hof I. Amt 3, 1289. Charitéstraße 2. Hof III. Amt 3, 1987.

Sonntag, den 4. Dezember, vormittags 10 Uhr:

Branchen-Versammlung aller Wickel- und Isolationsarbeiter und Arbeiterinnen Berlins u. Umgeg. im Voigttheater, Badstr. 58.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Beschlüssen.

Pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

Montag, den 5. Dezember 1910:

Bezirks-Versammlungen für die gesamte Verwaltungstelle Berlin

in folgenden Lokalen:

Norden und Tegel: **Pharus-Säle, Müllerstraße 142,** abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Norden: **Obiges Festsaal, Schwedter Straße 23,** abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Norden: **Frankes Festsaal, Badstr. 19,** abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Moabit: **Prachtsäle Nord-West, Diefenbachstraße 21,** abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Westen und Schöneberg: **Oeffs Festsaal, Schöneberg,** Hauptstr. 5, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Osten und Lichtenberg: **Littus Festsaal, Memeler** Straße 67, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Stralau u. Rummelsburg: **Markgrafensäle, Markt-** grasendamm 34, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Südenbezirke: **Reichenberger Hof, Reichenberger** Str. 117, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Berichterstatter vom Internationalen Metallarbeiter-Kongress. Ref. Kollege H. Cohen.

Graumanns Festsaal, Rannistr. 27, abds. 8 $\frac{1}{2}$ Uhr. Vortrag.

Weißensee: **Peukerts Restaurant, Königshaussee 38,** abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Rixdorf: **Vereinsbrauerei, Hermannstr. 214/219,** abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Charlottenburg: **Volkshaus, Rosinenstr. 3,** abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Steglitz: **Restaurant Schellhase, Thorenstraße 15a,** abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Köpenick u. Friedrichshagen: **Friedrichshagen, Friedrich-**straße 74, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr. — Auswahl der Bezirksleitung.

Spandau: **Restaurant Vorwärts, Schönwalder Str. 80,** abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Ober-Schöneweide: **Restaurant Wernicke, Wilhelmshofstr. 18,** abds. 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Tagesordnung:

Bericht von der letzten Generalversammlung.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreichen Besuch erwartet.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Heute, Freitag, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-

ufer 14/15, Saal 4 (Arbeitsloftsaal):

Sitzung der Ortsverwaltung.

Montag, den 5. Dezember:

Mitglieder-Versammlungen

für Tischler, Bez. Osten III, in den Prachtsälen des Ostend, Frankfurter Allee 153.

Modelltischler im Rosenthaler Hof, Rosenthalerstr. 11/12.

Achtung! Lehrlinge u. jugendliche Arbeiter der Holzindustrie!

Sonntagnachmittag von 3-8 Uhr abends in der Arbeitsloftsaal im Gewerkschaftshause, Engelufer 14/15, als Lesesaal für die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter geöffnet. Edmüthige Bücher und Zeitschriften der Jugendbibliothek liegen zur freien Benutzung aus.

Die Werkstattvertrauensleute werden gebeten, die Lehrlinge zum Besuch des Lesesaales aufmerksam zu machen.

Klavierarbeiter.

Sonntag, den 4. Dezember:

Besichtigung der Arbeiterwohlfahrtsausstellung

in Charlottenburg, Französischer Allee. Treffpunkt mittags 1 Uhr, am Untergundbahnhof Amie (Charlottenburg).

Nachher: **Gemütliches Beisammensein im Charlottenburger** Waldhaus, Rosinenstr. 3.

Humoristische Unterhaltung und Tanz.

Eintritt wird nicht erhoben. Um rege Beteiligung ersucht.

Die Branchenleitung.

Sechster Wahlkreis!

Sonntag, den 4. Dezember 1910, abends 6 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Zwinemünder Gesellschaftshaus, Zwinemünder Straße 42:

Oeffentliche politische Versammlung für Männer und Frauen.

Vortrag des Stadtverordneten **Karl Leid** über: **Fürsorge-Erziehung.**

Nach der Versammlung: **Gemütliches Beisammensein. Tanz 30 Pf.**
Der Einberufer: Julius Marschner, Zwinemünder Str. 70.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Todes-Anzeige.
Unseren Mitgliedern und Genossen die Trauerkunde, daß der Sekretär unserer Hamburger Filiale
Heinrich Bürger
am 29. November d. J. im Alter von 43 Jahren gestorben ist.
Bürger war vor zehn Jahren Mitbegründer der Hamburger Filiale und mehrere Jahre Redakteur unseres Verbandsorgans. Er hat uns stets mit Rat und Tat unterstützt. Seine Mitarbeit war von unschätzbarem Wert. Wir verlieren in ihm einen tüchtigen Kollegen und lieben, guten Freund!
Ehre seinem Andenken!
Beerdigung: Sonntag, den 4. Dezember, mittags 1 Uhr, vom Krankenhaus in der Lohmühlenstraße aus.
294/5 Der Verbandsvorstand.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann und treuer Vater, der Tischlermeister
Adam Nützel
nach langem, schwerem Leiden sanft entschlafen ist.
Um rege Teilnahme bitten Die trauernden Hinterbliebenen.
Witwe Anna Nützel nebst Tochter Eva.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 4. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Rummelsburger Gemeinde-Friedhofes, Mühlstraße, aus statt.
Danksagung.
Für die vielen Beweise inniger Teilnahme und die reichen Krankspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes
Wilhelm Schütz
sage ich hiermit allen Beteiligten meinen herzlichsten Dank.
19732 Anna Schütz.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis. (Bezirk 133.)
Am 29. v. M. verstarb unser Mitglied, der Bäcker
Gustav Dressler.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 3. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Friedhofes der Heilig-Kreuz-Gemeinde in Mariendorf aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Görlitzer Viertel. (Bezirk 229, Teil II.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Arbeiter
Emil Rößger
Hochstr. 31 gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 3. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten unterbreite ich die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der Maschinenmeister
Rudolf Sanders
am Mittwoch, den 30. November, sanft verschieden ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 4. Dezember, nachmittags 2 Uhr, vom Neuen Jakobskirchhof in Rixdorf aus statt.
Die betriebl. Witwe
Hedwig Sanders.

Todes-Anzeige.
Am 29. November verschied sanft mein lieber Vater, der Schiffsever
Otto Rothardt
im 65. Lebensjahre.
Dies zeigen betrübt an
Otto Rothardt
nebst Kindern und Verwandten.
Die Beerdigung findet morgen Sonnabend, den 3. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Paulskirchhofes bei Wilmersdorf aus statt.
19733
Albert Krining und Tochter.

Danksgiving.
Für die vielen Beweise inniger Teilnahme und die reichen Krankspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Verwandten, Kollegen und Bekannten, insbesondere dem Gesangsverein der Kollegen der Englischen Gesangsverein meinen aufrichtigsten Dank.
19734
Lina Heinicke, Köpenickerstr. 104.

Danksgiving.
Für die herzliche Teilnahme und zahlreiche Krankspenden bei der Beerdigung unserer Tochter
Gertrud Danerow
sage ich allen Freunden und Bekannten sowie den Kollegen und Kollegen der Allgemeinen Arbeiter-Gesellschaft meinen besten Dank.
Für die Hinterbliebenen:
Eugen Danerow nebst Familie. Fritz Dräger als Beerdiger.
Tischler-Verein (E. H. 89.)
Sonnabend, 3. Dezbr., abds. 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Reichstr. 15:
Versammlung.
Vortrag, Ausgabe der Briefe zum Weihnachtswort in allen Teilen. Vereinsangelegenheiten.
299/12 Der Vorstand.

Kassenärztliche Sprechstunde • Lichteilanstalt
Röntgenlaborat. **Dr. Davidsohn, jetzt Oranienstr. 51.**

Achtung! Zigarrenhändler!!
Einfache, elegante, sowie originelle 1316L*
Zigarren-Weihnachtspackungen
ferner: 1/20 u. 1/40 in allen Sorten u. Preislagen.
Max Ziegenhals, BERLIN NO. 48, 70 Neue Königstraße 70
Telephon: Amt VII, 3047.
Tabak - Zigarren - Zigaretten - en gros.

Aufsehen erregend durch Eleganz, Form, Haltbarkeit
Jedes Paar - Damen- oder Herren-Schuh - ohne Ausnahme - ohne Ausnahmepreis.
Schuh-Sport Marke **"Propago"** Gesetzl. Geschützt.
Alleinverkauf für ganz Deutschland.
Versand nach auswärts unter Nachnahme!
6 $\frac{75}{100}$ Mk.
Berlin O. 27. Nur Andreasstr. 48.

Dandy La Fleur
Deutschlands führende Marken
überall erhältlich
MANOLI-Cigaretten-Fabrik
Gibson Girl Abbas

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste!

T.-B. Steglitz. Trotz vieler Bemühungen ist es nicht möglich, die Lokale „Salzpark“ und „Albrechtshof“ zu Versammlungen der Arbeiterpartei zu erhalten...

Kreis Prenzlau-Angermünde. In Chorinchen steht und das Lokal von Robert Krüger zu allen Veranstaltungen zur Verfügung.

Rixdorf. Heute, Freitag, den 2. Dezember, von abends 7 Uhr ab, Flugblattverteilung zur Gewinnung neuer Mitglieder.

Bezirk Waidmannslust. Sonntag, den 4. Dezember, nachmittags 4 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung im „Feldschloßchen“ zu Hoheneck...

Berliner Nachrichten.

Verkehrsdebatten im Stadtparlament.

Die Stadtverordneten äußerten sich in ihrer gestrigen Sitzung zu der ihnen vom Magistrat vorgelegten Denkschrift über den Stand der Verkehrsprojekte.

Den heftigen Zusammenstößen, die diese Debatte brachte, ging ein friedliches und erhellendes Vorspiel voraus. Das abgeänderte Projekt der Nord-Süd-Untergrundbahn...

Dann schritt die Versammlung zur Erörterung der eingangs erwähnten Vorlage, in der der Magistrat ein Bild des Standes aller Verkehrsprojekte und ein Bild zugleich der Berliner Verkehrsmissere gegeben hat.

Feuer, die sich nicht löschen lassen.

Weit draußen im Osten, wohin weder Elektrizität noch andere Bahnen führen, dicht an der Spree, liegen die großen eisernen Bassins...

ein Gummiball in die Luft springen müßte. Aber nichts von alledem geschieht! So stehen sie denn da, ganz still, wie festgebaut.

Richtig, da sind auch die Feuerwehrleute. Drei, vier, fünf Strahlen lenken sie gegen das Feuer, baumstarke Wasserstrahlen.

Hier hat sich eine Kraft, die lange durch Menschenlist und Menschenlist gefesselt war, freigemacht und die Menschen können nur stehen und staunen.

Und mit einem Mal wird einem klar, daß das ganze großartige Schauspiel nichts Geringeres ist als ein Symbol, ein Gleichnis.

War es denn mit einer anderen Kraft nicht ebenso? Langsam hatte sie sich gebildet, langsam stieg sie an und wurde sich ihrer Macht bewußt.

Aber siehe, eines Tages, da erglomm ein Lichtschein; wer weiß woher er kam? Es glomm und zündete, Flammen züngelten auf und loderten hoch empor.

Wißt nicht ein jeder von uns diese Kraft im Innern brennen? Und lachen wir nicht über den dummen, fälschlichen Versuch, diese ewigen Glut zu dämpfen und erlöchen zu wollen?

Die Schaffung eines Wald- und Wiesengürtels, den die Gemeinden Groß-Berlins für notwendig halten, hat dazu geführt, mit dem Forstfiskus in Verbindung zu treten.

Die Schaffung eines Wald- und Wiesengürtels, den die Gemeinden Groß-Berlins für notwendig halten, hat dazu geführt, mit dem Forstfiskus in Verbindung zu treten.

Dieser Satz ist niedriger als bei allen früheren Verträgen von Waldbeständen, die gemeinnützigen Zwecken dienen sollen.

Es werden demnächst Karten angefertigt und den Gemeinden Groß-Berlins ausgestellt werden, woraus dann die weiteren Verhandlungen erfolgen sollen.

Bei dem Fiskalismus des preussischen Landwirtschaftsministeriums wundert man sich nicht mehr über das eingeschlagene Verfahren.

Die Schöneberger Untergrundbahn wurde gestern vormittag von Vertretern der städtischen und staatlichen Behörden besichtigt und noch einer Probefahrt dem öffentlichen Verkehr übergeben.

von der Hauptstraße bis Kaiserhof oder Anie oder Halleisches Tor, vom Stadtpark bis Friedrichstraße oder Bismarckstraße oder Prinzenstraße...

Der erste Frühzug fährt ab Hauptstraße 5.42 Uhr, dann 5.52 Uhr und weiter in Abständen von 10 Minuten bis 7.22 Uhr und 7.27 Uhr...

Wegen des Mordmordes im Humboldthafen nahmen gestern der Untersuchungsrichter, Landrichter Wegel, Staatsanwalt Carl und die Kriminalkommissare Walter und Peters eine Ortsbesichtigung vor.

Das Opfer eines Unfalles ist der 53 Jahre alte Maurer Louis Stegemann aus der Höchststr. 22 geworden.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich gestern nachmittags um 5 Uhr in der Linden- u. Reuenburger Straße.

Der Benzinbrand dauert nun schon volle vier Tage und Nächte. Der Tank 6, der noch brennt, enthält noch eine Menge Benzin.

Der Turnverein „Fichte“ eröffnet im Norden am Sonnabend, den 3. Dezember, seine 17. Männerabteilung in der Turnhalle der 224/226 Gemeindegasse.

Einem Beitragskassierer des Transportarbeiterverbandes ist gestern nachmittags 1/3 Uhr vor dem Hause Bahnhofstr. 10 in Ziegel das Fahrrad Nr. 588 080 gestohlen worden.

Vorort-Nachrichten.

Jugendchriften-Ausstellungen

werden für den Weihnachtbedarf auch in diesem Jahre wieder von den einzelnen Bildungsausstellungen veranstaltet.

Charlottenburg. Die Ausstellung wird eröffnet am Sonntag, den 4. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstr. 3.

Zehlendorf. Die Ausstellung ist am Sonntag, den 4. Dezember, um 3 Uhr nachmittags eröffnet.

Wilmersdorf. Die Ausstellung währt vom 4. bis inkl. 11. Dezember im Stadttheater (Zuh. H. Otto), Friedrichstr., und ist geöffnet Sonntag von 3-7 Uhr nachmittags und wochentags von 7-9 Uhr abends.

Wilmersdorf-Galenfee.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Die schon vor 14 Tagen aufgefällige Erscheinung, daß die Zeitung der „Stadt ohne Sozialpolitik“ nach den Wahlen plötzlich ihr sozialpolitisches Gepräge

erlebte, zeigte sich auch wieder in der Sitzung am Mittwoch. Der Magistrat hatte einen dringlichen Antrag gestellt, wonach zur Prüfung der Frage, ob angesichts der gegenwärtigen Fleischversorgung die sofortige Einrichtung eines Seefischmarktes in Wilmersdorf angebracht erscheint, eine gemischte Kommission eingesetzt werden soll. Nachdem die Stadtverordnetenversammlung die Dringlichkeit anerkannt und Stadtrat Steinborn dem Antrage ein paar empfehlende Worte mit auf den Weg gegeben hatte, erhob sich der Stadtverordnete Lehmann, um mit der ganzen Buche seiner Geisteskraft gegen die Vorlage aufzutreten. Wollte man, so meinte dieser Herr, auch wirklich einmal zugeben, daß eine Fleischversorgung bestehe, so würde doch die Vorlage den schönsten Widerspruch herausfordern müssen. Wenn die Versammlung dem Antrage des Magistrats stattgäbe, so treibe sie den Teufel durch Weelgeb aus. Durch eine von der Stadt eingerichtete billige Verkaufsgellegenheit für Seefische würde den Geschäftleuten, insbesondere den Fleischern, ein beträchtlicher Schaden zugefügt, und das müsse unter allen Umständen vermieden werden. Er wisse ein anderes Rezept zur Abhilfe der Mangelplage, und das beste in der Einschränkung des Luxus. Statt der Bevölkerung durch eine soziale Vorlage zu schmeicheln, die eine Prämie auf den Luxus darstelle, solle man lieber die Frage erörtern, ob nicht alle Welt über ihre Verhältnisse lebe. Es verdient gewissermaßen hervorgehoben zu werden, daß diese Verhöhnung der Not in der Stadtverordnetenversammlung lebhaften Widerspruch hervorrief; aber andererseits ist nicht zu leugnen, daß Herr Lehmann der Berachtung, die ein großer Teil der Stadtväter bisher jeglicher Sozialpolitik entgegenbrachte, einen zutreffenden, wenn auch höchst ungeschickten Ausdruck gab. Vor allem wandten sich die Herren Dr. Steinhilber und Dr. Edel gegen den städtischen Agrarier. Herr Dr. Edel meinte, daß die Bevölkerungsschichten, die durch die Magistratsvorlage Gelegenheit zu billigerer Fischmahlerei erhalten sollen, ihrer Armut wegen gar nicht in die Lage kämen, Fleisch zu kaufen und so durch den Fischkonsum die Schlächter zu schädigen. Weiter teilte Herr Dr. Edel mit, daß ein großer Schlächtermeister ihm erklärt habe, gar nicht imstande zu sein, für seine hauptsächlich skandinavische genügende Mengen Fleisch herbeizuschaffen; und diese Verlegenheit sei um so bedauerlicher, als in dem Falle, den er berühre, ein Lieferant des deutschen Kaiserhofes in Betracht komme. Nachdem die Versammlung durch Annahme eines Schlachttarifes u. a. dem Demokraten Koll das Wort abgeschnitten hatte, übermies sie dem Magistratsantrage gemäß die Angelegenheit einer gemischten Deputation. Hierauf richteten die Stadtverordneten Grundling und Genossen eine Anfrage an den Magistrat, die Berücksichtigung und Einstellung Wilmersdorfer Arbeiter beim Bau der Untergrundbahn usw. betreffend. Der Fragesteller hob hervor, daß die Wilmersdorfer Arbeiter, die zwischen mühten, wie die Ausländer ihnen der Rat wegnähmen, allerdings nicht für den geringen Lohn, den diese erhielten, arbeiten könnten. Stadtbaurat Müller antwortete im Namen des Magistrats, daß in den mit der Firma Siemens u. Halße abgeschlossenen Verträgen nach Möglichkeit die Beschäftigung einheimischer Arbeiter vorgesehen sei. Unter den 68 beim Bahnbau tätigen Handwerkern seien zwei Drittel Einheimische, unter den 300 Arbeitern allerding nur 22 Prop. Daß die Wilmersdorfer Unternehmer bei der Vergabung der Lose schlecht abgeschnitten hätten, habe seine Ursache in der ungenügenden Erfahrung dieser Herren. Während in einem Falle der auswärtige Unternehmer bei der Submission 494 000 M. gefordert hätte, wären von einem Wilmersdorfer Unternehmer 957 000 M. verlangt worden, und selbst der minderbietende Wilmersdorfer hätte immer noch 693 000 M. haben wollen.

Stadtbaurat Koll nahm sich noch der städtischen Parkarbeiter an, von denen ein beträchtlicher Teil regelmäßig zum Beginn des Winters entlassen wird. Hierauf erklärte sich die Stadtverordnetenversammlung durch die Antwort des Magistratsverträtters zufriedengegeben, und so ward denn der Wilmersdorfer Bevölkerung inne, daß auch ihre bürgerlichen Vertreter dem verberlichen Geiste der Zeit Konzessionen machen, sobald die Sozialdemokraten sich von ferne zeigen.

Rixdorf.
Die vor wenigen Tagen aus dem Landwehrkanal gefandene weibliche Leiche sollte, wie von einer Korrespondenz berichtet wurde, als die seit dem 3. November vermißte 19 Jahre alte Rählerin Frida Behlert rekonstruiert worden sein. Wie uns ein Bekannter der Vermißten mitteilt, ist die Leiche mit der verschwundenen Rählerin nicht identisch.

In ihrer Nähe tot aufgefunden wurde in der Jonaststraße 88 die 31 jährige Frau Anna Bursch. Während sie gestern vormittag mit der Zubereitung des Mittagessens beschäftigt war, geriet durch einen Luftzug die Gasflamme zum Verlöschen, und durch das ausströmende Gas wurde die Frau bewußtlos. Als der Mann nach Hause kam, fand er die Frau als Leiche vor, auch ein hinzugerufener Arzt konnte nur den Tod feststellen.

Charlottenburg.
Ueber das Projekt der Gründung eines Opernhauses in Charlottenburg war vor einigen Tagen berichtet worden. Es wurde dabei betont, daß das neue Unternehmen, nicht wie das Schiller-Theater, von der Stadt Charlottenburg erbaut werden sollte, wohl aber auf eine finanzielle Unterstützung der Stadt würde rechnen können. Wie gemeldet wird, ist in den städtischen Körperschaften Charlottenburgs von dem Projekt offiziell nichts bekannt.

Schöneberg.
Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, findet der letzte Vortrag über „Einführung in die moderne Gesellschaftslehre“ statt.
Der Bildungsausschuß.

Großlichterfelde.
Bei einem verhängnisvollen Unglücksfall hat der Rutscher Georg Denter den Tod gefunden. Als er mit seinem Fuhrwerk durch die Wiesendorfer Straße fuhr, scheuten plötzlich die Pferde und gingen durch. D. wurde vom Vord heruntergeschleudert und stürzte unter die Pferde, wobei er von den Hufen der Tiere schrecklich zugerichtet wurde. Auch die Räder des schweren Wagens gingen über ihn hinweg. In beinahe hilflosem Zustand wurde der Verunglückte nach dem Krankenhaus gebracht, wo er starb, ohne das Bewußtsein vorher wieder erlangt zu haben.

Friedrichshagen.
Vollständig entkräftet aufgefunden wurde gestern der 27jährige Kaufmann Ernst Ladewig aus Bonn. Ladewig war von Bonn nach Berlin gekommen, um Beschäftigung zu suchen. Er bemühte sich aber vergeblich, Stellung zu erhalten. Inzwischen waren seine Mittel längst zu Ende und er mußte hungern. Vier Tage hindurch

schleppte sich der Bedauernswerte umher, bis er schließlich vorgestern in der Friedrichstraße gänzlich entkräftet zusammenbrach. Ladewig wurde dem Krankenhaus zugeführt.

Gerichts-Zeitung.

Eine Betrugsanklage gegen eine Fürstin

Beschäftigte gestern das Amtsgericht Berlin-Mitte unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats v. Treseow. Auf der Anklagebank saß die Fürstin Anna v. Lieven Blah nehmen, um sich wegen Betruges in einem Falle zu verantworten. — Die Angeklagte machte vor einiger Zeit eine Erfindung, bei welcher es sich um die Herstellung von nachleuchtenden Glasbuchstaben zu Neklamezwecken handelt. Sie ließ sich diese Erfindung vorläufig nur durch einen Gebrauchsmusterschutz schützen. Trotzdem aber soll sie, wie die Anklage behauptet, ihre Erfindung an einen Kaufmann Klein unter der falschen Vorspiegelung, daß diese schon zum Patent angemeldet und auch patentfähig sei, für eine größere Summe verkauft haben. Wie sich später herausstellte, war jedoch die Erfindung zur Zeit des Verkaufes noch nicht zum Patent angemeldet. Ebenso wurde die Erfindung später vom Patentamt als nicht patentfähig bezeichnet. Auf die Anzeige des Klein, der sich hierdurch geschädigt fühlte, erhob die Staatsanwaltschaft gegen die fürstliche Erfinderin Anklage wegen Betruges. — Vor Gericht wies die Angeklagte einwandfrei nach, daß sie ihrem Bevollmächtigten längere Zeit vor Verkauf der Erfindung den Auftrag gegeben hatte, diese durch den Patentanwalt Abrahamsohn zum Patent anzumelden und ihm auch die erforderlichen Gebühren in Höhe von 110 M. übergeben hatte. Das Gericht kam deshalb dem Antrage des Staatsanwalts gemäß zu einer Freisprechung der Angeklagten, zumal ihr nicht zu widerlegen war, daß sie des Glaubens gewesen war, daß ihre Erfindung patentfähig sei.

Mißhandlungen in einem „Rettungshause“

Vor dem Graer Schwurgericht begannen gestern die auf drei Tage berechneten Verhandlungen in dem Prozeß gegen den Leiter des Fürstlich Neuhofen Rettungshauses Karolinenfeld, den Hausvater und Lehrer Ernst Adhler aus Osterleben. Er hat sich unter der Anschuldigung einer Reihe schwerer Sittlichkeitsverbrechen, des Verbrechens im Amte, der gefährlichen Körperverletzung und des Meineides zu verantworten. Der Angeklagte, der im Greizer Seminar das zweite Lehrerexamen abgelegt hatte und sich sehr religiös zu geben verstand, war seinerzeit als bestempfohlener Kandidat zum Hausvater und Lehrer im Rettungshause Karolinenfeld bestellt worden. Das Institut ist 1850 von dem Fürsten Heinrich XX. zum Andenken an die Fürstin Karoline von Meuß in dem Dorfe Ober-Großhitz, das eine halbe Stunde von der Residenzstadt Greiz entfernt liegt, gegründet worden. Es ist bestimmt zur Aufnahme verwahrloster oder sittlich gefährdeter Kinder, die zwangsweise erzogen werden, und zur Zeit, als der Angeklagte Adhler dort Hausvater war, befanden sich insgesamt 38 Böglinge in der Anstalt. Da der Angeklagte sein Lehrerexamen abgelegt hatte, so war ihm zugleich auch der Unterricht anvertraut und er war somit der Alleinherrscher in der Anstalt, ein Amt, den er in der schamlosesten Weise dazu benutzte, um eine Reihe der schwersten Verbrechen gegen die ihm anvertrauten Kinder zu begehen. Adhler, der verheiratet und Vater eines Kindes ist, ist beschuldigt, daß er mit einem achtjährigen und einem dreizehnjährigen Mädchen unzüchtige Handlungen der abscheulichsten Art vorgenommen, ferner Knaben und Mädchen mißhandelt zu haben. An den Mädchen erging er sich in der Weise, daß er in das Badezimmer einbrang, während die Mädchen badeten, und sie nachher herausholte, um sie dann zu prügeln. Ein besonderes Vergnügen soll es ihm dann bereitet haben, wenn er die von den unmenlichen Züchtigungen blutunterlaufenen und wundten Körperleile der Kinder so lange schlug, bis das Blut stieß. Er hatte sich dazu vorher Weidenruten eingeweicht. Die grauenhaften Einzelheiten der verschiedenen Prügelungen sind jahrelang dem Auge der vorgesetzten Behörde verborgen geblieben. Der kontrollierende Geistliche wurde jedesmal von dem Angeklagten bei seinem Rundgange begleitet, so daß die Kinder es nicht wagten, diesen um Hilfe anzusprechen. Erst im April d. J. gelang es einem der am schwersten mißhandelten Mädchen zu entfliehen. Und ihre Angaben hatten eine schreckliche Revision der Anstalt zur Folge, bei der die erschütterndsten Einzelheiten aus dem Leben der mißhandelten Kinder aufgedeckt wurden. Es stellte sich heraus, daß der Angeklagte auch gegen die in der Anstalt aufgewachsenen und in ihren Dienst als Haus- und Küchenmädchen übergetretenen Pflegebefohlenen ebenfalls tätlich geworden war. Ferner ergab sich, daß der Angeklagte auch Unterschlagungen begangen und Gelder der Böglinge für sich behalten hatte.

Als die Vernehmungen des Angeklagten seinerzeit zur Sprache gelangten und die Untersuchung gegen ihn eingeleitet wurde, behauptete er nach die Dreifaltigkeit, die Eltern des entflohenen Mädchens, die Arbeiterheuleute Roth in Greiz, wegen angeblicher Entführung ihrer Tochter bei der Staatsanwaltschaft angezeigt. In dem Prozeß beschwor er, daß die Angaben des Mädchens über die ihm widerfahrenen Mißhandlungen und an ihm verübten Unsitlichkeiten vollständig aus der Luft gegriffen seien. — Nachdem die weitere Untersuchung aber die Richtigkeit nicht nur der Angaben dieses Mädchens, sondern auch der übrigen Anstaltsinsassen ergeben hatte, hat sich der Angeklagte auch noch wegen des in jenem Prozeß geleisteten Meineides zu verantworten.

Ueber den Ausgang des Prozesses werden wir berichten.

Aus aller Welt.

Cool plädiert auf mildernde Umstände.

Der „Lühne Nordpolentdecker“ Cool ist jetzt von seiner Auffassung, daß er den Nordpol entdeckt habe, abgetommen. In einem Artikel der amerikanischen Zeitschrift „Hamptons Magazine“ hat er, wie ein New Yorker Telegramm meldet, erklärt, er müsse nach reiflicher Ueberlegung bekennen, daß er nicht wisse, ob er den Nordpol erreicht habe oder nicht. Er glaube, daß sein Geisteszustand bei der Polarfahrt durch die Strapazen gelitten habe. Höchst sonderbar, wozu Geistesfrankheiten alles herhalten müssen! Ob Cool auch zu der Zeit von ihm ausgesprochenen Auffassung gekommen wäre, wenn man an seine Schwindeleien geglaubt hätte?

Schwerer Eisenbahnunfall.

Ein folgenschwerer Zugzusammenstoß hat sich gestern morgen in der Nähe der Station Opladen (Rheinland) zu-

gefragt. Wahrscheinlich durch Ueberfahren des auf Halt stehenden Einfahrtsignals stießen zwei Güterzüge zusammen. Von dem Zugpersonal wurden zwei Personen getötet, fünf schwer verletzt, verschiedene Beamte erlitten leichtere Verletzungen. Etwa 10 Wagen der Züge wurden zertrümmert. Der Verkehr ist auf den beiden Gleisen Opladen-Düsseldorf gesperrt.

Von einem Einbrecher erstochen.

In Mainz wurde gestern morgen das 34 jährige Dienstmädchen Diehl in der Wohnung seiner Herrschaft tot aufgefunden. Wie sich später herausstellte, hatte das Dienstmädchen einen Einbrecher überrascht und wurde von diesem durch einen Stich ins Herz getötet. Es ist bisher nicht gelungen, den Täter zu ermitteln.

Kleine Notizen.

Durch Spielen mit einem Revolver hat sich in Frankfurt am Main in der vergangenen Nacht ein bedauerlicher Unfall ereignet. Ein Gastwirt Deder hantierte so unvorsichtig mit der Schußwaffe, daß diese sich entlud und einen Freiseur in den Kopf traf. Der Geschossene brach tot zusammen.

Einrichtung einer Frau. Auf dem Hofe des Breslauer Landgerichtesgefängnisses ist gestern morgen die Rählerin Bunze hingerichtet worden. Die Bunze hatte vor einiger Zeit den 80jährigen Bahnbeamten Weiß ermordet und beraubt und war deshalb zum Tode verurteilt worden.

Sehn Kinder ertrunken. In der Nähe des ungarischen Ortes Eisdörnas brachen beim Eislauf zehn Kinder ein. Sie ertranken sämtlich.

Durch Leuchtgas vergiftet. In einem Gebäude der Wiener Hofburg wurden gestern früh drei Stallburshen tot aufgefunden. Die jungen Leute sind durch Gase, die einem im Schlafzimmer stehenden Gasofen entströmten, während der Nacht betäubt und getötet worden.

Anfall in der französischen Marine. In Toulon wurde ein Boot des Torpedobootsgeräders „Sabreache“, als es mit 7 Mann an das Land fuhr, von einer Sturzwele erfasst, die das Boot zum Kentern brachte. Von der Besatzung sind zwei Mann ertrunken.

Deutscher Arbeiter-Abkennendbund. Ortsgruppe Berlin. Am Gewerkschaftshause, Soal 7, spricht heute abend 9 Uhr, Genosse Emil Kreppl über: „Arbeitslosen-Versicherung“. Kein Ausverkauf. Gäste willkommen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 9. Heft des 29. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Kaiser und Reichstag. — Julie Debel. — Von St. Pauli. — Marx als Verleumder. — Von H. Hjalmar. — Eine sozialistische Staatsverfassung. — Von Rodri Villaut (New York). — Heimarbeitereisen in Thüringen. — Von Rod. Dornheim (Weismann). — Literarische Anzeigen: A. Conrady, Ullma. P. Bafflem. Die Erziehung Ullmas. Waldemar Koch, Die Industrialisierung Ullmas. Dr. Paul Hochhaus, Deutsche Kulturaufgaben in China. Dr. jur. Ho. Tschun Tschun, Die Reformen des chinesischen Reiches an Verfassung, Verwaltung und Rechtsprechung mit Rücksicht auf die entsprechenden Einrichtungen in Europa. Von H. H. Dr. Gotthilf Diermann, Die Buchdruckerliteratur der Charakterschwärzung und die Wiederhall in der öffentlichen Meinung. Von G. G. Robert Danneberg, Das sozialdemokratische Programm. Von L. W. R. Schwarz, Großbritannien's Handelspolitik in Ostindien. Von Kadel. — Zeitschriften: „Die Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal, das einzelne Heft kostet 25 Pfennig.

Amlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direction über den Großhandel in den General-Markthallen. Marktlage: Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft schleppend, Preise für Kalbfleisch nachgebend, sonst unverändert. Wild: Zufuhr genügend, Geschäft schleppend, Preise des Hauptes. Geflügel: Zufuhr reichlich, Geschäft lebhaft, Preise behauptet. Fisch: Zufuhr mäßig, Geschäft etwas lebhafter, Preise leicht anziehend. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise für Butter anziehend. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert.

Witterungsbericht vom 1. Dezember 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerniveau mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad Celsius	Stationen	Barometerniveau mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad Celsius
Stommende	763 DSD	2bedst	9	4	Lobananda	761 S	2bedst	4	4
Damburg	762 RD	2 Rebel	4	4	Leitersburg	771 S	1 beiter	3	3
Berlin	769 D	3bedst	9	2	Scilla	769 RD	7bedst	8	8
Frankfurt	769 RD	1 Dunst	0	0	Herzen	769 RD	3beiter	3	3
München	760 D	4 Rebel	9	2	Paris	760 ED	2bedst	7	7
Wien	761 ED	2 Rebel	9	2					

Wetterprognose für Freitag, den 2. Dezember 1910.
Ein wenig kälter, teilweise anfallend, vorwiegend neblig bei mäßigen nordöstlichen Winden; keine wesentlichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 30.11.	seit am 29.11.	Wasserstand	am 30.11.	seit am 29.11.
Remel, Elbt	242 ¹⁾	-19	Saale, Großhitz	140	+23
Bregel, Ansternburg	42 ¹⁾	-4	Saale, Spanbau ¹⁾	94	-1
Weiße, Thon	90 ¹⁾	-8	Kattowen ¹⁾	118	0
Oder, Rathor	269	+3	Spree, Spremberg ¹⁾	110	-2
Kroffen	243	-14	Weslow	142	0
Brandenburg	200	-9	Weser, Wilsden	89	+07
Saale, Schimm	61 ¹⁾	-5	Wilsden	49	+0
Landberg	42	-2	Rhein, Ragnitzkanal	543	-05
Rehe, Borcham	10	+2	Raub	859	+56
Elbe, Leimertz	106	+2	Rain	494	+107
Dresden	-5	+5	Redar, Heudrom	205	-55
Barby	201	-8	Rain, Herheim	241	+23
Magdeburg	215	-8	Weser, Lister	434 ¹⁾	+19

¹⁾ + bedeutet Subs. — Fall. — ²⁾ Untersee. — ³⁾ Eistreiben. ⁴⁾ oberhalb der Angerappstraße Station — ⁵⁾ schwaches Eistreiben. ⁶⁾ höchster Wasserstand am 30. von 7 bis 8 Uhr vorm.: 438 cm. Nach telegraphischer Meldung ist die Wase bei Lister wieder im Fallen. Der Wasserstand bei Ragnitz lag heute um 7 Uhr morgens 83 cm unter Normalhöhe und mittlerem Hochwasser.

Sunlicht

Seife

10 & 25 Pfennig



"Oft wird Seife angepriesen,
Die als schädlich sich erwiesen!
Vorsicht ist der Hausfrau Pflicht!
Sunlichtseife schadet nicht!"

Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: H. Voss, Berlin. Druck u. Verlag: Bornhörs Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.